

Philipp Scharf
Julian Schenke
Luke Tappé

Konstitutionsfaktoren des „anderen Hannovers“

Politische Kultur und linksradikales
Engagement in der niedersächsischen
Landeshauptstadt

Nr. 7
(2021)



Inhalt

Auf einen Blick	2
1 Einleitung	5
1.1 Warum Hannover?	6
1.2 Linksradikalismus, politische Kultur, Milieu, Szene – Begriffliche Zugänge	8
1.3 Materialgrundlage	14
2 Die Kontinuitätslinien sozialdemokratischer Hegemonie	15
2.1 Die Grundsteinlegung des sozialdemokratischen Selbstbewusstseins	15
2.2 Die Hannoversche SPD auf dem Weg zur volksparteilichen Institution	19
2.3 Neujustierung des Repräsentationsverhältnisses?	30
3 Integrierte Gegenkultur. Zur Spezifität linksradikalen Engagements in Hannover	39
3.1 Zwischen autonomer Szene und Jugendkultur: Charakteristika und Orte der Hannoverschen linken Szene	40
3.2 Oppositionelle Traditionslinie: Sozialistisches Milieu und institutionalisierte Studentenbewegung	51
3.3 Exkurs: Die Klänge der Stadt – zur Institutionalisierung subkultureller Musikstile am Beispiel Hannovers	58
4 Schluss: Verständigungsräume politisch-kultureller Konfliktlagen in Hannover	67
Literaturverzeichnis	71
Autoren	79

Auf einen Blick

Der Fachbereich Linksradikalismus der *Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen* (FoDEx) untersucht politische Gesellungsformen, die sich der Tradition und dem Vokabular verschiedener Bewegungen und Theorien verschreiben, welche – zumindest nominell – auf die Herstellung gleicher und freier menschlicher Lebensverhältnisse (= Emanzipation) zielen, und sich damit in Opposition zu einer von ihnen identifizierten politischen Mehrheitskultur stellen. Linker Radikalismus beruft sich auf historische und aktuelle Befreiungsbewegungen wie den Marxismus-Leninismus, den Anarchismus, den Antifaschismus, auf globalisierungskritische und postkoloniale Bewegungen usw. Er drückt sich in rhetorischen Stilen und Haltungen, aber auch in Symbolen und Ritualen aus; oftmals lehnt er etablierte Praktiken des Dialogs und des Kompromisses ab, insbesondere politische Parteien. Als Versuch außerparlamentarischer politischer Einflussnahme stellt der Linksradikalismus einen möglichen Prägefaktor politischer Kultur dar, der tief historisch und regional verwurzelt ist. Diese Zusammenhänge zwischen linksradikalem Aktivismus einerseits und den lokalspezifischen Besonderheiten der politischen Kultur andererseits leiten unser Forschungsinteresse an..

Die Studie fragt danach,

- wie die politische Kultur Hannovers beschaffen ist und welchen lokalkulturellen Kontextbedingungen sich politische Akteure hier gegenübersehen,

- worin die zentralen Charakteristika und Entwicklungstendenzen der hannoverschen linksradikalen bzw. linken Szene bestehen,
- und inwiefern der hannoversche Linksradikalismus als Prägefaktor der lokalen politischen Kultur gelten kann.

Die Studie kommt u. a. zu folgenden Ergebnissen:

1. Die politische Kultur Hannovers ist eng mit der Geschichte der SPD verbunden. Nicht nur wusste sich die Sozialdemokratie hier jahrzehntelang als dominante, durchgängig regierende politische Kraft zu behaupten, auch bildete das aus diesem langfristigen Erfolg erwachsende Selbstverständnis die eigentlich prägende Kraft der örtlichen politischen Kultur. Kennzeichnend ist – auch trotz jüngerer elektoraler Misserfolge – ein pragmatischer Politikstil, der auf Sachpolitik, Ausgleich und Konflikteinhegung setzt.
2. Das öffentliche Interesse am hannoverschen Linksradikalismus scheint allgemein eher gering zu sein. Die Gründe dafür liegen einerseits in der vergleichsweise „durchschnittlich“ und konturlos wirkenden thematischen Diversität der hier agierenden Autonomen, andererseits in der starken Verschränkung von autonomer bzw. antifaschistischer Szene und der mehrheitskulturell anschlussfähigen linksalternativen bzw. linken Gegenkultur; eine Verschränkung, die sich mitunter in geteilten politischen Sichtweisen, solidarischen Protestaktionen oder

gemeinsamen Kultureinrichtungen manifestiert.

3. Insofern ist der Hannoversche Linksradikalismus als (wenn auch gelegentlich widerstrebender) Teil eines breiten zivilgesellschaftlich-gegenkulturellen Netzwerks aufzufassen, welches fest in das öffentliche Leben integriert ist. Der gelegentlich scharf ausgetragene, insgesamt aber ritualisiert wirkende Konflikt mit der bürgerlich geprägten Mehrheitskultur wird so immer wieder durch stabilisierte und stabilisierende Verständigungsräume – z. T. auch in Verbindung mit städtischen Förderstrukturen – eingeeht.

Der Fachbereich Linksradikalismus der *Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen* (FoDEx) veröffentlicht hiermit erstmalig eine eigenständige Kurzstudie. Nachdem aus dem Arbeitszusammenhang heraus bereits eine umfangreiche Analyse zur Gestalt des Göttinger Linksradikalismus entstanden ist,¹ folgt nun eine Fallanalyse der mutmaßlich zweiten Hochburg des niedersächsischen linken Radikalismus. Ist unsere Landeshauptstadt möglicherweise ebenfalls ein „rotes Hannover“? Unsere Überzeugung ist es, dass insbesondere diejenigen politischen Phänomene, die sich durch eine gewisse lokalkulturelle Devianz auszeichnen, d. h. die abseitig, oft auch quer, zur Mehrheitsgesellschaft verlaufen, nur vor dem Hintergrund einer Untersuchung der lokalen politischen Kultur zu verstehen sind. Erst die Kontextualisierung linksradikaler Deutungsangebote mit dem spezifischen lokalpolitischen Klima ermöglicht ein angemessenes Verständnis des empirisch zu beobachtenden Phänomens.

Daher stellt die vorliegende Studie auch nicht die in ihrem Erkenntnishorizont notwendig begrenzte Frage nach etwaigen Gefahrenpotenzialen, sondern versucht, im historischen Längsschnitt vorherrschende Mentalitätsströme zu

identifizieren und so den historisch-empirischen Zeitkern der zu betrachtenden Phänomene zu greifen. Ausgehend von unseren Vorarbeiten zu den Lokalspezifika linksradikaler Szenen in Hamburg² und Göttingen³ wenden wir uns einer der niedersächsischen Kernstädte dieser Szenen zu und gehen folgender erkenntnisleitender Frage nach: *Was zeichnet den Linksradikalismus in Hannover vor dem Hintergrund der lokalen politischen Kultur aus und inwiefern stellt er einen politisch-kulturellen Prägefaktor der Stadtgesellschaft dar?*

Hierfür sind zwei Analyseschritte notwendig, bevor eine abschließende Diskussion der Ergebnisse stattfinden kann (Kapitel 4). Erstens soll verhandelt werden, welche Merkmale Hannover „an sich“ ausmachen; hier sollen die Spezifika der lokalen politischen Milieus herausgearbeitet werden, welche das Fundament und den Resonanzraum der beobachteten politischen Phänomene bilden (Kapitel 2). Nachdem dergestalt ein grundlegendes Verständnis über die politischen Grundgegebenheiten der Leinemetropole geschaffen wurde, können in einem zweiten Schritt die zentralen linksradikalen Bewegungen, Orte und Protestereignisse, die die Stadt in ihrer bundesrepublikanischen Geschichte begleiteten, in ihrem Verhältnis zu städtischen Gegebenheiten analysiert werden (Kapitel 3).

¹ Vgl. Micus, Matthias/Pflicke, Tom/Scharf, Philipp: Facetten des linken Radikalismus in Göttingen, in: Deycke, Alexander et al. (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 223–264.

² Vgl. Schenke, Julian: Ganz Hamburg hasst die Polizei? Die autonome Szene in Hamburg und ihr lokalspezifischer Kontext, in: Deycke, Alexander et al. (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 145–175.

³ Vgl. Micus/Pflicke/Scharf: Facetten des linken Radikalismus in Göttingen.

1.1 Warum Hannover?

Hannover bietet sich nicht nur deswegen als Untersuchungsgegenstand an, weil es sich um die Landeshauptstadt handelt. Vielmehr zeigt ein erster Blick schnell, dass es in dieser Stadt eine reiche linke bis linksradikale Protestkultur gegeben hat und gibt. Darüber hinaus verfügt Hannover über einige Merkmale, die wir auch für den Göttinger Fall als konstitutiv für die Entstehung eines linksradikalen Milieus erachteten, etwa die Rolle des Hochschulstandorts oder die Konfrontation mit dem politischen Gegner.⁴ Kontrastierend lassen sich jedoch auch abweichende und daher erklärungsbedürftige Merkmale identifizieren, wie der Verlauf der Protestereignisse um „68“, die politischen Aktionsformen und Tätigkeitsfelder sowie deren theoretische Aufarbeitung, aber auch spezifische Integrations- und Ausgrenzungstendenzen zwischen Mehrheitsgesellschaft und linksradikalen Milieustrukturen. Dabei fällt für Hannover insbesondere die jahrzehntelange parteipolitische Dominanz der SPD ins Auge, die vermittels ihres integrativen und ausgleichsorientierten Politikstils zugleich die lokale politische Kultur zu prägen vermochte als auch als eine Ausdrucksform ebendieser Kultur verstanden werden muss.

Erste Anhaltspunkte dafür, „wie der Hannoveraner an sich“ ist, und demnach auch wie es um seine allgemeine politische Disposition bestellt ist, lassen sich in stereotypen Charakterisierungen und landläufigen Meinungen über Hannover finden; hier stoßen scheinbar unumstößliche Grundsätzlichkeiten auf bitterböse Klischees, die sich doch endlich zu einem mehr oder minder konsistenten Panorama verbinden. Eigentümlich spitzfindig, merkwürdig geißelnd wirken oftmals die zahllosen Selbst- und Fremdeinschätzungen, welche in ihrer grundsätzlichen Kritik darauf hinauslaufen scheinen, dass der Stadt „alle positiven Metropolen-Eigenschaften“ fehlten, dass sie sich einzig durch „Charakterlosigkeit“ und „fehlende Atmosphäre“ auszeichne.⁵ Selbst hart-

näckigste Imagekampagnen vermochten es offenbar nicht, „Hannover“ mit positiven Eigenschaften zu konnotieren, zu fest eingeeignet ist und bleibt das Image der Bewohner⁶ als „kühl, steif, beamtenhaft“.⁷ Und doch scheinen die Umschreibungen dieses „Schinken- und Mettwurstlands“ (Kurfürstin Sophie von der Pfalz), die Verlässlichkeit des durchschnittlichen Hannoveraners, „dessen Humor dürrig, dessen humane Gesinnung musterhaft ist“ (Frank Thieß), die örtlich vorherrschenden kulturellen Verhältnisse weitestgehend treffend beschreiben – zumindest jedoch: diffus skizzieren – zu können. So verdeutlicht gleichsam Hans Mayer, seinerseits Professor für Sprache und Literatur an der lokalen Hochschule und Zeitzeuge während der studentischen Bewegungen um „68“, pointiert, wie sich Mentalität und politische Kultur auf der Ausdrucksseite sozialer Bewegungen niederschlagen: „Mittelmäßig war das offizielle politische Klima, mittelmäßig wirkten auf mich auch die kleinen studentischen Revolten. Ich hatte stets den Eindruck einer Imitation, wenn nicht Planerfüllung.“⁸ Eine Aussage von nicht geringer Sprengkraft, besonders für das geplante Forschungsvorhaben.

Jenseits dieser volkstümlichen Auffassungen und zuweilen grausamen Vorstellungen darüber, „was Hannover ausmacht“, erlauben diese, zu-

Ufer (Hrsg.): Provinz + Metropole. Hannover 1900 bis 1999. Begleitbuch zur gleichnamigen Ausstellung, Hannover 2000, S. 5–14, hier S. 7.

- 6 In dieser Studie verwenden wir das generische Maskulinum und meinen damit stets alle Geschlechter. Zwar nehmen wir die kontroverse Diskussion um das so genannte „Gendern“ im Feld wissenschaftlichen Schreibens zur Kenntnis, sind aber der festen Überzeugung, dass entsprechende Eingriffe in die Sprache stets am einzelnen Text abgewogen werden sollten. Im vorliegenden Fall gaben wir der besseren Lesbarkeit den Vorzug vor dem Bemühen um möglichst geschlechtsneutrale Detailformulierungen.
- 7 Vgl. Erstmann, Vanessa: „Vorwärts nach weit“ – Mike Gehrke und die Imagepolitik Hannovers, in: Hannoversche Geschichtsblätter N. F., Bd. 65, 2011, S. 65–92.
- 8 Jeweils zitiert nach: Mlynek, Klaus: „Reden wir über Hannover – das wird genügend harmlos sein“, in: Hannoversche Geschichtsblätter N.F., Bd. 40, 1986, S. 225–243.

4 In Göttingen waren dies primär Rechtsextreme, in Hannover lange Zeit ein konservatives Bürgertum.

5 Schwark, Thomas: Provinz und Metropole – Ein Thema, eine Ausstellung, in: Historisches Museum am Hohen

nächst wenig schmeichelhaften, Beschreibungen Hannovers erste Rückschlüsse auf die politische Kultur der Stadt. Anders als etwa das universitäre Göttingen, in welchem zuweilen eine gewisse, deutlich spürbare Sympathie für linke Gegenkulturen herrscht, lassen sich im Falle Hannovers mehrere Prägekräfte der politischen Kultur ausmachen, die sich nicht auf einen einzigen Aspekt reduzieren lassen. Der Eindruck der Konturlosigkeit ist insofern schwer zu erschüttern. Wohl zu recht wies deshalb etwa die historische Stadtforschung auf die strukturbildende Sonderrolle Hannovers als Residenzstadt hin, welche über Jahrhunderte hinweg das politische Klima der Stadt prägte. So springt zunächst der welfische Charakter des fürstlichen Regierungssitzes ins Auge, dessen bürgerliche Gesellschaft sich um den Monarchen – in der Zeit der Personalunion mit dem Königshaus England zwischen 1714 und 1837 sogar nur um dessen Stellvertreter – gruppierte. Seine gleichzeitige „Integrations- und Nivellierungskraft“ führte zu einer sozialen „Erstarrung“, zu geistiger „Immobilität“ und letztlich zur Herausbildung eines bürokratischen „Kastenwesens“⁹ – Freiherr vom Stein bezeichnete die sich dergestalt sozial hierarchisierenden Hannoveraner einst spöttisch als die „Chinesen Deutschlands“.¹⁰ Zugleich blieb der „Hauptstadt“ fortan eine ewige Provinzialität verordnet, musste sie sich doch innerhalb größerer politischer Gebilde – im deutschen Kaiserreich, der Weimarer Republik, dem Dritten Reich und schließlich in der Bundesrepublik – regelmäßig der nächsthöheren Verwaltungsebene unterordnen.¹¹

Einerseits. Andererseits zeichnete sich Hannover historisch nicht ausschließlich durch eine erstarrende Fixiertheit des Bürgertums auf König und Standesdünkel aus. Nicht erst seit den Zeiten Kurt Schumachers war die Stadt durch eine starke Sozialdemokratie und eine ebenso starke Arbeiterbewegung ausgezeichnet. Ergebnisse der Wahlforschung zeigen, dass es die SPD bei Landtags- und Bundestagswahlen schaffte, bis in

die 70er- und 80er-Jahre hinein im Stadtgebiet Ergebnisse von über 40 Prozent, mitunter gar die absolute Mehrheit zu gewinnen.¹² Zur Hannoverschen politischen Kultur gehört also weit aus mehr als das Grau der Verwaltungsbeamten: Hannover wählt rot. Bis vor kurzem noch hieß es:

„Die Stadt Hannover wählt traditionell sozialdemokratisch. Die SPD stellt seit sechzig Jahren den Oberbürgermeister der Stadt. Diese Tradition ist zu einem großen Teil auf die starke sozialdemokratische Arbeiterschaft im industriell geprägten Westen und Norden der Stadt zurückzuführen.“¹³

Deutet das auf breite Loyalitätsreserven linksradikalen Engagements in der Landeshauptstadt hin? Spätestens an diesem Punkt wird klar, dass die Stadt Hannover ein ergiebiges Untersuchungsfeld sein könnte.

Zuletzt jedenfalls – und dies kann durchaus als ein Symptom der abnehmenden Zufriedenheit der Niedersachsen und damit einhergehenden schwindenden Loyalitätsreserven¹⁴ gewertet werden – bröckelte der elektorale Rückhalt der Sozialdemokratie. Nach anhaltend rückläufigen Wahlergebnissen¹⁵ kam es 2019 zur Zäsur: Erstmals in der Nachkriegszeit gewann die Wahl zum

⁹ Ebd., S. 234.

¹⁰ Ebd., S. 234.

¹¹ Vgl. Schwark: Provinz und Metropole, S. 7–8.

¹² Vgl. Landeshauptstadt Hannover: Statistisches Jahrbuch der Landeshauptstadt Hannover 2019. Statistische Berichte der Landeshauptstadt Hannover, Hannover 2020.

¹³ Gardemin, Daniel: Kleinräumige Untersuchung der SPD-Wählerschaft – Wahlanalysen in Hannover von 1998 bis 2008, in: Geiling, Heiko (Hrsg.): Die Krise der SPD. Autoritäre oder partizipatorische Demokratie, Berlin 2010, S. 259–301, hier S. 264.

¹⁴ Vgl. Marg, Stine et al.: Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2019, Göttingen 2019.

¹⁵ Diese sind jedoch, insbesondere vor der aktuellen Schwäche der Bundespartei, in ihrer Verhältnismäßigkeit zu sehen. So vereinte die SPD bei den Landtagswahlen 2017 noch 38,8 Prozent der Stimmen auf sich. Vgl. Stadt Hannover: Landtagswahl 2017 Landeshauptstadt Hannover (15.10.2017), URL: <https://wahl.hannover-stadt.de/wahlen.php?site=left/gebiete&wahl=493#index.php?site=right/ergebnis&>

Oberbürgermeister der Stadt nicht der Kandidat der SPD. Stattdessen triumphierte der Grüne Be-lit Onay über den CDU-Kandidaten Eckhard Scholz und eroberte das Rathaus; der SPD-Mann Marc Hansmann schaffte es nicht einmal in die Stichwahl.¹⁶

1.2 Linksradikalismus, politische Kultur, Milieu, Szene – Begriffliche Zugänge

Die wissenschaftliche Diskussion zum politischen Phänomen des Linksradikalismus – je nach begrifflichem Zugriff alternativ auch Linksextremismus oder linke Militanz genannt – läuft oft auf unverhältnismäßig engagierte Begriffsstreitereien hinaus, die der Diskussion er-giebiger Forschungsvorhaben und empirischer Resultate im Wege stehen.¹⁷ Der Grund dafür liegt nicht zuletzt in der unterschiedlichen po-litischen Färbung der jeweiligen Erkenntnisinteressen. Gewiss lassen sich gerade gesellschaftlich pikante Gegenstände und Themen nicht auf sture Definitionen reduzieren, die die gebotene politische Sensibilität schlicht negieren. An dieser Stelle aber wollen wir eine Kurzstudie zum Hannoverschen Linksradikalismus nicht mit erneuten konzeptuellen Erwägungen überlasten, die anderswo nachzulesen sind;¹⁸ im Folgenden gebrauchen wir die im FoDEX-Projektzusammenhang erarbeitete Bestimmung des *Linksradikalismus als empirisches Phänomen*, also als

„soziales Gebilde, dessen kleinster gemeinsamer Nenner aller vielfach konstatierten Heterogenität zum Trotz darin liegt, an tradierte Emanzipationsrhetoriken unterschiedlichster Provenienz anzuschließen. Ob Parolen, Redeweisen oder Theorieversatzstücke dabei etwa an klassisch theorieaffine, d. h. marxistische und marxistisch-leninistische, oder theorieaverse, d. h. anarchistische, blanquistische, stalinistische, maoistische, oder an dazu quer stehende ökologische, globalisierungskritische, spontaneistische sowie postkolonialistische Traditionslinien anschließen, ist zunächst gleichgültig, ebenso wie das Ausmaß theoretischer Durchdringung und intellektueller Qualität oder das Gewicht praktischer Absichten respektive die Tendenz zu militanten Praktiken. Entscheidend ist, dass sie sich alle auf den Anspruch berufen, an einer Befreiung aus übermächtigen gesellschaftlichen Verhältnissen zu arbeiten, die sie als Ursache zahlreicher sozialer Missstände identifizieren.“¹⁹

Darüber hinaus nötigt uns das Kriterium der empirischen Präzision zu klaren begrifflichen Bestimmungen unserer tragenden Termini: Politische Kultur, soziales bzw. politisches Milieu, politisches Lager, Gegenkultur und Szene.

Die vorliegende Kurzstudie handelt von politischen Kulturen und von der Frage, inwiefern der Hannoversche Linksradikalismus ein deuthungskulturelles Angebot darstellt. Um diesen Fragen sprachlich und inhaltlich gerecht zu werden, benötigen wir ein angemessenes Verständnis davon, was *Politische Kultur* bedeutet. Wir verstehen uns dabei in der Tradition der qualitativen politischen Kulturforschung nach Karl Rohe stehend, der, anders als etwa die klassische politische Kulturforschung nach Gabriel Almond und Sidney Verba, die vornehmlich Einstellungen gegenüber dem politischen System erfassen, politische Kultur holistisch als sinn- und ordnungs-

wahl=493&gebiet=1&typ=3&stimme=2 [eingesehen am 24.09.2019].

¹⁶ Vgl. Landeshauptstadt Hannover: Statistische Profile der Stadtteile und Stadtteilbezirke 2020, Hannover 2020.

¹⁷ Vgl. Scharf, Philipp/Schenke, Julian: Ein Diskurs sucht seinen Gegenstand. Über hartnäckige Begriffsroutinen und empirische Defizite im Themenfeld des Linksradikalismus, in: Demokratie-Dialog, H. 8/2021, S. 16–26.

¹⁸ Vgl. ebd.

¹⁹ Ebd., S. 24 f. (Herv. d. Verf.) Vgl. außerdem die Kurzdarstellung des Fachbereichs unter dem Menüpunkt „Über FoDEX“ auf unserer Homepage, URL: <https://www.fodex-online.de/ueber-fodex/> [eingesehen am 11.05.2021].

stiftende „Grundannahmen über die politische Welt“²⁰ versteht. Rohe unterscheidet zwischen Deutungs- und Sozialkultur. Die Deutungskultur ist in dieser Unterscheidung eine „[...] Kultur der Kultur, deren Sinn und Zweck nicht zuletzt darin besteht, Sozialkultur zu thematisieren.“²¹ Da die Deutungskultur demnach die Sozialkultur thematisiert, also eine kleinere Einheit darstellt, muss auch die Frage danach gestellt werden, in welchen gesellschaftlichen Gruppen und Milieus sie jeweils Gültigkeit besitzt. Gleichzeitig ergibt sich aus dieser wechselseitig abhängigen Beziehung von Sozial- und Deutungskultur, dass Letztere auf Erstere bezogen sein muss:

„Kultur auf der Ebene von Deutungskultur lebt zwar typischerweise vom Dialog und Austausch von Ideen und Zeichen, weil ohnedies kaum die eigentlichen Leistungen von Deutungskultur für Sozialkultur erbracht werden können, nämlich gesellschaftliche Sachverhalte mit Sinn zu verstehen, den Blick für neue Denk- und Handlungsmöglichkeiten zu öffnen und damit eine Anpassung an veränderte gesellschaftliche Verhältnisse zu erleichtern.“²²

Politische Kulturen, gefasst als „politische Alltagstheorien“ eines sozialen Verbandes

„[...] spiegeln nicht zuletzt die historischen und aktuellen Politikerfahrungen einer Gesellschaft und die ‚Antworten‘, die sie als Resultat kollektiver Verarbeitung für die

Lösung des politischen Grundproblems sozialer Verbände gefunden hat.“²³

Hieraus folgt, dass politische Kultur ein Phänomen der Gemeinschaft ist, sie ist ein überindividuelles Phänomen. Zwar bedarf sie konkreter Individuen als Träger, politische Kultur kann man letztlich jedoch nicht alleine besitzen.²⁴ Dabei ist Kultur keineswegs widerspruchsfrei oder ideologisch bis ins kleinste Detail ausgearbeitet – obwohl sie ideelle Einflüsse und theoretische Elemente aufweisen kann. Sie reflektiert weiter die historischen und aktuellen Politikerfahrungen der Träger der Kultur und liefert zugleich Antworten auf aktuelle Herausforderungen.²⁵ Politische Kultur ist folglich

„[...] ein Regelsystem, von dem abhängt, was und wie ‚man‘ innerhalb eines sozialen Verbandes politisch handeln, politisch reden und politisch denken kann, ohne mit informellen gesellschaftlichen Sanktionen rechnen zu müssen.“²⁶

Sie ist also praktisch und theoretisch zugleich: „Politische Kultur ist mithin wie alle Kultur stets beides, Struktur und Prozeß, Objektivation und Handeln.“²⁷ Dieses Normensystem ist im steten Wandel begriffen, in fortwährenden Aushandlungsprozessen innerhalb der Gesellschaft, die ebenfalls ein gewisses Innovationspotential bergen, da gesellschaftlicher Fortschritt nur

²⁰ Rohe, Karl: Politische Kultur. Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts, in: Niedermayer, Oskar/ Beyme, Klaus von (Hrsg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Wiesbaden 1996, S. 1–21, hier S. 1.

²¹ Rohe, Karl: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1992, S. 17.

²² Ebd., S. 17.

²³ Vgl. Rohe, Karl: Politik. Begriffe und Wirklichkeiten. Eine Einführung in das politische Denken, Stuttgart 1994, S. 162.

²⁴ Rohe, Karl: Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung politischer Kulturforschung, in: Berg-Schlosser, Dirk/Schissler, Jakob: Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung, Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 18/1987, S. 39–48, hier S. 39.

²⁵ Vgl. Rohe: Begriffe und Wirklichkeiten, S. 162.

²⁶ Ebd., S. 163.

²⁷ Ebd., S. 168.

zustande kommen kann, wenn der bereits vorhandene kulturelle Rahmen nicht unkritisch akzeptiert wird.²⁸ Das Bewusstsein einer gemeinsamen und geteilten Identität speist sich nun auf „[...] real vorhandene und positiv reflektierte Merkmale der eigenen politischen Kultur [...]“,²⁹ diese Merkmale werden weiter symbolisch aufgeladen und erhalten so eine identitätsstiftende Funktion. In Gesellschaften können sich ferner unterschiedliche Deutungskulturen ausbilden, was nichts anderes bezeichnet als den „[...] wechselseitige[n] Bezug von politischen Ideen und politischer Kultur und de[n] Einfluß von Ideen auf die Politik [...]“.³⁰ Daher ist auch denkbar, dass trotz gleicher oder ähnlicher Kulturen innerhalb einer Gesellschaft sich antagonistische politische Identitäten ausbilden.³¹

Im Anschluss an die hier getroffenen Überlegungen sind es soziale Formationen und Gebilde, die als Träger der politischen Kultur der wissenschaftlichen Analyse zugänglich werden. Die folglich zu betrachtenden Gruppen, Netzwerke und Verbände zeichnen sich teilweise durch eine gewisse Vagheit aus; sie charakterisiert außerdem eine grundsätzliche Interdependenz und es kommt zu vielfachen Wechselwirkungen, sodass ihre Grenzen oftmals verschwimmen. Dies ist die eine Seite der Medaille, gewissermaßen die empirische Wirklichkeit. Auf der anderen Seite finden wir ihre wissenschaftliche Verhandlung, die Konzepte und Begriffe, mit deren Hilfe die getroffenen Beobachtungen systematisiert werden sollen. Wir haben uns für diese Studie für die Vokabeln Milieu, (Gegen-)Kultur und Szene entschieden, die sich auf je unterschiedlichen Ebenen mit den hier beschriebenen sozialen und politischen Phänomenen auseinandersetzen und mit eigenen Konnotationen zu erfassen helfen. Gleichwohl sollte man diese alltagsgebräuchlichen Ausdrücke nicht allzu leichtfertig verwenden; es gilt, analytische Unschärfen und konzeptionelle Beliebigkeit zu vermeiden. Um dieses

Problem zu umgehen, werden die Begriffe der von uns verwendeten Konzepte im Folgenden präzisiert.

Wenden wir uns also zunächst dem Begriff der sozialen und politischen Milieus zu. Vielfach wird in der zeitgenössischen Forschung eine Krise der Milieus konstatiert; trotz einiger Persistenz traditioneller Milieus würden sie mit gesellschaftlichen Wandlungs- und Modernisierungsprozessen konfrontiert, die ihre Fortdauer bedrohten, mindestens jedoch zu einer verschärften Konkurrenzsituation der politischen Repräsentation führten.³² Eine Individualisierung der Biographien sowie der gesellschaftlichen Beziehungen in modernen Gesellschaften bewirke demnach eine Mehrbelastung des Individuums bei einem simultanen Bindungsverlust der Milieus, der seinerseits eine Beschleunigung der hier beschriebenen Prozesse verursache.³³ Milieus zeichneten sich demnach „durch eine gemeinsame Position der Mitglieder in der Sozialstruktur, durch gemeinsame Wertorientierungen und Einstellungen und durch milieutypische Verhaltensmuster oder Lebensstile“³⁴ aus. Aus dieser analytischen Zweiteilung – sofern Verhaltensmuster und Lebensstile als Folge der Wertorientierungen interpretiert und damit hier subsumiert werden können – ergibt sich die Aufteilung der deutschen Gesellschaft in verschiedene politische Milieus, die sich entlang der Wertekonflikte „Liberalismus vs. Autoritarismus“, „Soziale Gerechtigkeit vs. Marktfreiheit“ und schließlich „Religiosität vs. Säkularität“ gegenüberstehen.³⁵ Diese Ausdifferenzierung der Milieus – Lepsius identifizierte für das deutsche Kaiserreich beispielsweise lediglich vier tragende Sozialmilieus – führe je-

²⁸ Vgl. ebd., S. 164.

²⁹ Ebd., S. 167.

³⁰ Ebd., S. 168.

³¹ Vgl. ebd., S. 167.

³² Vgl. Gabriel, Oscar W.: Politische Milieus, in: Breit, Gottfried/Massing, Peter (Hrsg.): Soziale Milieus. Politische und gesellschaftliche Lebenswelten in Deutschland. Eine Einführung, Schwalbach/Ts. 2011, S. 11–29, hier S. 12.

³³ Vgl. Neugebauer, Gero: Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2007, S. 11.

³⁴ Gabriel, S. 13–14.

³⁵ Vgl. Neugebauer, S. 68.

doch keineswegs zu einer Interpretation des Milieus als sicheren Rückzugs- und Schutzraum, vielmehr führten etwa Ressentiments der Bürger gegenüber der Politik zu einer konsternierenden Schlussfolgerung: „Die Privatsphäre ist anscheinend der einzige noch funktionierende integrative Sozialraum.“³⁶

Diesem Abgesang gegenübergestellt steht die These der Stabilität der Milieus:

„Die Klassenkulturen des Alltags sind vielmehr, gerade wegen ihrer Umstellungs- und Differenzierungsfähigkeit, außerordentlich stabil. Was erodiert, sind die Hegemonien bestimmter Parteien [...] in den gesellschaftspolitischen Lagern. Daher haben wir auch heute *keine Krise der Milieus* (als Folge des Wertewandels), sondern eine Krise der politischen Repräsentation (als Folge einer zunehmenden Distanz zwischen Eliten und Milieus).“³⁷

Diese Sichtweise begreift die gesellschaftlichen Umstrukturierungs- und Individualisierungsprozesse nicht als eine Atomisierung des gesellschaftlichen Beziehungsgeflechts (inklusive der Milieus), sondern als partielle Neuordnung. Die bereits erworbenen sozialen Dispositionen würden an die neue gesellschaftliche Realität angepasst, wodurch sich insbesondere in jüngeren Generationen neue Wertvorstellungen etablierten.³⁸ Die „Wahlverwandtschaft des Habitus“³⁹ würde zum neuen sozialen Kompass. Ein entscheidendes Charakteristikum dieser Stabilitäts-Hypothese ist die stärkere Betonung der „weichen“ sozialen Faktoren, die im Analysefokus stehen und nicht die „harten“ sozio-ökonomischen Determinanten. Dieses Verständnis konvergiert mit der Definition der Milieus nach Karl Rohe, die wir, nach Berücksichtigung unse-

res historischen politisch-kulturellen Ansatzes, verwenden. Demnach verweist der Milieubegriff

„[...] auf unterschiedliche kulturelle Manifestationen, auf Lebensweise, Mentalität und Deutungskultur. Aber konstitutiv für den Begriff ist letztlich nicht eine bestimmte Denkweise, sondern eine bestimmte Lebensweise. Kultur als Lebensweise kann man nur mit anderen zusammen haben. Milieu ist deshalb stets ein soziales, nicht bloß mentales Phänomen, auch wenn die Grenzen zwischen Lebensweise und Mentalität fließend sind.“⁴⁰

Lebensweisen sind, so Rohe, Ideen, die nicht mehr Teil des ideologischen „Überbaus“, sondern zum Bestandteil der materiellen „Basis“ geworden sind.⁴¹ Von sozialen Milieus kann also gesprochen werden, wenn eine sozialkulturelle Basis des alltäglichen Lebens vorliegt.⁴² Der von uns verwendete Milieubegriff zielt damit wesentlich stärker auf Lebenspraktiken und -entwürfe, weniger auf sozio-ökonomische Klassenslagen. Jedoch ist ein solcherart definierter flexibler Milieubegriff nicht beliebig, auch hier liegt ein „gewisses Maß an lebensbiographischer Konstanz, effektiver Gemeinschaftsbildung und sozialer Verbindlichkeit“⁴³ zugrunde. Milieu wird verstanden als ein politischer Kollektivierungszusammenhang, es sind *politische* Milieus, weil sich hier *politisch* Gleichgesinnte versammeln.⁴⁴

Ein *politisches Lager* hingegen ist, laut Rohe, nun ein politisch-kulturelles Phänomen, das ebenfalls eine Vergesellschaftungsform darstellt, jedoch um den Aspekt der Konflikthaftigkeit⁴⁵ er-

³⁶ Ebd., S. 134.

³⁷ Vester, Michael et al.: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Frankfurt a. M. 2015 [1993], S. 1.

³⁸ Vgl. ebd., S. 78–80.

³⁹ Ebd., S. 80.

⁴⁰ Rohe: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland, S. 19.

⁴¹ Vgl. ebd., S. 14.

⁴² Vgl. ebd., S. 19.

⁴³ Vgl. ebd., S. 21.

⁴⁴ Vgl. Neugebauer, S. 22.

⁴⁵ Rohe stellt in diesem Zusammenhang eine für den Arbeitskontext von FoDEX spannende These hin-

weitert wird; demnach trägt das Milieu sich selbst, das politische Lager – in dem sich verschiedene Milieus versammeln können – benötigt für seine Konstituierung allerdings den politischen Gegenspieler, an dem es sich abarbeiten kann.⁴⁶ Der Begriff des Lagers, dessen Genese eng mit der Ausbildung proletarischer Milieus während des 19. und 20. Jahrhunderts verbunden ist, beschreibt also einen zur Mehrheitsgesellschaft ab- und ausgegrenzten Kollektivierungszusammenhang, der Identität stiftet und politisch-kulturelle Deutungsangebote bereitstellt:

„Diese Dialektik von ausgrenzender Gesamtgesellschaft, deren Konflikte im Lager nicht eindringen können, um sich hier autonom politisch zu artikulieren, und einer festungsartigen Einmauerung der eigenen politischen Stärke, verweist auf die reale Gegenmacht, den Schutz realer proletarischer Lebenszusammenhänge gegen die Integration in die bürgerliche Gesellschaft, und zugleich auf die Mechanismen, die die Konstitutionsschwäche und den schließlichen Zusammenbruch des Lagers ausmachen.“⁴⁷

Gedanklich ist der Begriff des politischen Lagers eng mit dem der Gegenkultur verknüpft. In den 1980er-Jahren prägte der US-amerikanische Soziologe John Milton Yinger im angelsächsischen Raum den Begriff der „*Counterculture*“,

der sich von dem der Subkultur durch das Hinzutreten eines normativen Grundkonflikts mit den dominanten gesellschaftlichen Werten auszeichnet.⁴⁸ Der Begriff betont damit die

„[...] besondere Art von dynamischer Verbindung zwischen Normen und Persönlichkeit: die Bildung einer ganzen Reihe von inversen Werten oder Gegenwerten [...] angesichts ernstzunehmender Frustrationen oder Konflikte.“⁴⁹

Geht Yinger noch von einer gesellschaftlich dominanten Kultur aus,⁵⁰ zeichnet der deutsche Historiker Dieter Langewiesche bereits 1979 ein komplexeres Bild. Anstatt von einer hegemonialen Kultur zu sprechen, beschreibt er ein komplexes Netz von

„[...] Teil- oder Gruppenkulturen mit beschränkten Autonomieansprüchen, die in den jeweiligen autonomen Teilbereichen aber gesamtkulturell akzeptiert werden. [...] Als Gegenkultur werden spezifische, politisierte Formen von Subkulturen ausgegrenzt. Sie richten sich gegen den Verbindlichkeitsanspruch der dominanten Kultur, die von den Trägern der Gegenkultur gedeutet wird als eine Klassenkultur zur Aufrechterhaltung politisch gesellschaftlicher Verhältnisse, deren gänzliche Veränderung das Ziel der Gegenkultur ist.“⁵¹

Demnach lassen sich in modernen Gesellschaften diverse autonome Teilbereiche finden, in

sichtlich militanter Praktiken auf, die er als Ausdruck der politischen Kultur zu interpretieren versteht: „In gewisser Weise ließe sich sogar umgekehrt argumentieren, daß die nach außen gewendete symbolische und gegebenenfalls auch reale Militanz nicht zuletzt Ausdruck und Folge der Tatsache ist, daß sich einstige Milieugrenzen abgeschliffen haben und ein Lager für seinen Zusammenhalt deshalb stärker auf ideologische Polarisierung angewiesen ist“ (Rohe: Wahlen und Wählertraditionen, S.22).

⁴⁶ Rohe: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland, S. 21..

⁴⁷ Negt, Oskar: Vorwort, in: Rabe, Bernd: Der sozialdemokratische Charakter. Drei Generationen aktiver Parteimitglieder in einem Arbeiterviertel, Frankfurt am Main 1978, o. S.

⁴⁸ Vgl. Yinger, John Milton: *Countercultures. The Promise and Peril of a World Turned Upside Down*, New York 1982, S. 22–23.

⁴⁹ Yinger, John Milton: Subkultur und Gegenkultur, in: Lipp, Wolfgang (Hrsg.): *Konformismus, Nonkonformismus. Kulturstile, soziale Mechanismen und Handlungsalternativen*, Darmstadt/Neuwied 1995, S. 269–282.

⁵⁰ Vgl. Yinger 1982, S. 23.

⁵¹ Langewiesche, Dieter: Arbeiterkultur in Österreich: Aspekte, Tendenzen und Thesen, in: Ritter, Gerhard A. (Hrsg.): *Arbeiterkultur*, Königstein/Ts. 1979, S. 40–57, hier jeweils S. 40.

denen Gruppen um kulturelle Deutungsmacht kämpfen; der Begriff der Gegenkultur legt nun besondere Emphase auf einen vehement ausgetragenen Grundsatzkonflikt.⁵²

Wir haben bereits festgestellt, dass es wissenschaftlich umstritten ist, ob es zu einem Formwandel oder gar einer Auflösung der sozialen und politischen Milieus gekommen ist. Diese Unsicherheit, davon ist auszugehen, schlägt sich auch auf individueller Ebene nieder. Einerseits gewinnt das Individuum Autonomie und Wahlfreiheit infolge der gesellschaftlichen Wandlungsprozesse, andererseits verliert es hierdurch biographische Gewissheiten.⁵³

„[E]s entwickeln, verstetigen und vermehren sich neue bzw. neuartige Vergemeinschaftungsformen, deren wesentliches Kennzeichen darin besteht, daß sie eben nicht mit den herkömmlichen Verbindlichkeitsansprüchen einhergehen, welche üblicherweise aus dem Rekurs auf [...] Traditionen und/oder auf ähnliche soziale Lagen resultieren, sondern daß sie auf der [...] Verführung hochgradig individualitätsbedachter Einzelner zur (grundsätzlich partiellen) habituellen, intellektuellen, affektuellen und vor allem ästhetischen Gesinnungsgenossenschaft basieren. Wie bei traditionellen Gemeinschaften, so herrschen auch in diesen neuen, jenen gegenüber als ‚posttraditional‘ etikettierbaren Gemeinschaftsformen eigene Regeln,

Relevanzen, Routinen und Weltdeutungsschemata [...].“⁵⁴

Diese Suche nach „Gesinnungsfreunden“, die bereits das Kennzeichen politischer Milieus – in Abgrenzung zu sozialen Milieus, die sich durch ihre gemeinsame ökonomische Lage und hieraus resultierende Lebensweisen konstituieren – war, führen nun zu weiteren Vergesellschaftungsformen, die eine kleinere organisationale soziale Einheit darstellen: Die *Szenen*. Sie werden definiert als:

„Thematisch fokussierte kulturelle Netzwerke von Personen, die bestimmte materiale und/oder mentale Formen der kollektiven Selbststilisierung teilen und Gemeinsamkeiten an typischen Orten und zu typischen Zeiten interaktiv stabilisieren und weiterentwickeln.“⁵⁵

Diese Definition legt, im Unterschied zu den bislang diskutierten Begriffen der Milieus sowie der Gegenkultur, besonderes Augenmerk auf den kommunikativen Aspekt, der diese Kollektivierungsform charakterisiert. Szenen sind demnach angewiesen auf ihre ständige – kommunikative – Erzeugung, da sie, anders als politische Milieus oder Lager, weniger stark von einer gemeinsamen Identität getragen werden. Szenen bedürfen, beginnend bei diffus übereinstimmenden weltanschaulichen Präferenzmustern, der Inszenierung von Symbolen, Zeichen und Ritualen;⁵⁶ sie sind „Inszenierungsphänomene“⁵⁷. Aufgrund der hieraus resultierenden Fragilität dieser sozialen Gebilde werden Szenetreffpunkte zu bedeutenden Institutionen innerhalb der Szenen, da sich hier Zugehörigkeitsgefühl und Abgrenzungsbedürfnis zugleich örtlich manifestieren können.⁵⁸

⁵² Am Beispiel der sozialistischen Arbeiterbewegung arbeitet Langewiesche das Verhältnis von Gesamt-, Sub- und Gegenkultur heraus und betont dabei besonders, dass die Grenzen fließend sind und in verschiedenen Gruppen, wie in der Arbeiterbewegung, es unterschiedliche Strömungen geben kann, die ihrerseits über andere Wertevorstellungen verfügen können. Vgl. Langewiesche, Dieter: Liberalismus und Sozialismus. Gesellschaftsbilder, Zukunftsvisionen und Bildungskonzeptionen, Bonn 2003, S. 280–281.

⁵³ Vgl. Hitzler, Ronald/Bucher, Thomas/Niederbacher, Arne: Leben in Szenen. Formen jugendlicher Vergemeinschaftung heute, Opladen 2001, S. 13–14.

⁵⁴ Ebd., S. 18.

⁵⁵ Ebd., S. 20.

⁵⁶ Vgl. ebd., S. 21.

⁵⁷ Ebd., S. 22.

⁵⁸ Vgl. ebd., S. 24.

1.3 Materialgrundlage

Zu den konstitutiven Hürden bei der sozialwissenschaftlichen Erforschung des Linksradikalismus zählt die weitgehende Unzugänglichkeit der eigentlich wünschenswerten empirischen Primärquelle, nämlich der im Rahmen von Akteursinterviews zu erforschenden Sichtweisen, Erfahrungen und Beurteilungen einschlägiger Aktivist:innen. In der Regel begegnen letztere den Forschenden mit Misstrauen oder gar Feindseligkeit, vermuten sinistre – etwa nachrichtendienstliche – Absichten oder befürchten behördliche bzw. politische Instrumentalisierungsversuche der prospektiven Studienergebnisse.⁵⁹ Aus diesem Grund beziehen wir uns im Folgenden in erster Linie auf Textmaterialien, d. h.: auf wissenschaftliche Literatur (regionalgeschichtliche Darstellungen, politikwissenschaftliche Monografien, Aufsätze etc.), auf Publikationen und Periodika aus dem Kontext linksradikaler Szene-Zusammenhänge Hannovers sowie der Bundesrepublik, auf öffentlich zugängliche Primärmaterialien (Protestaufrufe, Selbstdarstellungen usw.) sowie auf journalistische Zeitungs- und Online-Artikel bzw. Meldungen. Um ein zusätzliches Hilfsmittel für die Einordnung der untersuchten Entwicklungen, Ereignisse und Phänomene zu gewinnen, führten wir darüber hinaus 9 Experteninterviews à 40–100 Minuten mit ausgewählten Personen aus dem Umfeld von Politik, Presse, Zivilgesellschaft und Behörden Hannovers. Das Ziel war hier ausdrücklich nicht, die Sicht der heutigen Stadtöffentlichkeit auf linksradikale Phänomene in ihrer Gänze zu rekonstruieren – weshalb wir die Transkripte in diesem Fall auch nicht systematisch methodisch auswerteten –; vielmehr ging es darum, über die Befragung von Kennern der Stadt bzw. der Stadtteile eine zusätzliche „Quelle von Spezialwissen über die zu erforschenden sozialen

Sachverhalte“⁶⁰ zu erschließen und zu einem Korrektiv der Primärmaterialien zu gelangen.

⁵⁹ Vgl. Deycke, Alexander et al.: Orientierungen im Feld der radikalen Linken, in: Dies. (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 9–27, hier S. 24.

⁶⁰ Gläser, Jochen/Laudel, Grit: Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen, Wiesbaden 2009, S. 12.

2 Die Kontinuitätslinien sozialdemokratischer Hegemonie

Nähern wir uns der politischen Kultur sowie den Wandlungsprozessen, denen diese im bundesrepublikanischen Hannover unterworfen war, so springen einige Faktoren deutlich ins Auge. Einerseits lassen sich hier starke politische Milieus finden, die sich bereits während der ersten Nachkriegsjahrzehnte mit erstaunlicher Stabilität herausbildeten und dabei von Vergesellschaftungsformen zehren konnten, deren Ursprünge im deutschen Kaiserreich sowie der Weimarer Republik liegen. Andererseits zeigt sich, dass es dem sozialdemokratischen Milieu gelang, die parteipolitischen Kräfteverhältnisse über Jahrzehnte hinaus zu dominieren. Eine Analyse der politisch-kulturellen Verhältnisse sowie der dominierenden Prädispositionen Hannovers muss demnach eng mit der Rolle des lokalen SPD-Parteiverbandes und seiner Entwicklung verbunden werden. Darüber hinaus können dergestalt auch Spaltungslinien und Konflikte mit weiteren gesellschaftlichen Akteuren in die Analyse einbezogen werden, deren Mediation, Einhegung und Befriedung ein entscheidendes strategisches Konzept der lokalen Sozialdemokratie war. Wer Hannover mitsamt seinen Streitigkeiten und Herausforderungen, gesellschaftlichen Entwicklungen und Konfliktfeldern verstehen will, muss die Hannoversche SPD verstehen, die eine zentrale Prägekraft der lokalen politischen Kultur darstellt. Den Werdegang der Hannoverschen SPD, die konstitutiv für das sozialdemokratische Mi-

lieu ist, anhand ausgewählter Entwicklungen und Sattelkonflikte bis in die Gegenwart hinein nachzuvollziehen, ist Aufgabe dieses Kapitels.

2.1 Die Grundsteinlegung des sozialdemokratischen Selbstbewusstseins

Das damals noch sozialistische Milieu konstituierte sich im 19. Jahrhundert in der Gegnerschaft zu den lokalen Honoratioren, dem nationalliberal und welfisch gesinnten Bürgertum, welches in der Residenzstadt des Königreichs Hannovers früh eine selbstbewusste Beamtenverwaltung etablieren sollte, welche die politischen Geschicke der Stadt in der Folge maßgeblich beeinflusste.⁶¹ Hier zeigt sich bereits früh, dass das Hannoveraner Bürgertum in seiner besonderen Ausgestaltung zum entscheidenden politischen Machtfaktor, gewissermaßen dem Zünglein an der Waage des innerstädtischen Machtkampfes, wurde. Waren es zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch konservative und später nationalistische Leitideen, an denen sich die örtliche Bürgerschaft vorwiegend orientierte, sollte das bundesrepublikanische Hannover – so viel sei vor-

61 Vgl. Röhrbein, Waldemar R.: Kleine Stadtgeschichte Hannovers, Regensburg 2012, S. 72.

weggenommen – lange der Sozialdemokratie zugeneigt gewesen sein.

Die Wirkung auf die Hannoveraner Bürgerschaft, die sich aus dem Umstand ergab, dass die Stadt zum Verwaltungssitz des Königshauses wurde, ist kaum zu unterschätzen:

„Dies bedeutete neben einem hohen Anteil an Erwerbstätigen aus dem Bereich des öffentlichen Dienstes [...] und der freien Berufe eine starke, auf mittelalterlichen Traditionen beruhende Handwerkerschaft.“⁶²

Dass das bürgerlich-liberale und später auch das nationalsozialistische Movens über das Kaiserreich hinweg in die Spätphase der Weimarer Republik vermöge dieser selbstbewussten bürgerlichen Trägerschicht einige Durchschlagskraft entfalten konnte, zeigen neben Wahlerfolgen bei den Reichstagswahlen für die Deutsche Volkspartei (DVP) bis 1928, respektive die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) ab 1928, besonders augenscheinlich zwei Ereignisse:⁶³ Die Ankunft Paul von Hindenburgs nach Beendigung des Ersten Weltkriegs in Hannover sowie die Affäre um den Hochschullehrer und jüdischen Intellektuellen Theodor Lessing. Hindenburg, während des Weltkriegs zum Führer der Obersten Heeresleitung (OHL) aufgestiegen, folgte der „ausdrücklichen Einladung des sozialdemokratisch geführten Magistrats“⁶⁴, nachdem er bereits 1915 die Ehrenbürgerwürde der Stadt Hannover verliehen bekommen hatte, und wählte die Stadt zu seinem Alterssitz. Als

er nun am 3. Juli 1919 nach Hannover reiste, wurde er von einer jubelnden Menschenmenge am Hauptbahnhof empfangen.⁶⁵ Fortan konnte der Deutschkonservatismus, der in Hindenburg Leuchtturm und Integrationsfigur zugleich gefunden hatte, neben dem welfisch-konservativen Milieu reüssieren.⁶⁶ Die Person Hindenburgs mitsamt ihrer Strahlkraft wurde sodann zur Projektionsfläche des zweiten Schlüsselereignisses der politischen Auseinandersetzungen im Hannover der Weimarer Republik. Die „politisch-kulturellen Umbrüche“⁶⁷ in ihrer Spätphase ließen sich in Hannover bereits 1925, am Vorabend der Reichspräsidentenwahl 1925, erahnen. Der Humanist und Sozialdemokrat Lessing, der bereits früher durch kritische Artikel gegenüber der Hannoverschen Polizei das lokale Bürgertum erzürnt hatte, veröffentlichte damals einen Artikel im Prager Tageblatt, in dem er die geistige Eignung Hindenburgs zur Ausübung des Amtes massiv infrage stellte. Dieser Artikel – in der Hannoverschen Presse wiederum stark verkürzt wiedergegeben – erzeugte einen Sturm der Entrüstung insbesondere aus der Studentenschaft, der letztlich dazu führte, dass Lessing der Lehrauftrag entzogen wurde.⁶⁸ Nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten emigrierte Lessing nach Prag, wo er 1933 von Nationalsozialisten ermordet wurde.⁶⁹

Dieses politische Schwergewicht der städtischen Bürgerschaft, verbunden mit der ohnehin prekären Lage der sozialistischen Arbeiterbewegung unter der Verfolgung durch das sogenannte Sozialistengesetz, führte zu einem Rückzug des sozialistischen Milieus auf lebensnahe Kämpfe,

⁶² Boll, Friedhelm: Massenbewegungen in Niedersachsen 1906–1920. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung zu den unterschiedlichen Entwicklungstypen in Braunschweig und Hannover, Bonn 1981, S. 30.

⁶³ O. A.: Weimarer Republik. 1918–1933. Reichstagswahlen. Provinz Hannover, in: Wahlen in Deutschland, URL: <https://www.wahlen-in-deutschland.de/wuuphannover.htm> [eingesehen am 06.05.2021].

⁶⁴ Mlynek, Klaus: Hannover in der Weimarer Republik und unter dem Nationalsozialismus. 1918–1945, in: Borsius, Dieter/Mlynek, Klaus/Röhrbein, Waldemar R. (Hrsg.): Geschichte der Stadt Hannover. Band 2: Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart, Hannover 1994, S. 405–678, hier S. 441.

⁶⁵ Vgl. ebd., S. 441.

⁶⁶ Vgl. Saldern, Adelheid von: Modernisierung in den zwanziger Jahren: Ein Streifzug durch den städtischen und ländlichen Raum Hannovers, in: Hucker, Bernd Ulrich/Schubert, Ernst/Weisbrod, Bernd (Hrsg.): Niedersächsische Geschichte, Göttingen 1997, S. 528–547, hier S. 540.

⁶⁷ Ebd.

⁶⁸ Vgl. Mlynek: Hannover in der Weimarer Republik, S. 440–442.

⁶⁹ Vgl. Saldern, S. 541.

politische Vorfeldorganisationen, eben das politische Lager. Diese notwendige Ausrichtung der politischen Arbeit auf das Alltagsleben der Arbeiterschaft ergibt sich aus dem materiellen Notleid dieses Bevölkerungsteils. Exemplarisch hierfür steht der Industrievorort Linden, der zwar im europäischen Vergleich eine verspätete Industrialisierung erlebte, es ansonsten an Prekariät aber durchaus mit den Standorten der englischen Schwerindustrie aufnehmen konnte.⁷⁰ Hier erwuchs im 19. Jahrhundert aus einem ehemaligen Villenvorort Hannovers die „Keimzelle der Industrialisierung“⁷¹ des Königreichs. Im weiteren Verlauf setzte eine folgenreiche Entwicklung ein: Die Schwerindustrie siedelte sich in Linden – nicht in Hannover – an, die Arbeiter und ihre Familien zogen hierhin nach, sodass die Gemeinde ein immenses Bevölkerungswachstum erlebte; zugleich jedoch wanderten die wohlhabenden Bevölkerungsschichten nach Hannover ab. Das Resultat bildete eine von Überbevölkerung gebeutelte Gemeinde, deren infrastrukturelle Entwicklung nicht mit dem stetigen Bevölkerungswachstum mithalten konnte. Anträge Lindens zur Eingemeindung in Hannover wurden fortwährend abgelehnt.⁷² „Anders ausgedrückt: Ein Großteil der Lasten, die eine Großstadt im Normalfall zu tragen hatte, wurde Hannover von Linden abgenommen.“⁷³ Dass diese Lasten nicht einseitig von der Gemeinde, sondern auch durch die örtliche Bevölkerung getragen wurden, wird durch die Bildung einer „Ghettosituation“⁷⁴ bestätigt – Linden wurden ausdrücklich nicht die Vorteile der Industrialisierung zuteil: „Die meisten Ar-

beiterfamilien wohnten hingegen weiterhin in den licht- und lieblos gebauten Mietshäusern der Kaiserzeit oder gar in halbverfallenen Bauten in bestimmten Teilen der Altstadt.“⁷⁵ Dieser divergierende „Grad der Beschleunigung“,⁷⁶ der in dieser Form nicht nur zwischen Hannover und Linden, sondern auch zwischen dem Großraum Hannover und den agrarisch geprägten Landstrichen des heutigen Niedersachsens bestand, machte Linden so in doppelter Abgrenzung zu einem niedersächsischen Sonderfall. Die hier verlaufenden Entwicklungen, die sozialstrukturelle Homogenisierung der Arbeiterhochburg und die hieran anschließende Etablierung einer starken SPD-Organisation, führten zu einer Verfestigung des sozialdemokratischen Lagers; das „Rote Linden“⁷⁷ entstand. Die Partei mitsamt ihren Vorfeldorganisationen entwickelte sich zu einem politischen Ersatz für eine fehlende Heimat, die die Gesellschaft dem industriell-proletarisch arbeitenden Bevölkerungsteil nicht bieten konnte.⁷⁸ Dies schlug sich entsprechend in elektoralen Erfolgen der SPD nieder: Der Reichstagswahlkreis Hannover-Linden wurde seit 1884 von den Sozialdemokraten gehalten. Eine Eingemeindung Lindens hätte also im Umkehrschluss bedeutet, den politischen Machtkampf durch eine Stärkung der Sozialdemokratie weiterhin zu verschärfen, weswegen diese Auseinandersetzung durchaus als ein Moment des Klassenkampfes interpretiert werden kann.⁷⁹ Dieses – nicht nur geographisch – klar umrissene sozialistische Lager blieb selbst in der schwärzesten Stunde der deutschen Demokratie verhältnismäßig stabil, wie die Ergebnisse der Reichstagswahlen 1930 bis 1933 zeigten; zwar rutschte die SPD im genannten Zeitraum von 45 % der Wählerstimmen auf 31,6 % ab (die KPD konnte ihr Ergebnis gar um 3 Prozentpunkte steigern), in den Arbeiterquartieren fielen die Verluste jedoch deutlich geringer aus. So rutschte

⁷⁰ Vgl. Engels, Friedrich: Die Lage der arbeitenden Klasse in England, Berlin 2017 [1845].

⁷¹ Mlynek, Klaus: „In Linden ist nichts zu finden“ oder: Die fast unendliche Geschichte einer Eingemeindung, in: Borsius, Dieter et al. (Hrsg.): Geschichte in der Region. Zum 65. Geburtstag von Heinrich Schmidt, Hannover 1993, S. 377–397, hier S. 378.

⁷² Vgl. ebd., S. 378–385.

⁷³ Ebd., S. 385.

⁷⁴ Rabe, Bernd: Der sozialdemokratische Charakter. Drei Generationen aktiver Parteimitglieder in einem Arbeiterviertel, Frankfurt am Main 1978, S. 33.

⁷⁵ Saldern, S. 535.

⁷⁶ Ebd., S. 528.

⁷⁷ Rabe: Der sozialdemokratische Charakter, S. 33.

⁷⁸ Vgl. ebd., S. 36–37.

⁷⁹ Vgl. Mlynek: „In Linden ist nichts zu finden“, S. 387–393.

die SPD in Linden-Nord lediglich von 65,3 % auf 55 % ab, wohingegen die KPD hier stattliche Zugewinne von 11,3 % auf 17 % verzeichnen konnte.⁸⁰ Somit wurde bereits zu Zeiten des Königreich Hannover sowie der Weimarer Republik der Grundstein für einen Sonderstatus des Stadtteils und weiter der hiesigen Sozialdemokratie gelegt, dessen Mythos sich bis in die Gegenwart hineinzieht. So beschreibt in unseren geführten Interviews ein Hannoveraner Kulturschaffender: „Und ohne Linden kannst du Hannover überhaupt nicht verstehen in dieser Form.“⁸¹ Demnach sei der Ortsverein Linden weiterhin prägend für die Stadtpolitik und als der „grün-rot-rotste Wahlkreis ganz Deutschlands“⁸² ein wichtiger Partner linker Politikprojekte. Ein möglicher Erklärungsfaktor liegt in der Tatsache, dass Linden, im Gegensatz zu weiten Teilen Hannovers, nach dem Kriegsende verhältnismäßig unbeschädigt blieb, sodass sich hier in den Monaten nach Kriegsende große Teile der Bevölkerung ballten. Dadurch trafen hier viele Sozialdemokraten zusammen, Linden wurde schließlich ein „Zentrum des Wiederaufbaus der SPD und gewann politisch noch an Gewicht.“⁸³ Damit stellt der Stadtteil auch heutzutage noch eine „Separatismusbewegung“⁸⁴ innerhalb Hannovers dar, die sich aus ihrem historisch gewachsenen Selbstverständnis speist. Anhand des Lindener Beispiels wird verdeutlicht, dass „das Alltägliche des sozialdemokratischen Emanzipationskampfes“⁸⁵ zur zentralen Sozialisationsinstanz der lokalen Sozialdemokratie wurde. Hieraus resultierte schließ-

lich ein wenig radikales politisches Lager,⁸⁶ das sich mehrheitlich politisch am Reformismus der MSPD orientierte.⁸⁷ Kennzeichnendes Merkmal dieses Reformismus war – neben seiner Maxime, den politischen Umsturz über parlamentarische Mehrheiten zu erreichen – die starke innerparteiliche ideologische wie organisationale Geschlossenheit; es bildete sich de facto eine

„[...] weitgehend geschlossen auftretende, pragmatisch denkende Leistungsgruppe aus. Innerparteiliche Richtungskämpfe und die damit immer auch verbundene Intensivierung der sozialistischen Theoriediskussion blieben Randerscheinungen [...]“⁸⁸

Jedoch: Die reformistische Strömung der Hannoverschen SPD drängte in einer in dieser Gestalt nicht selbstverständlichen Wechselwirkung bald ebenso auf das lokalpolitische Parkett und prägte spätestens nach Beendigung des Ersten Weltkriegs das politische Kräfteverhältnis Hannovers entscheidend. So wurde nach der Revolution von 1918 in einer dialektischen Gleichzeitigkeit der Sozialdemokrat Robert Leinert der einzige Oberbürgermeister der SPD in einer Stadt mit vergleichbarer Größenordnung, womit die Revolution in Hannover „praktisch beendet“ war. Diese Zeitenwende nach der Revo-

⁸⁰ Vgl. Rabe, Bernd: Die „Sozialistische Front“. Sozialdemokraten gegen den Faschismus 1933–1936. Hannover 1984, S. 25.

⁸¹ Interviewtranskript Kulturveranstalter, S. 9, Z. 417–418.

⁸² Ebd., S. 10, Z. 476–477.

⁸³ Rabe: Der sozialdemokratische Charakter, S. 65.

⁸⁴ Transkript Presse, S. 6, Z. 240.

⁸⁵ Boll: Massenbewegungen, S. 24.

⁸⁶ So schreibt Waldemar Röhrbein die politische Mäßigung zwar noch den dem durchschnittlichen Hannoveraner inhärenten Wesensmerkmalen zu: „In Hannover war die Märzrevolution, dem nicht gerade zu Radikalität neigenden Charakter der Hannoveraner entsprechend, verhältnismäßig ruhig verlaufen“ (Röhrbein, 2012, S.69). Friedhelm Boll arbeitet jedoch in seiner vergleichenden Studie für die Fälle Braunschweig und Hannover anhand der unterschiedlichen Traditionslinien, welche wiederum von den örtlichen Industrialisierungsprozessen abhängen, heraus, dass dem radikalen Braunschweig das gemäßigte Hannover gegenübersteht; sie „ohne weiteres die entgegengesetzten Pole bilden“ (Boll: Massenbewegungen, S.17) könnten.

⁸⁷ Vgl. ebd., S. 314.

⁸⁸ Ebd., S. 317.

lution „ohne Massenbasis in den Betrieben“⁸⁹ strebte jedoch eine repräsentative-parlamentarische Demokratie an: „Eine ernsthafte Sozialisierungsdebatte hat es in Hannover nie gegeben.“⁹⁰ Diese Grundhaltung sollte sich auch während der Zeit der Weimarer Republik grundlegend nicht ändern: „Ungeachtet ihrer sozialistischen Programmatik und eines bisweilen radikal-revolutionären Verbalismus verstand sich die Partei als Garant der Republik, Hüterin der Verfassung und Stütze der repräsentativen Demokratie.“⁹¹ Dem gegenübergestellt, so werfen zumindest Kritiker ein alternatives Schlaglicht auf das Handeln der lokalen SPD-Führung, habe die Sozialdemokratie es versäumt, während Weimar gesellschaftliche Veränderungen und ernsthafte Demokratisierungsmaßnahmen voranzutreiben, wodurch die „monarchistisch-reaktionären Kräfte“ stets eine Bedrohung für die (Sozial-)Demokratie darstellten. Kurz: „Der Sozialdemokratie fehlte ein reales Verhältnis zur Macht.“⁹²

Die Eigenarten der örtlichen SPD-Verbände tragen sich bis in die Gegenwart weiter, hier scheinen insbesondere der hier ausführlich skizzierte Stadtteil Linden – möglicherweise nicht zufällig der Stadtteil, der als eine der Hochburgen des Hannoverschen Linksradikalismus gilt – einen Sonderstatus anzunehmen. So bestätigt ein Kenner der lokalen SPD-Strukturen, dass es unterschiedliche „SPD-Milieus“⁹³ gäbe, die sich im Umgang untereinander unterschieden und gleichzeitig auch das gesellschaftliche Zusammenwirken innerhalb des Stadtteils bestimmten. Somit lässt sich mit einiger Plausibilität argumentieren, dass die historisch und lokal etablierten Konfliktaustragungsmodi in Linden überdauerten.

2.2 Die Hannoversche SPD auf dem Weg zur volksparteilichen Institution

Zwölf Jahre Nationalsozialismus⁹⁴ und Krieg hatten für die Hannoversche Sozialdemokratie zur Folge, dass ihre Anhänger sich einerseits in der Zeit der politischen Verfolgung auf informelle Strukturen zurückziehen mussten und andererseits somit einige – wenn auch rudimentäre – Strukturen für einen personellen wie organisationalen Neuaufbau bereits gegeben waren. So mutet es zunächst folgerichtig an, wenn „die Alten“ mit ihrem „ungebrochenen sozialdemokratischen Traditionssinn“ sowie der notwendigen „organisatorische[n] Erfahrung“⁹⁵ die Neugründung der SPD in den Besatzungszonen vorantrieben. Dies war auch in Hannover nicht anders. Der parteilinke Kritiker und spätere Bezirksvorsitzende Hannovers, Kultusminister Niedersachsens und Mitglied des SPD-Parteivorstands Peter von Oertzen zeichnete jedoch für den Fall der Hannoveraner SPD ein deutlich anderes Bild. Demnach sei es eine folgenreichtige Zwangsläufigkeit, dass die Parteikader, die den entschiedenen Kampf gegen den Nationalsozialismus vor 1933 versäumt hätten, den Wiederaufbau übernähmen – schließlich seien die idealistischen Elemente und sozialdemokratischen Widerständler während der NS-Herr-

⁸⁹ Mlynek: Hannover in der Weimarer Republik, S. 420.

⁹⁰ Ebd., S. 421.

⁹¹ Ebd., S. 453.

⁹² Rabe: Die „sozialistische Front“, S. 21.

⁹³ Transkript Politik I, S. 13, Z. 629.

⁹⁴ Das aufschlussreiche Verhältnis von sozialdemokratischem Lager, Nationalsozialismus und Widerstand kann an dieser Stelle leider nicht ausführlich behandelt werden, da es das Erkenntnisinteresse dieser Arbeit nicht direkt betrifft. Wichtige Entwicklungslinien hatten ihren Ursprung, wie bereits beschrieben, früher; die Zeit des Nationalsozialismus stellt hier eine besondere Phase des äußerlichen Drucks dar. Für ein tiefergehendes Verständnis des außergewöhnlich starken und anhaltenden sozialdemokratischen Widerstands im nationalsozialistischen Hannover, siehe: Rabe: Die „sozialistische Front“.

⁹⁵ Holtmann, Everhard: Die neuen Lassalleaner. Die SPD und HJ-Generation nach 1945, in: Broszat, Martin/Henke, Klaus-Dietmar/Woller, Hans (Hrsg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1989, S. 169–210, hier S. 169.

schaft gewaltsam zerschlagen worden.⁹⁶ Die somit vernichtete intellektuelle Strömung

„[...] hätte jenseits der fragwürdigen Alternativen von überkommenem marxistischen Radikalismus, traditionalistischer Sozialdemokratie und opportunistischer Anpassung an bürgerliche Tradition, eine eigenständige fruchtbare Möglichkeit für die erneuerte Arbeiterbewegung sein können.“⁹⁷

Diese ex post formulierte Abrechnung mit den frühen Parteifunktionären ist sicherlich vor dem Hintergrund der späteren Auseinandersetzungen und Konflikte innerhalb der Hannoverschen Sozialdemokratie zu bewerten – in diesem Sinne nimmt sie jedoch bereits Entscheidendes vorweg. Hier angelegt ist das aussagekräftige Dilemma, dass die Sozialdemokratie während Frühphase der Bundesrepublik auf der einen Seite geprägt war durch eine „personelle und geistige Kontinuität“, sie sich auf der anderen Seite zeitgleich für Bevölkerungssteile öffnete, „welche der Sozialdemokratie traditionell fernstanden“⁹⁸ und die sie fortan integrieren musste.

Dass die SPD in Niedersachsen und Hannover überhaupt zur politisch dominierenden Kraft werden konnte, ist an sich erklärungsbedürftig. Schließlich war die neue politische Bezugsgröße, das Land Niedersachsen, ein politischer Erfolg der Niedersachsen-Bewegung, die ihr Epizentrum in Hannover hatte, wo sie historisch der weltfischen Restaurationsbewegung nahestand.⁹⁹ So bildete allein die Gründung des Landes Nieder-

sachsen, wenngleich sie vom Sozialdemokraten und ersten Ministerpräsidenten Niedersachsens Hinrich Wilhelm Kopf erstritten wurde, einen ersten Erfolg des politischen Konservatismus, bei welcher der Ministerpräsident jedoch tatkräftig mithalf. Der durch seine freundschaftlichen Beziehungen zum Hannoverschen Herrscherhaus auffallende „rote Welfe“¹⁰⁰ schaffte es in seiner Person auch das konservative Elektorat zu versöhnen, sodass das Göttinger Tageblatt nach Kopfs Tod urteilte: „Er brachte das enorme Kunststück zuwege, als Sozialdemokrat das Urbild eines heimatverbundenen, beinahe konservativen Niedersachsen darzustellen, der ebenso gut in einer Republik wie in einer Monarchie denkbar war.“¹⁰¹ Die politische Situation Niedersachsens während der ersten Nachkriegsjahrzehnte war durch eine „verzögerte Normalisierung“¹⁰², d. h. eine verspätete Angleichung an die bundesrepublikanischen politischen Kräfteverhältnisse gekennzeichnet, welche sich wiederum aus der Stabilität der lokalen politisch-sozialen Milieus erklärte. Dies erhellt, warum sich die stabilen konservativen bis liberalen Milieus lokal spezifisch einer Partei anschlossen, wodurch eine Zersplitterung des bürgerlichen Lagers eintrat, von der die SPD in dieser Frühphase profitieren konnte.¹⁰³ Dabei war es vornehmlich die Deutsche Partei (DP), die – 1945 als Niedersächsische Landespartei (NLP) gegründet, die ihrerseits wiederum auf die Deutsch-Hannoversche Partei (DHP) zurückging – einen früheren Erfolg der CDU ver-

⁹⁶ Oertzen, Peter von: Vorwort, in: Rabe, Bernd: Die „Sozialistische Front“. Sozialdemokraten gegen den Faschismus 1933–1936, Hannover 1984, S. 7–9, hier S. 8–9.

⁹⁷ Ebd., S. 9.

⁹⁸ Holtmann, S. 170.

⁹⁹ Vgl. Reeken, Dietmar von: Ein Land – viele Regionen? Landesbewusstsein, Landesintegration und Regionalkultur in Niedersachsen, in: Nentwig, Teresa/Werwath, Christian (Hrsg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 59–78.

¹⁰⁰ Nentwig, Teresa: Hinrich Wilhelm Kopf: Der ideale Landesvater, in: Nentwig, Teresa et al. (Hrsg.): Die Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen: Landesväter und Landesmanager. Politische Führung von Hinrich Wilhelm Kopf bis Christian Wulff, Hannover 2012, S. 31–65.

¹⁰¹ Ebd., S. 54–55.

¹⁰² Trittel, Günter J.: Die „verzögerte“ Normalisierung: Zur Entwicklung des niedersächsischen Parteiensystems in der Nachkriegszeit, in: Hucker, Bernd Ulrich/Schubert, Ernst/Weisbrod, Bernd (Hrsg.): Niedersächsische Geschichte 1997, S. 635–650.

¹⁰³ Vgl. ebd., S. 636, 646.

hinderte.¹⁰⁴ Besonders der „dezidierte Konservatismus der Deutschen Partei hemmte und begrenzte den Wachstumsprozess der CDU dort, wo die Deutsche Partei ihre kräftigsten Wurzeln besaß: in Niedersachsen.“¹⁰⁵ Erst spät gelang es der CDU „ehemalige katholische Zentrumswähler, welfisch-konservative DP-Anhänger und Liberale für sich zu mobilisieren“¹⁰⁶ und somit zur Volkspartei in ihrer heutigen Form zu werden. Dieses Kuriosum führte gar dazu, dass die DP mit Heinrich Hellwege als Landes- wie Bundesvorsitzenden nach den niedersächsischen Landtagswahlen 1955 zwar nur als drittstärkste Kraft hinter SPD und CDU hervorging, Hellwege hiernach aufgrund einer schwierigen Koalitionsbildung dennoch das Amt des Ministerpräsidenten bekleiden konnte.¹⁰⁷

Weiterhin ist zudem auffällig, dass die SPD mit einer gewissen geographischen wie ideologischen „Verinselung“¹⁰⁸ der einzelnen Parteidepartments zu kämpfen hatte. Natürlich bildete Hannover mit einem Arbeiterstadtteil Linden stets einen sicheren Hafen für die Sozialdemokratie. Doch auch die SPD blieb nicht von programmatisch-ideologischen Suchbewegungen verschont, sodass es unmittelbar nach Kriegsende zu einer versuchten Wiederbelebung so-

zialistischer Politik kam.¹⁰⁹ Der Befund, dass die SPD in Niedersachsen an eine gläserne Decke stieß, die sich einem begrenzten Mobilisierungspotential äußerte,¹¹⁰ ist für Hannover nicht haltbar, holte die Partei hier doch bei den Kommunalwahlen bis in die 1970er-Jahre hinein nahezu ausnahmslos absolute Mehrheiten. Eine mögliche Erklärung könnte in der analogen Analyse liegen, die Matthias Micus vorlegte, um das Rätsel des im Bundesvergleichs überdurchschnittlichen Erfolg der niedersächsischen Sozialdemokratie zu lösen: „Doch ein wesentlicher Erklärungsfaktor dürfte in dem Umstand zu finden sein, dass die SPD zwischen Ems und Elbe früher und nachhaltiger als deutschlandweit über ihre arbeiterschaftliche Kernklientel hinausgegriffen hat.“¹¹¹

Tatsächlich, so scheint es, gab es also anders als in Niedersachsen in Hannover nach Kriegsende keine ernsthafte Diskussion darüber, ob die alte Garde der Parteifunktionäre „ins zweite Glied“¹¹² rücken sollte. Zu drängend waren die politischen Probleme der Zeit, die kein Zögern oder eine grundsätzliche Debatte um politische Richtungsstreits zuließen und über diesen Modus der unmittelbaren, materiellen Dringlichkeit den Politik- und Konfliktaustragungsmodus über Jahre bestimmten. Als besondere Herausforderungen, mit denen die SPD-Verwaltung nach 1945 konfrontiert waren, sind die ökonomische Rückständigkeit Niedersachsens, dessen Wirtschaft agrarisch dominiert war,¹¹³ oder die Flüchtlingsproblematik, welche die angespannte Versorgungslage

¹⁰⁴ Zur Vorgeschichte der DP und ihre Ursprünge im welfischen Hannover, vgl. Aschoff, Hans-Georg: Die Deutsche Partei. Aufstieg und Niedergang einer Regionalpartei, in: Obenaus, Herbert/Schmid, Hans-Dieter (Hrsg.): Nachkriegszeit in Niedersachsen. Beiträge zu den Anfängen eines Bundeslandes, Bielefeld 1999, S. 73–85.

¹⁰⁵ Walter, Franz: Rebellen, Propheten und Tabubrecher. Politische Aufbrüche und Ernüchterungen im 20. und 21. Jahrhundert, Göttingen 2017, S. 201.

¹⁰⁶ Trittel, S. 648.

¹⁰⁷ Für Näheres zur Person Hellweges, vgl. Walter, Franz: Heinrich Hellwege: der konservative Cunctator, in: Nentwig, Teresa et al. (Hrsg.): Die Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen: Landesväter und Landesmanager. Politische Führung von Hinrich Wilhelm Kopf bis Christian Wulff, Hannover 2012, S. 67–93.

¹⁰⁸ Ebd., S. 636.

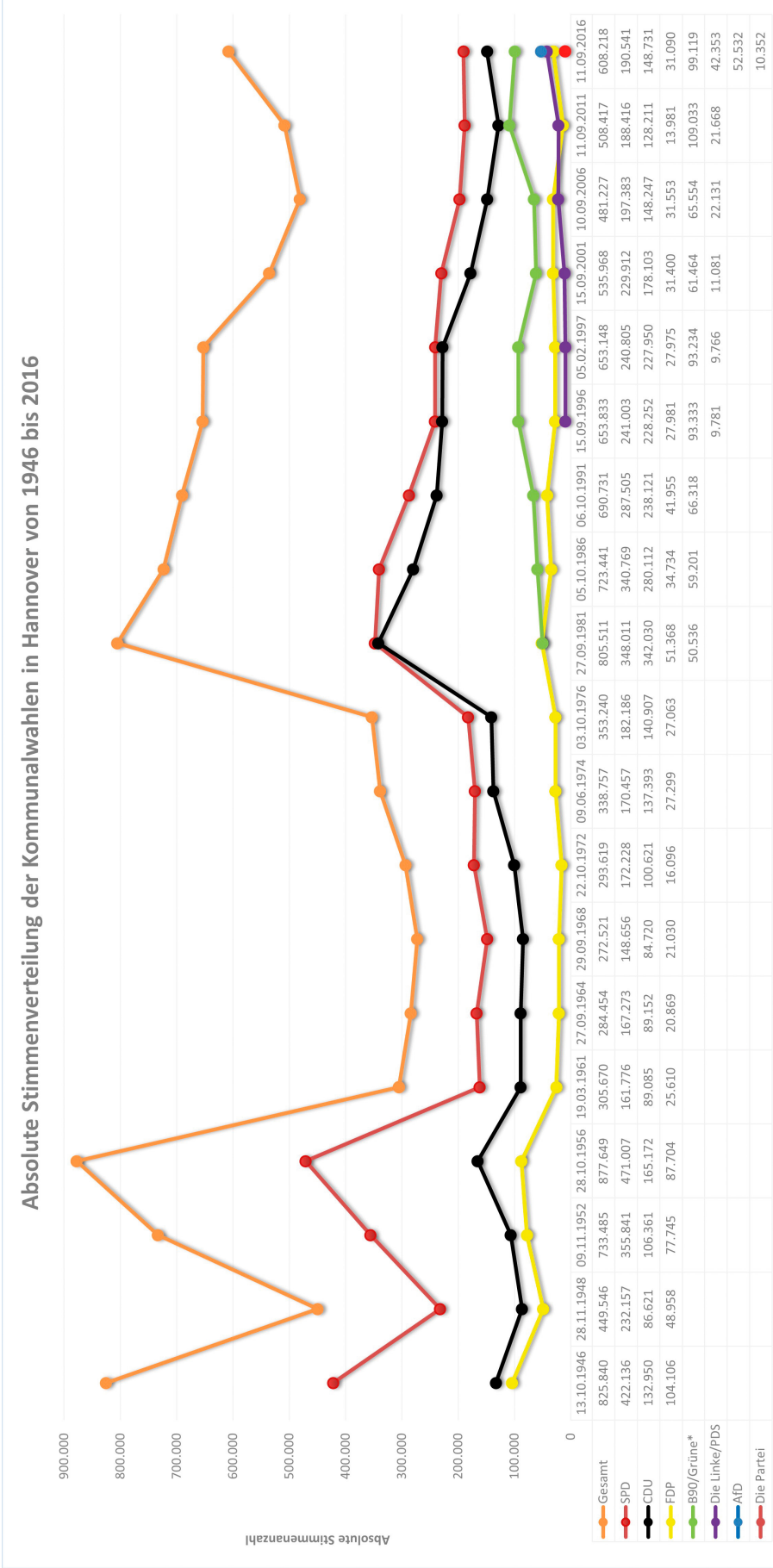
¹⁰⁹ Vgl. ebd., S. 639.

¹¹⁰ Vgl. Klecha, Stephan: Wahlen und Wahlverhalten in Niedersachsen, in: Nentwig, Teresa/Werwath, Christian (Hrsg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 79–104, hier S. 88.

¹¹¹ Micus, Matthias: Die SPD in Niedersachsen. Rote Bastion auf tönernen Füßen, in: Nentwig, Teresa/Werwath, Christian (Hrsg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 107–133, hier S. 110.

¹¹² Oertzen: Vorwort, S. 9.

¹¹³ Vgl. Grebing, Helga: Zur Rolle der Sozialdemokratie in Niedersachsen nach 1945, in: Jüttner, Wolfgang (Hrsg.): „Niedersachsens politische Tradition ist sozialdemo-



Ergebnisse der Kommunalwahl wurden uns auf persönliche Anfrage durch die Stadt Hannover zur Verfügung gestellt. Wir bedanken uns für die freundliche Mithilfe. Eigene Darstellung.

zusätzlich belastete, zu benennen.¹¹⁴ Außerdem – und dieser Aspekt ist nicht zu unterschätzen – wurde das neugegründete Niedersachsen als „historische Erfindung“¹¹⁵ zur neuen Verwaltungsebene, die im entstehenden Flächenland eher umstritten war, in Hannover jedoch wohlwollend betrachtet wurde. Aus der Perspektive der Sozialdemokratie bot sich nach Jahrzehnten des erbitterten politischen Kampfes infolge dieser Gemengelage eine einmalige Gelegenheit, die viele Genossen scheinbar überforderte: „Ein neues demokratisches Deutschland sollte entstehen und die SPD sollte es führend gestalten. Diese Auffassung stand so sehr im Vordergrund, dass manches, was an Neugestaltung möglich gewesen wäre, erst einmal außen vor blieb.“¹¹⁶

Die Entwicklung der Nachkriegs-SPD ist in Hannover eng mit zwei Personen verbunden: Dem Parteivorsitzenden der Bundes-SPD ab 1946, Kurt Schumacher, dessen Büro sich in der niedersächsischen Landeshauptstadt befand und somit die unterschiedlichen Organisationsebenen eng miteinander verknüpfte,¹¹⁷ sowie dem Bezirksvorsitzenden Egon Franke, der selbst „keinerlei ‚Linksabweichung‘ verdächtig“¹¹⁸ war. Franke selbst ließ an seiner konservativen sozialdemokratischen Ausrichtung wenig Zweifel, auch wenn es ihm während seiner Amtszeit

bis 1970 lange gelang politische Gegner, wie etwa die linksausgerichteten Jungsozialisten (Jusos) zu integrieren.¹¹⁹ Laut Franke sei der Bezirksvorstand Hannovers „stolz darauf; rechte Sozialdemokraten..., oder besser gesagt, richtige Sozialdemokraten“¹²⁰ zu beheimaten. Der langjährige Bezirksvorsitzende verkörperte damit ein verbreitetes Rollenverständnis innerhalb der niedersächsischen SPD-Führung, die an der Moderation und Befriedung von Konflikten, an sachkundiger Verwaltung des politischen Prozesses und weniger an einer dogmatisch durchgesetzten politischen Auseinandersetzung orientiert war.¹²¹ Somit stand er mit seinem politischen Ansatz stellvertretend für eine Generation, die, durch den Nationalsozialismus geprägt, eine deutliche „Aversion gegen die Scheinsicherheit von postfaschistischen Ersatzideologien“¹²² hegte und mit dem Grundkonzept der Demokratie, aber auch traditionellen Kampfbegriffen wie Sozialismus wenig Anknüpfungspunkte hatte.¹²³

Dem Funktionär Franke, dem eine sozialistische Re-Ideologisierung der Partei stets suspekt geblieben war,¹²⁴ gegenübergestellt stand Kurt Schumacher, dessen Gesellschaftsvision die „Beseitigung des kapitalistischen Unternehmertums und der kapitalistischen Eigentumsordnung“¹²⁵ genauso umfasste wie der Klassen-

kratisch“. 60 Jahre demokratischer Neubeginn in Niedersachsen, Berlin 2007, S. 31–46.

¹¹⁴ Vgl. Mooser, Josef: Regionalisierung und Kontraste in der Arbeitergeschichte der 1950er Jahre. Niedersachsen in bundesrepublikanischer Perspektive, in: Weisbrod, Bernd (Hrsg.): Von der Währungsreform zum Wirtschaftswunder. Wiederaufbau in Niedersachsen, Hannover 1998, S. 197–205, hier S. 198–199.

¹¹⁵ Grebing, S. 31.

¹¹⁶ Ebd., S. 33.

¹¹⁷ Vgl. Schmid, Hans-Dieter: Von der Milieu- zur Volkspartei. Die Sozialdemokratie in Niedersachsen nach 1945, in: Obenaus, Herbert/Schmid, Hans-Dieter (Hrsg.): Nachkriegszeit in Niedersachsen. Beiträge zu den Anfängen eines Bundeslandes, Bielefeld 1999, S. 151–173, hier S. 160.

¹¹⁸ Franke, Konrad: Die niedersächsische SPD-Führung im Wandel der Partei nach 1945, Hildesheim 1980, S. 45.

¹¹⁹ Vgl. ebd.

¹²⁰ „Rede des Genossen Franke über die Arbeit des Bezirksvorstandes auf dem Bezirksparteitag vom 10./11. September 1960 in Hannover“, in: Sozialdemokratische Partei Deutschland, Bezirk Hannover: Rechenschaftsbericht 1960 zum Bezirksparteitag am 10. und 11. September in Hannover [Hildesheim vmtl. 1960], zit. nach: Franke, S. 310.

¹²¹ Vgl. ebd., S. 311–312.

¹²² Holtmann, S. 186.

¹²³ Vgl. ebd., S. 189.

¹²⁴ Vgl. Grajetzki, Katrin: „Kanalarbeiter“ und Bundesminister. Der Sozialdemokrat Egon Franke (1913–1995), Bonn 2019, S. 228.

¹²⁵ Schumacher, Kurt: Leitsätze zum Wirtschaftsprogramm-Entwurf Dr. Kurt Schumachers von 1945, in: Flechtheim, Ossip K. (Hrsg.): Dokumente zur parteipol-

kampf als „die große gesellschaftliche Tatsache.“¹²⁶ Im neugeordneten Deutschland sollten „Sozialismus und Freiheit untrennbar miteinander verbunden sein [...]“.¹²⁷ Schumacher vertrat zugleich jedoch eine sozialstrukturelle Öffnung der Partei, ein Pluralismus der Begründungsformen des demokratischen Sozialismus sollte das Kennzeichen der Nachkriegs-SPD werden.¹²⁸ So zeigte der erste Parteitag der SPD in Hannover vom 9. bis 11. Mai 1946, dass eindeutige sozialistische Symbole, Rituale und Deutungsangebote Verfolgung und Diaspora im Nationalsozialismus überlebt hatten,¹²⁹ woraus sich der Schluss ergibt, dass es unmittelbar nach Kriegsende zu einer „Renaissance“ des sozialistischen Milieus kam, die jedoch von einer „langsamen Erosion“¹³⁰ begleitet wurde. Das Bekenntnis zum Sozialismus war also zunächst in der Bundespartei der 50er-Jahre eindeutig,¹³¹ wenngleich sich auch zeigte, dass während der 1950er-Jahre das sozialistische Erbe der Sozialdemokratie auch in Hannover stetig an Relevanz für das eigene Klientel verlor. Anhand der Hannoveraner Parteipresse arbeitete Elke Schröder beispielsweise die Entfremdung der Arbeiterschaft von der durch die Parteiführung herausgegebenen Linie des demokratischen Sozialismus heraus; demnach

wurde dieser individuell als bedrohlich empfunden, zudem trat ein Formwandel der deutschen Arbeiterschaft im Zuge des ökonomischen Aufschwungs der Nachkriegsjahrzehnte ein, sodass sich die Arbeiter zunehmend am mittelständischen Bürgertum orientierten.¹³² Schumacher wollte die Partei einerseits sozial und programmatisch öffnen,¹³³ hielt aber andererseits am „exklusiven historischen Recht der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung fest; sie allein war ihm Fundament und Bürge einer demokratischen Grundordnung.“¹³⁴ Dieser hier angelegte und in den 60er-Jahren vollzogene „Abschied von der Proletarität“¹³⁵ der Sozialdemokratie stellt jedoch keine Einbahnstraße dar: Zeitgleich lässt sich in Hannover auch eine gegenläufige Bewegung, eine Annäherung von Teilen des nationalliberalen und protestantischen Bürgertums an die Sozialdemokratie, beobachten,¹³⁶ die durchaus als Erfolg der Schumacherschen Öffnungsangebote zu interpretieren ist.

Die sozialwissenschaftliche Forschung betont oft die Bedeutung der Generation für die politische Sozialisation ihrer Angehörigen, hierbei sind einschneidende Erlebnisse wie die Erfahrung des Nationalsozialismus zu verschiedenen Lebensphasen besonders prägend. Die erlebten Brüche in den Biographien wirkten sich unter-

litischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Dritter Band: Programmatik der deutschen Parteien. Zweiter Teil, Berlin 1963, S. 9–13, hier S. 10.

¹²⁶ Schumacher, Kurt: Programmatik der deutschen Parteien. Zweiter Teil, Berlin 1963, S. 4–8, hier S. 4.

¹²⁷ Grajetzki, S. 48.

¹²⁸ Vgl. ebd.

¹²⁹ Vgl. Schmid, S. 166.

¹³⁰ Ebd. S. 170.

¹³¹ Vgl. Erklärung der Sozialistischen Internationale von 1951 über Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus, in: Flechtheim, Ossip K. (Hrsg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Dritter Band: Programmatik der deutschen Parteien. Zweiter Teil, Berlin 1963, S. 58–64.

¹³² Vgl. Schröder, Elke: Parteipresse im Wandel. Die Hannoverische Presse von 1946 bis 1958, Bielefeld 1996, S. 111–112.

¹³³ Vgl. Lösche, Peter/Walter, Franz: Die SPD: Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Darmstadt 1992, S. 107.

¹³⁴ Ebd., S. 108.

¹³⁵ Mooser, S. 197.

¹³⁶ Gemeint ist hier der „Gespräche“-Kreis. Eine Gruppe von Schülern, die in ihrem Selbstverständnis als radikale Europäer durch die politischen Entwicklungen der frühen Adenauer-Ära politisch nach links rückten. Vgl. Boll, Friedhelm: Von der Hitler-Jugend zur Kampagne „Kampf dem Atomtod“. Zur politischen Sozialisation einer niedersächsischen Studentengruppe, in: Weisbrod, Bernd (Hrsg.): Von der Währungsreform zum Wirtschaftswunder. Wiederaufbau in Niedersachsen, Hannover 1998, S. 97–114.

schiedlich auf die Vorstellungen der politischen Welt aus. So stellt die Geschichtsforschung etwa heraus, dass die Trägergeneration des Nationalsozialismus, die Jahrgänge 1900–1910, nach 1945 durch geistige Jonglage die Verbrechen des Regimes von seiner Ideologie abspalten konnten, wodurch in den 50er-Jahren verschiedene Restaurationsbewegungen der extremen Rechten ermöglicht wurden.¹³⁷ Die Jahrgänge 1925 bis 1935 hingegen, welche den NS-Staat als junge Erwachsene, Jugendliche oder Kinder erlebten, gerieten nach Zusammenbruch des Systems in eine tiefe Orientierungskrise, die sich individuell unterschiedlich auswirkte. Wie bereits angedeutet, lassen sie sich zunächst charakterisieren durch

„[...] ihre Entpolitisierung im Sinne der Errichtung eines passiven antitotalitären Grundkonsensus und die Rekonsolidierung des Privaten [welche] die Grundlagen für die politische Aufwertung von Familie, Religion und kleinem Glück [bildeten, d. Verf.]“¹³⁸

Die im Zuge der Stabilisierung der deutschen Demokratie wie der Ökonomie deutlich werdenden „Modernitätsdefizite in Kultur und Gesellschaft sollten durch Reformen verändert werden.“¹³⁹ Diese Alterskohorte zeichnete sich demnach durch einen politischen Pragmatismus sowie einer grundsätzlichen Loyalität gegenüber dem politischen System der Bundesrepublik aus. Die nach 1940 geborenen Jahrgänge, die späteren „68er“, brachen nun diesen gesellschaftlichen Burgfrieden. Ihr radikaler politischer Anspruch, ihre veränderten Sittlichkeitsvorstellungen sowie ihr Emanzipationsbedürfnis stellten einen sichtbaren Gegenpol zu den tradierten politischen Idealen und Verhaltensweisen dar. Setzten die älteren Jahrgänge noch auf Dialog und Kooperation, ermöglichte der

Radikalismus den jüngeren Jahrgängen, sich als Protagonisten eines einzigartigen historischen Wandlungsprozesses zu sehen.¹⁴⁰ Somit bestand der sich hier abzeichnende Generationenkonflikt „[...] daher zunächst auch nicht so sehr in der Analyse der politischen und sozialen Probleme der Gegenwart oder den daraus abgeleiteten Zielsetzungen, sondern in der idealistischen Attitüde der 68er [...]“¹⁴¹

Die hier beschriebenen generationalen Spezifika arbeitete Bernd Rabe in seiner Dissertation heraus; anhand von drei Generationen skizzierte er den „sozialdemokratischen Charakter“¹⁴² der Lindener SPD-Mitglieder sowie dessen Wandlungs- und Umbruchsprozesse. Für die Jahrgänge der vor 1920 Geborenen konstatiert er eine deutlich wahrnehmbare Intaktheit der beschriebenen Lager-Mentalität. Not und Mangel, Ausgrenzung und Rückzug ins politische Milieu, die Parteiarbeit und Aktivitäten in Vorfeldorganisationen prägten ihre politische Sozialisation.¹⁴³ Das hieraus resultierende, sich disziplinar an Parteihierarchien orientierende Politikverständnis führte, so Rabe, als in einer auf institutionelle Politik ausgerichteten Engführung zu einer weitgehenden Eliminierung des innerparteilichen Diskurses über gesellschaftliche Streitthemen:¹⁴⁴ „So ist das Bild der Abteilungen in der Mitte der 60er Jahre gekennzeichnet durch zunehmende personelle und politische Verödung bei Aufrechterhaltung traditioneller organisatorischer und kommunikativer Strukturen.“¹⁴⁵ Die Jahrgänge 1920 bis 1940 bildeten im Vergleich dazu eine weniger homogene Gruppe, nicht zuletzt auch wegen der Verfolgung der organisierten Sozialdemokratie sowie der Zerschlagung ihrer Vorfeldorganisationen im Nationalsozialismus war es ihnen nicht möglich, gleichermaßen wie ihre Elterngenera-

¹³⁷ Vgl. Herbert, Ulrich: Drei politische Generationen im 20. Jahrhundert, in: Reulecke, Jürgen (Hrsg.): Generationen und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert, München 2003, S. 95–114, hier S. 101.

¹³⁸ Ebd., S. 106.

¹³⁹ Ebd., S. 107.

¹⁴⁰ Vgl. ebd., S. 110–111.

¹⁴¹ Ebd., S. 111.

¹⁴² Vgl. Rabe: Der sozialdemokratische Charakter

¹⁴³ Vgl. ebd., S. 104–106.

¹⁴⁴ Vgl. ebd., S. 84.

¹⁴⁵ Ebd., S. 86.

tion an der Tradierung eines konsistenten Arbeiterbewusstseins teilzuhaben.¹⁴⁶ Entsprechend waren sie weniger Parteifunktionäre und verstanden sich als integrierter Teil der Gesellschaft, die junge Demokratie werde schließlich zum „Gegenstand sofortiger Identifizierung, wobei zunächst vorhandene weitergehende Zielvorstellungen den übernommenen formalen Normen und Regeln geopfert werden.“¹⁴⁷ Insgesamt, hier stimmt Rabe mit den eingangs formulierten Befunden überein, dominierte in dieser Generation der Hannoverschen SPD der Typus des „antiideologische[n] Pragmatiker[s]“¹⁴⁸. Die bis hierhin vorgestellten Typen begünstigten zweifelsohne die Moderation – kritisch: die Unterdrückung – innerparteilicher Auseinandersetzung zugunsten einer Stärkung der Parteispitze bzw. eines ideologisch unaufgeregten Diskurses über Sachthemen. Die jüngeren Mitglieder, hauptsächlich Schüler und Studenten, der programmatisch wie sozialstrukturell zu einer Allerweltpartei strebenden Post-Schumacher-SPD pflegten einen deutlich konfrontativeren Konfliktaustragungsmodus und scheuten dabei keinesfalls erbiterte Auseinandersetzungen mit der Gesamtpartei. Dadurch, dass die SPD also letztlich ihren Lagercharakter verlor, brachen die inhaltlichen Differenzen innerhalb der Mitgliedschaft auch in Hannover auf.¹⁴⁹

Symbolhaft für diese Entwicklung der Hannoveraner Sozialdemokratie steht die Figur Peter von Oertzen. Von Oertzens Parteikarriere startete jedoch keineswegs in Hannover, sie begann in der südniedersächsischen Universitätsstadt Göttingen, wo er 1955 mit 31 zum jüngsten Landtagsabgeordneten gewählt wurde und das Mandat in Göttingen-Stadt gewann.¹⁵⁰ Insgesamt sollte es 13 Jahre, bis 1968, dauern, bis von Oert-

zen ein Amt in Hannover antrat und zum Beisitzenden im Bezirksvorstand wurde.¹⁵¹ Der parteiinterne Machtkampf zwischen dem amtierenden autoritären „System Franke“¹⁵² und dem innerparteilichen Oppositionellen von Oertzen, der die Unterstützung der Jusos, Gewerkschaften und Teilen der Landtagsfraktion innehatte, kam auf dem Bezirksparteitag 1970 – also deutlich nach dem Unvereinbarkeitsbeschluss von SPD- und SDS-Mitgliedschaft 1954, dem Godesberger Programm von 1959 oder der erprobten Revolte von 1968, kurz: nach der offiziell vollzogenen reformistischen Wende der SPD sowie neu aufbrechender sozialer Konflikte, die hier nach kaum parteipolitische Repräsentanz finden konnten – zu seinem Höhepunkt.¹⁵³ „Der Bezirksparteitag brachte dann den erwarteten, bundesweit aber als überraschend gewerteten Erfolg“¹⁵⁴ – von Oertzen setzte sich mit 149 zu 107 deutlich gegen den Amtsinhaber Egon Franke durch und wurde damit neuer Bezirksvorsitzender.¹⁵⁵ Nach der Wahl zum Bezirksvorsitzenden hielt von Oertzen eine Rede, in der er das Programm und die bevorstehenden Aufgaben der SPD skizzierte. Demnach sei sie weiterhin eine „demokratisch-sozialistische Reformpartei“¹⁵⁶, welche eine sukzessive doch stetige Transformation der bundesdeutschen Gesellschaft erstrebe. Zugleich verstand er seine Partei zudem als „Volks-

kratie. Erinnerung an Peter von Oertzen, Berlin 2009, S. 12–28, hier S. 17.

¹⁵¹ Vgl. Kufferath, Philipp: Peter von Oertzen, 1924–2008. Eine politische und intellektuelle Biografie, Göttingen 2017, S. 378.

¹⁵² Wettig, S. 22.

¹⁵³ Kufferath, S. 379.

¹⁵⁴ Wettig, S. 22.

¹⁵⁵ Kufferath, S. 381.

¹⁵⁶ Oertzen, Peter von: Die Sozialdemokratische Partei ist eine demokratisch-sozialistische Reformpartei, in: Ders. (Hrsg.): Die Aufgabe der Partei. Reden und Aufsätze aus den letzten vier Jahren zur Arbeit der SPD und zur Entwicklung ihrer programmatischen Grundlagen, Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 7–11, hier S. 7.

¹⁴⁶ Vgl. ebd., S. 129–130.

¹⁴⁷ Ebd., S. 140.

¹⁴⁸ Ebd., S. 141.

¹⁴⁹ Vgl. ebd., S. 181–184.

¹⁵⁰ Vgl. Wettig, Klaus: Der Sozialdemokrat Peter von Oertzen, in: Jüttner, Wolfgang/Andretta, Gabriele/Schostok, Stefan (Hrsg.): Politik für die Sozialdemo-

partei“, deren Aufgabe es sei, ein breites Panorama divergierender, selbst gegensätzlicher politischer Meinungen zu integrieren; Volkspartei zu sein bedeute, „[...] daß es nicht eine verbindliche gewissermaßen fast religiös formulierte Weltanschauung für den Sozialdemokraten geben kann.“¹⁵⁷ In der Folge schaffte es der Parteilinke und Intellektuelle – nicht erst als Bezirksvorsitzender – sowohl das linke Lager um die Jusos als auch die traditionell sozialdemokratisch gesinnten Fraktionen der Partei zu versöhnen.¹⁵⁸ „An von Oertzens Verhalten manifestierte sich ein eindeutiger Mentalitätswandel innerhalb der Partei.“¹⁵⁹ Er steht damit auch exemplarisch für einen Generationenkonflikt zwischen dem aufstrebenden Parteinachwuchs und den „Bezirksfürsten“, den „einheimischen Autoritäten der alten Arbeiterbewegung.“¹⁶⁰

Um die Bedeutung der Figur Peter von Oertzen auf die Entwicklungsprozesse innerhalb der deutschen Sozialdemokratie nachvollziehen zu können, müssen seine Positionen zu entscheidenden programmatischen Diskussionen innerhalb der SPD erläutert werden. Philipp Kufferath, der die bislang umfangreichste Biografie

über von Oertzen geschrieben hat, beschreibt ihn als pragmatischen Reformpolitiker, der „das sozialistische Endziel zwar als perspektivischen Fluchtpunkt beibehalten möchte“¹⁶¹, seine Politikvorschläge jedoch immer an ihrer praktischen Umsetzbarkeit orientierte. Diese Synergie aus Pragmatik und politischem Idealismus gelang aufgrund des Gelegenheitsfensters, das sich durch die Aufbruchsstimmung der späten 60er-Jahre öffnete.¹⁶² Doch bereits in den 50er-Jahren schrieb von Oertzen unter dem Pseudonym Richard Petry energische Kritiken gegen vermeintlich verkrustete Parteistrukturen; so bemängelte er die „Entstehung eines zwar schlagkräftigen, aber starren und zentralistischen Parteiapparates und die ideologische Alleinherrschaft eines nicht nur kämpferischen, sondern auch bornierten und intoleranten Antikommunismus.“¹⁶³ Der sich intensivierende bürokratische Zwang erzeuge den Typus des Parteisekretärs, dessen autoritäres Regime die politische Tätigkeit zulasten bürokratischer Effizienz behindere.¹⁶⁴ Die Folge: „Theorie war nicht gefragt, Diskussion noch weniger.“¹⁶⁵

Deutlich konzilianter – unter Verwendung seines Klarnamens und dem damit verbundenen Wunsch nach innerparteilichem, programmatischem Austausch, dessen oberste Prämisse nicht die Fundamentalkritik ist – formulierte von Oertzen seine Kritik am Entwurf des Godesberger Programms 1959. Das Programm markierte womöglich die entscheidende Zäsur der Nachkriegs-SPD, bekannte sie sich hier doch zum Grundgesetz und zur hegemonialen gesellschaftlichen Ordnung bei einer gleichzeitigen semantischen Auflösung – wenn auch der begriff-

¹⁵⁷ Ebd., S. 8.

¹⁵⁸ „Durch die Abgrenzung von antiautoritär-linksalternativen, orthodox-kommunistischen und dogmatisch-leninistischen Strategien erscheinen seine links-reformistischen Vorstellungen, die er in einem marxistischen Vokabular präsentiert, nun auch in der SPD als eine vermittelnde Integrationsformel, um einen programmatischen Zusammenhalt der Partei zu gewährleisten. Von Oertzen wächst aufgrund seines wissenschaftlichen Anspruchs und der Bereitschaft zum pragmatischen Kompromiss vom polarisierenden Flüggekämpfer des Frankfurter Kreises um 1974 kurzzeitig in die Rolle eines ideellen Gesamtsozialdemokraten, der sich in die Bedürfnislagen und Denkhorizonte von Jungsozialisten bis Seeheimer Kreis hineinzuversetzen versucht und hierin seine Chance auf politischen Einfluss in der SPD begreift“ (Kufferath, S. 671).

¹⁵⁹ Ebd., S. 383.

¹⁶⁰ Koß, Michael/Spier, Tim: Das Parteiensystem Niedersachsens, in: Jun, Uwe/Haas, Melanie/Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden 2008, S. 291–314, hier S. 303.

¹⁶¹ Kufferath, S. 671.

¹⁶² Vgl. ebd., S. 671.

¹⁶³ Petry, Richard: Die SPD und der Sozialismus, in: Flechtheim, Ossip K. (Hrsg.): Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1973, S. 78–94, hier S. 79. Zuerst erschienen in: Frankfurter Hefte, Jg. 9 (1954), S. 663–676.

¹⁶⁴ Vgl. ebd., S. 81.

¹⁶⁵ Ebd., S. 83.

lichen Beibehaltung – des alten sozialistischen Vokabulars: „Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie durch den Sozialismus erfüllt.“¹⁶⁶ Weiter heißt es: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands lebt und wirkt im ganzen deutschen Volke. Sie steht zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.“¹⁶⁷ Das Programm stellt somit den endgültigen Abschied der Sozialdemokratie von einem wissenschaftlichen Marxismus dar und vollzog folglich die Hinwendung zu marktwirtschaftlichen Prinzipien.¹⁶⁸

Im Vorfeld des Bad Godesberger Parteitags signalisierte von Oertzen seine Zustimmung zu einem – letztlich chancenlosen – Gegenentwurf des sozialistischen Rechtswissenschaftlers Wolfgang Abendroth¹⁶⁹ und schrieb letztlich gar selbst einen Gegenentwurf, in dem er sich zu Planwirtschaft und einer neuen Wirtschafts- und Sozialordnung, gleichzeitig aber auch zum deutschen Grundgesetz bekannte.¹⁷⁰ Ob dieser Antrag aussichtsreicher als derjenige von Abendroth gewesen sein könnte, bleibt Spekulation, letztlich konnte er nicht auf dem Parteitag diskutiert werden, da er zu spät eingereicht wurde.¹⁷¹ Trotzdem

übte von Oertzen auch scharfe Kritik, beispielsweise an der einseitig parlamentarischen Ausrichtung des Godesberger Programms: „Das Programm verwischt die Klassenlage und die Klasseninteressen der Arbeitnehmerschaft.“¹⁷² Dennoch interpretierte er das Programm als eine Möglichkeit, auch die Jungsozialisten, also die linken parteiinternen Kritiker zu integrieren, da das Programm nicht grundsätzlich konträr zu ihren Zielen stünde. Lediglich das Bekenntnis zu Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Demokratie, welche als Grundwerte eines demokratischen Sozialismus angesehen werden könnten, sei für Parteigenossen obligatorisch.¹⁷³ Gesellschaftliche wie parteiprogrammatische Kritik dürfe nicht abstrakt aus der Theorie abgeleitet werden, sondern müsse sich aus den Missständen der politischen Gemeinschaft ergeben; die Aufgaben, denen sich die „Linke“ mit Blick auf ihre sozialistischen Fernziele annehmen müsse, umfassten: „Die scharfe und grundsätzliche Kapitalismuskritik, die Erarbeitung konkreter antikapitalistischer Strukturreformen [...]“¹⁷⁴

Von Oertzen gelang es hier durch das geschickte Changieren zwischen einer Offenheit für scharfe Kapitalismuskritik und einem Festhalten an Demokratie sowie an den bestehenden staatlichen Institutionen als ihren Garanten, eine flexible politische Ausrichtung zu kreieren, welche als Balsam für die gesellschaftlichen Spaltungslinien der Zeit wirken konnte. Die Politik des hannoverschen SPD-Verbandes prägte von Oertzen über Jahre hinaus. Damit reagierte er auf die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse, etwa die Tertiärisierung der deutschen Wirtschaft, die insbesondere die SPD als (ehemalige) Arbeiterpartei

¹⁶⁶ O.V.: Das Grundsatzprogramm von 1959 (Godesberger Programm), in: Flechtheim, Ossip K. (Hrsg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Dritter Band: Programmatik der deutschen Parteien. Zweiter Teil. Berlin 1963, S. 209–226, hier S. 211.

¹⁶⁷ Ebd., S. 212.

¹⁶⁸ Vgl. Lösche/Walter, 1992, S. 114.

¹⁶⁹ Vgl. Oertzen, Peter von: Brief an einige Delegierte zum außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg 13.–15. November 1959, in: Flechtheim, Ossip K. (Hrsg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Siebenter Band: Innerparteiliche Auseinandersetzungen. Zweiter Teil, Berlin 1969, S. 118–119, hier S. 119.

¹⁷⁰ Vgl. Oertzen, Peter von: Neufassung des Entwurfs für ein Grundsatzprogramm, in: Flechtheim, Ossip K. (Hrsg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Siebenter Band: Innerparteiliche Auseinandersetzungen. Zweiter Teil, Berlin 1969, S. 119–134, hier S. 120–121.

¹⁷¹ Vgl. Franke S. 300.

¹⁷² Oertzen, Peter von: Wegmarke Godesberg, in: Flechtheim, Ossip K. (Hrsg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Siebenter Band: Innerparteiliche Auseinandersetzungen. Zweiter Teil, Berlin 1969, S. 147–151, hier S. 149.

¹⁷³ Oertzen, Peter von: Die Zukunft des Godesberger Programms. Zur innerparteilichen Diskussion der SPD, in: Ders. (Hrsg.): Die Aufgabe der Partei. Reden und Aufsätze aus den letzten vier Jahren zur Arbeit der SPD und zur Entwicklung ihrer programmatischen Grundlagen, Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 33–50, hier S. 47.

¹⁷⁴ Ebd., S. 49

vor bedeutende Herausforderungen stellten, sie von ihrem angestammten Wahlmilieu entfremdeten und die SPD gewissermaßen in eine Identitätskrise drängten.¹⁷⁵ Diese Entwicklung bedeutete jedoch nicht ausschließlich Gefahr, sondern bot auch gewisse Chancen, namentlich die Möglichkeit der Emanzipation für breite Teile der Bevölkerung; die Umbruchsphase, in der es zu einer Neujustierung des sozialdemokratischen Parteiprogramms kam, erscheint damit folgerichtig.¹⁷⁶ Mit von Oertzen als Vordenker der jungen Linken in Niedersachsen gelang die Integration einer neuen, an postmateriellen Werten orientierten Generation des Politiknachwuchses.¹⁷⁷

2.3 Neujustierung des Repräsentationsverhältnisses?

Mit der rasant zunehmenden gesellschaftlich bedingten Individualisierung der Lebensläufe und Erwerbsbiographien ging spätestens seit den 1970er-Jahren eine Krise der politischen Massenverbände mit ideologischer Prägung einher.¹⁷⁸ Paradoxerweise leitete 1968 einen „ideologischen Aufbruch“ ein, der zu einer „Renaissance des Sozialismusbegriffs“ führte und dessen „sophistische und gänzlich realitätsferne Debatten über Vergesellschaftung, Investitionskontrolle, Kapitalismus und Systemgrenzen“¹⁷⁹ die SPD von der aufstrebenden Mittelschicht entfernte. Somit konnten in Großstädten und gesellschaftlich aufstrebenden Regionen während der 1970er- und 1980er-Jahre die neu entstehenden Grünen¹⁸⁰ oder die Libe-

ralen reüssieren: „Aus der Avantgarde der gesellschaftlichen Moderne war die Nachhut der Industriegesellschaft geworden.“¹⁸¹ Die Ergebnisse der Kommunalwahlen (S. Abbildung 1 und 2) belegen jedoch, dass dieser Befund in dieser Deutlichkeit nicht für Hannover gilt. Die widerstreitenden Kräfte von Entideologisierung und Reideologisierung führten in Hannover nicht zu einem Auseinanderbrechen der Partei. Die frühe Orientierung an konsensualen und integrativen Verhaltensmodi und die Besetzung der zentralen Verwaltungsposten der lokalen SPD sowie das integrative Verhalten der Parteiführung symbolisiert durch Peter von Oertzen sorgten, insbesondere im bundesdeutschen Vergleich, für eine beeindruckende Stabilität der örtlichen Sozialdemokratie, die gesellschaftliche und innerparteiliche Konflikte moderierte, sodass diese allenfalls in abgeschwächter Form entstanden. Heute scheint Hannover daher weitgehend frei von grundsätzlichen, radikal oder gar militant ausgetragenen Konflikten zu sein. Wie eine Repräsentativerhebung unter der Hannoveraner Bevölkerung ergab, leben 90 % gern oder sehr gern in der Stadt, als größte Probleme wurden die typischen Herausforderungen moderner Großstädte wie eine schlechte Verkehrslage (20 %), zu hohe Mietpreise (14 %), Kriminalität (7 %), Schmutz (6 %) oder einzelne Personengruppen, beispielsweise „Bettler, Punks,

selbst zum ideologischen Repertoire, jedoch gelang es den Grünen besonders in Niedersachsen, den Atomenergie-Konflikt in den inhaltlichen Fokus zu rücken. Diese Integrationsleistung zeigt sich etwa anhand der bürgerlich orientierten Alternativen Grünen Liste (GLU) – einer tragenden Säule der noch jungen alternativen Bewegung – und eher linksorientierten Teilen des politischen Spektrums innerhalb der grünen Bewegung. So schafften sie es in Universitätsstädten einen eher linksorientierten Flügel zu etablieren bei gleichzeitiger Offenheit für die bürgerliche Mitte. In Niedersachsen konnte der Landesverband der Grünen hierdurch am 9. Dezember 1979 konstituiert werden – noch vor der Gründung der Bundespartei. Vgl. Probst, Lothar/Laux, Annika: Bündnis 90/Die Grünen in Niedersachsen, in: Nentwig, Teresa/Werwarth, Christian (Hrsg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 177–202.

¹⁷⁵ Vgl. Lösche/Walter, 1992, S. 82.

¹⁷⁶ Vgl. ebd., S. 83.

¹⁷⁷ Vgl. Micus, S. 126–127.

¹⁷⁸ Vgl. Lösche/Walter, S. 87.

¹⁷⁹ Ebd., S. 94.

¹⁸⁰ Zwar gehörte eine entschiedene Kapitalismuskritik sowohl in den K-Gruppen, die teilweise in den Grünen aufgingen, als auch in der Frühphase der Grünen

¹⁸¹ Lösche/Walter, S. 99.

Obdachlose, Asylbewerber“ (6 %) genannt.¹⁸² Zugleich sorgte bei den letzten Bürgermeisterwahlen der Kandidat der Grünen, Belit Onay, für ein Novum, indem er das Rathaus für seine Partei gewann und damit erstmals seit Kriegsende kein Sozialdemokrat Oberbürgermeister der Stadt Hannover wurde.¹⁸³ Es gibt also berechtigte Gründe für die These, dass, obwohl die SPD-Fraktion im Stadtrat nach wie vor die meisten Sitze vor CDU und Grünen hält,¹⁸⁴ die SPD-Hegemonie innerhalb Hannovers gebrochen scheint, sich mindestens aktuell ein Wandel vollzieht.

Doch gehen wir noch einen Schritt zurück in die Vergangenheit, um den Prozess, der zu diesem Resultat führte, näher zu beleuchten: Allgemein konstatiert die politikwissenschaftliche Forschung ab den 1970er-Jahren, also parallel zum Amtsantritt von Oertzens, einen erheblichen Niedergang der SPD in Niedersachsen. So dienten die Landtagswahlen 1975, 1978 und 1982 wahlweise zur Abrechnung mit den sozialdemokratischen Bundesregierungen¹⁸⁵ oder waren auf die Stärke des politischen Hauptgegners, der CDU, zurückzuführen, der es im direkten Vergleich mit der SPD besser gelang die Rolle der Volkspartei auszukleiden.¹⁸⁶ Zudem trat ab 1978 – hier trat bei den niedersächsischen Landtagswahlen erstmalig die Grüne Liste Umweltschutz (GLU), die 1980 in der Bundespartei Die Grünen aufging – insbesondere in Niedersachsen der vergleichsweise junge Cleavage zwischen nachhaltigem Umweltschutz und unge-

bremsten wirtschaftlichen Wachstum zutage.¹⁸⁷ So gelang es den Grünen seit den 1980er-Jahren in den niedersächsischen Universitätsstädten – und damit auch in Hannover – regelmäßig gute bis sehr gute Wahlergebnisse zu erzielen und diese Städte sukzessive zu eigene Hochburgen auszubauen.¹⁸⁸ Ähnlich wie in der SPD wurden in der jungen, grünen Partei die internen Flügelkämpfe früh und nachhaltig befriedet: Das Ökologie-Thema wurde zum bestimmenden Kernthema, um das sich die Diskussionen drehen und nach dessen Maxime sachorientierte Politik unter Einbeziehung von radikaleren und bürgerlichen Gruppen, die auf dieser Grundlage miteinander kooperieren konnten, vollzogen werden konnte. Zudem vollzog sich der Übergang der Grünen in Niedersachsen von der Bewegung zur Partei vergleichsweise frühzeitig, sodass früh eine Orientierung an parlamentarischer Arbeit – und damit an Sachthemen und Pragmatismus – einsetzte.¹⁸⁹

Ein entscheidendes, wenn auch nicht das einzige Problem der niedersächsischen Sozialdemokraten lag in der Schwierigkeit, ihre Kernwählerschaft zu mobilisieren:¹⁹⁰

„Die einen gewann die SPD in den 1970er und 1980er nicht weiter, andere Gruppen gingen verloren. Den Anfang machten die Mittelschichten, die Angestellten und Beamten [...]. Allerdings zeigten sich bei dieser Wahl [Landtagswahl 1982, d. Verf.] weniger sichtbar auch erste Schwierigkeiten bei der vielzitierten Kernanhängerschaft der Sozialdemokraten: den Arbeitern.“¹⁹¹

Die Landtagswahlen 1990, bei denen die Sozialdemokraten unter Gerhard Schröder nach der „Ära Albrecht“ wieder gewinnen konnten, zeigte erstens, dass die SPD in nahezu al-

¹⁸² Vgl. Drewes, Erich: Repräsentativerhebung 2019. Gesamtergebnis und Vergleichsdaten aus früheren Erhebungen, Hannover 2020, S. 20–23.

¹⁸³ Tatsächlich schaffte es der SPD-Kandidat mit den drittmeisten gezählten Stimmen nicht einmal in die Stichwahl. Vgl. Landeshauptstadt Hannover: Statistische Profile der Stadtteile und Stadtbezirke 2020, S. 6.

¹⁸⁴ Vgl. Landeshauptstadt Hannover: Statistisches Jahrbuch der Landeshauptstadt Hannover 2019, S. 130.

¹⁸⁵ Micus, S. 112.

¹⁸⁶ Vgl. Klecha, S. 93.

¹⁸⁷ Vgl. ebd., S. 94.

¹⁸⁸ Vgl. Probst/Laux, S. 197.

¹⁸⁹ Vgl. ebd., S. 191.

¹⁹⁰ Ebd., S. 96.

¹⁹¹ Micus, S. 113.

len Bevölkerungsgruppen verankert war,¹⁹² und zweitens, wie abhängig die Partei von ihrem Spitzenkandidaten und neuen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder war.¹⁹³ Dadurch lässt sich – zusätzlich zur für zahlreiche Wähler enttäuschenden Performanz der Rot-Grünen Bundesregierung Schröder – der Absturz der SPD-Wahlergebnisse bei den Landtagswahlen der 2000er-Jahre, das Brennen der „sozialdemokratischen Kerze an beiden Enden“¹⁹⁴, erklären. Alleine in den 2000er-Jahren verlor die SPD bei Landtagswahlen in der Region Hannover die Hälfte ihrer Wählerschaft.¹⁹⁵ So verstärkten sich die Erosion des sozialdemokratischen Stammmilieus und die dortige feste Verankerung der Partei wechselseitig, die dadurch ihrerseits wiederum nicht den nötigen Rückhalt verspürte, um neue Wählerpotenziale erschließen zu können.¹⁹⁶ Dass selbst in der sozialdemokratischen Hochburg Hannover – wo die SPD bis 2019 zwar stets stärkste Kraft wurde – die sozialdemokratische Herrlichkeit schon früher Risse bekam, zeigt die Kommunalwahl von 1991: Die Wahlbeteiligung sank auf 62,3 Prozent, den niedrigsten Wert seit 1946, ab, CDU und SPD erlitten herbe Verluste, dafür eroberten die rechtsradikalen Republikaner zwei Ratssitze. Da weiterhin das Wahlbündnis „Wir für Hannover (WfH)“, die „Ökologisch-demokratische Partei (ÖDP)“, die Grünen und die FDP Mandate erhielten, entstand so das „bunteste Stadtparlament“ Hannovers¹⁹⁷ – wodurch sich eine gewisse

Orientierungslosigkeit, mindestens jedoch eine Neuordnung bestehender Repräsentationsverhältnisse andeutete.

Spätestens seit Mitte der 1990er drängten die Grünen verstärkt auf die lokalpolitische Bühne, hier konnten sie bei den Kommunalwahlen im September 1996 14,3 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Eine Studie, die im Vorfeld der geplanten EXPO 2000 erstellt wurde, sollte erstmals untersuchen, wie die Weltausstellung sozial verträglich oder gar mit positiven Effekten für die lokale Bevölkerung durchgeführt werden könnte¹⁹⁸ und stellte zweitens eine „Topographie der sozialen und politischen Strukturen“¹⁹⁹ der Landeshauptstadt dar. Die Studie ist für unsere Fragestellung insofern zielführend, da sich hier bereits früh Entwicklungstendenzen zeigten, welche das eingübte Repräsentationsverhältnis zwischen roter Bürgerlichkeit und der SPD betreffen. Demnach sei Hannover sozial in einen privilegierten Süd-Ost und einen unterprivilegierten Nord-West-Teil geteilt, mit denen ein enger Zusammenhang zwischen der Sozialstruktur der Stadtteile und dem Wahlverhalten Hannovers einhergehe: So sei etwa die Korrelation von Stimmenanteilen mit der SPD insbesondere in Stadtteilen mit hohen Anteilen von Arbeitern und Erwerbslosen hoch.²⁰⁰ Als „Kernstadt-Phänomen“²⁰¹ wiesen die Grünen Anfang der 1990er-Jahre hingegen keine herausragende Korrelation zum Soziale-Lage-Faktor auf, der Autor formuliert in diesem Zusammenhang die These einer

„relativ repräsentativen sozialstrukturellen Zusammensetzung des Wählerpotentials der Grünen“, welche sich „von den

derts bis in die Gegenwart, Hannover 1994, S. 579–800, hier S. 786.

¹⁹² Vgl. Klecha, S. 97.

¹⁹³ Vgl. Micus, S. 113, 128.

¹⁹⁴ Ebd., S. 114.

¹⁹⁵ Vgl. Geiling, Heiko: Die SPD im freien Fall – Zwischenrufe zu den niedersächsischen Landtagswahlen 2003 und 2008, in: Ders. (Hrsg.): Die Krise der SPD. Autoritäre oder partizipatorische Demokratie, Berlin 2010, S. 231–257.

¹⁹⁶ Vgl. Micus, S. 115.

¹⁹⁷ Röhrbein, Waldemar R.: Hannover nach 1945. Landeshauptstadt und Messestadt, in: Borsius, Dieter/Mlynec, Klaus/Röhrbein, Waldemar R. (Hrsg.): Geschichte der Stadt Hannover. Band 2: Vom Beginn des 19. Jahrhun-

¹⁹⁸ Vgl. Hermann, Thomas: Bericht zur Explorationsstudie „Die Implikationen der EXPO 2000 für die sozialen und politischen Strukturen der Stadt und des Großraums Hannover“, Hannover 1992, S. 16.

¹⁹⁹ Ebd., S. 5.

²⁰⁰ Vgl. ebd., S. 115–119.

²⁰¹ Ebd., S. 116.

Wählergruppen anderer Parteien eher in ihren Lebensstilen, ihren Alltagspraktiken, ihren sozialen Kohäsionsformen, Mentalitäten und Milieuzugehörigkeiten unterscheiden.“²⁰²

Einige Jahre später, während der Nullerjahre, scheinen die politischen Kräfteverhältnisse innerhalb Hannovers eindeutiger verteilt. Die SPD verlor selbst in ihren bis dato weitgehend resilienten Stadtteilen stark, deutliche Wahlbewegungen hin zu Nichtwählern ließen sich verzeichnen.²⁰³ Diese Entwicklung musste den Sozialdemokraten vor Ort Sorge bereiten; die „Traditionspflege der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung“ musste zunehmend wie ein Relikt vergangener Zeiten erscheinen, dessen Tradierung einige Brüche erhält:

„Dass es sich dabei allerdings nur noch um einen Mythos ohne nachhaltige politische Bindungen und Loyalitäten handelt, musste eine hier zunehmend als langweilig und angepasst wahrgenommene SPD seit dem unkonventionellen Auftreten der Grünen sowie auch nun der Linkspartei erfahren, so dass nicht allein absolute Stimmenmehrheiten der SPD zur Vergangenheit gehören, sondern selbst ihre relativen Mehrheiten in Gefahr sind.“²⁰⁴

Zusätzlich forderten die Grünen die sozialdemokratische Hegemonie zunehmend heraus: Die „postmoderne Avantgarde“, die Grünen, habe sich als „Fortschreibung der bildungsbürgerlichen Sozialdemokratie“²⁰⁵ der 1980er-Jahre in den nordwestlichen und innenstadtnahen Stadtteilen angesiedelt und bildete dort neue Nuklei kritischer Jungintellektueller. Darüber hinaus ließe sich im südlichen Innenstadtbereich ein weiterer Typus des Grünen-Wähler,

die „modernisierten Dienstleister“²⁰⁶ finden, die symptomatisch für die grüne Herausforderung der SPD stünden. Die Grünen profitierten dabei

„von der dauerhaften Schwäche der SPD, die ihren verlustig gegangenen grün-intellektuellen Teil nicht zurückgewinnen vermag. Dieser Brain Drain, der in anderen Großstädten ähnlich zu beobachten ist, bedeutet aber mehr als nur verlorene Wählerstimmen, denn der Sozialdemokratie droht der Verlust großer Teile ihrer innerstädtischen Milieus. So wie die SPD vormals mit Partei, Gewerkschaften und Arbeiterführern in den sozialdemokratischen Milieus fest verankert war, vermögen es heute die Grünen, mit kulturellen Netzwerken, ökologischen Projekten und sozialer Nähe ihre Klientel direkt vor Ort effizient anzusprechen.“²⁰⁷

Diese Diagnose wurde auch in den von uns durchgeführten Interviews als Auffälligkeit identifiziert und dahingehend konkretisiert, dass nicht nur die intellektuelle, sondern auch die Verwaltungselite nun Grün anstatt eines sozialdemokratischen Rots vergangener Tage trägt.²⁰⁸ Mit dieser Betonung wird zudem indirekt die hervorgehobene Bedeutung der lokalen Verwaltungsstrukturen hervorgehoben, die Zusammenleben und Konfliktmoderation bestimmt.

Diese gegenläufige Bewegung, das Erstarken der Grünen Hannovers zeitgleich zu einem sukzessiven Niedergang der hiesigen Sozialde-

²⁰² Ebd., S. 115–116.

²⁰³ Vgl. Geiling: Die SPD im freien Fall, S. 240–244.

²⁰⁴ Ebd., S. 252.

²⁰⁵ Gardemin, S. 268.

²⁰⁶ Ebd., S. 268.

²⁰⁷ Ebd., S. 269.

²⁰⁸ „Das Personaldezernat ist seit Jahrzehnten Grün dominiert. Das begann in den 90er Jahren als Frank Bsirske, der spätere Verdi-Chef, Personaldezernent in Hannover wurde. Auch der Gesamtpersonalrat ist seit damals Grün dominiert. Die SPD ist im Hannoverschen Rathaus entgegen anderen veröffentlichten Darstellungen nicht mehr personalpolitisch tonangebend. Das war in den 60er, 70er und vielleicht noch in den 80er Jahren zutreffend. Heute ist es nur noch eine seit über 30 Jahren überholte Legende.“ Transkript Politik I, S. 15–16, Z. 774–782.

mokratie, findet ihren (vorläufigen) Höhepunkt in der Wahl des Oberbürgermeisters im Herbst 2019, die bereits mit einer beispielhaften Materialfülle analysiert wurde. Im Wahlsieg des Grünen-Spitzenkandidaten Belit Onay manifestierte sich innerhalb des vielfach beschriebenen Wandels nun spätestens die größte Herausforderung für die sozialdemokratische Hegemonialstellung der Landeshauptstadt und wurde dabei noch durch die Tatsache unterstrichen, dass es der SPD-Kandidat nicht einmal in die Stichwahl schaffte. Die am 27. Oktober stattfindende Wahl war notwendig, da der amtierende Bürgermeister Stefan Schostok (SPD) auf eigenen Antrag in den Ruhestand versetzt wurde, zuvor mehrten sich die Vorwürfe gegen ihn: In der sogenannten „Rathausaffäre“ soll er Mitarbeitern unrechtmäßige Finanzaufwendungen erteilt haben.²⁰⁹ Die historische Chance bestand, im Zuge der beschriebenen Entwicklungen und durch den Katalysator „Rathausaffäre“ einen Regierungswechsel im Hannoveraner Rathaus herbeizuführen, wodurch sich auch die verhältnismäßig hohe Wahlbeteiligung erklärt. Wie sich zeigen sollte, war die Aussicht auf einen Wahlsieg jenseits der SPD durchaus berechtigt, litt diese neben dem Vertrauensverlust auf lokaler Ebene auch unter dem anhaltend schlechten Bundestrend der Partei, sodass der Kandidat der SPD, Marc Hansmann, in allen gesellschaftlichen Milieus verlor und zudem sogar jeder zweite Wähler der Partei der Wahl fern blieb.²¹⁰ Konträr zu den Abwehrkämpfen der SPD deutete sich für die Grünen ein möglicher Wahlerfolg bereits bei der Europawahl 2019 an: Mit 31,1 Prozent erzielten sie ihr Rekordergebnis in Hannover – parallel dazu stürzte die SPD auf 19,5 Prozentpunkte ab.²¹¹ Auffälligkeiten des Wahlkampfes bestanden erstens in der Gemeinsamkeit der drei erfolgreichsten Kandidaten, Belit Onay (Grüne), dem von der CDU unterstützten par-

teillosen Kandidaten Eckhard Scholz sowie dem bereits erwähnten Marc Hansmann, nicht Teil der unmittelbaren Parteiführung zu sein. Zweitens lieferten sich die Kandidaten – für Hannover durchaus charakteristisch – „einen betont sachlichen Wahlkampf. Die Podiumsdiskussionen, Marktbesuche, Zeitungsinterviews und Hausbesuche waren geprägt von Fairness und gegenseitigem Respekt. Thematisch waren nur wenige Unterschiede erkennbar [...]“.²¹² Auch unsere Interviewpartner vermochten eine Angleichung von SPD und Grünen, eine geteilte Bürgerlichkeit, zu erkennen, wobei es letzteren jedoch mutmaßlich besser gelänge einen modernen Politikstil authentisch zu vermitteln und sie zudem von aktuellen politischen Konjunkturen getragen würden.²¹³

Die Analyse der Wahlergebnisse zeigte nun auf der Stadtteilebene, dass die in den jeweiligen Stadtteilen vorherrschenden Milieus sich durchaus geschlossen ihren neuen Repräsentanten zuwandten. So zeichne sich Hannover durch eine neue „grüne“ Stadtmitte aus, in den „urbanen, von eher linken und studentischen Milieus geprägten“ Linden-Mitte, Linden-Nord, Linden-Süd, Nordstadt und Calenberger Neustadt holten die Grünen absolute Mehrheiten. Doch auch jenseits dieser eher alternativ geprägten Stadtteile reüssierten die Grünen auch in den

²¹² Ebd., S. 8.

²¹³ „Dass es aber auch in der Hochburg Hannover irgendwie nicht mehr reicht und vielleicht auch der Trend einfach dafür da war, mal was Neues auszuprobieren. Also ich finde, dass das an das Thema, wo sich das am stärksten auch irgendwie widerspiegelt, ist tatsächlich das Thema Verkehr. Wo tatsächlich die SPD sich hier in der Stadt Hannover immer noch so ein bisschen als Autofahrerpartei, auch irgendwie darstellt. Und wirklich lange braucht irgendwie neue Wege einzuschreiten. Und es gibt viel Bürgerlichkeit, auch die auf das Fahrradfahren und auf, sage ich mal, nachhaltige Mobilität auch setzt. Und ich glaube, das ist so ein Thema, das die SPD einfach irgendwie, sage ich mal, nicht ernst genug genommen hat und deswegen abgelöst wird, auch von, sage ich mal, von einer, von, von Grünen, die allerdings auch bei der CDU auch genauso an, wie sag ich mal, Stimmen gewonnen haben. Weil sie das Thema – Aber es gibt ja auch viel Bürgerlichkeit innerhalb der Grünen, ne?“ Transkript Stadtverwaltung, S. 6, Z. 244–253.

²⁰⁹ Vgl. Landeshauptstadt Hannover; agis Sozialforschungszentrum agis e. V. Hannover: Die Wahl der Oberbürgermeisterin oder des Oberbürgermeisters 2019 in der Landeshauptstadt Hannover. Ergebnisse, Analysen, Vergleiche, Hannover 2019, S. 1.

²¹⁰ Vgl. ebd., S. 5.

²¹¹ Vgl. ebd., S. 8.

„ehemals bürgerlich und kleinbürgerlich geprägten Stadtteilen“²¹⁴ List, Südstadt, Oststadt und Mitte sowie in den ehemaligen SPD-Hochburgen Limmer, Mitte, Herrenhausen oder Hainholz. Auffällig sind die nahezu identischen Stimmverluste respektive –gewinne von der SPD und Grünen, die dafür sorgten, dass es einen klaren Wahlsieger und –verlierer sowie einen lachenden Dritten, Eckhard Scholz, gab.²¹⁵ Insbesondere in der Ergebnissen der Stadtteile Lindens, der ehemaligen Festung sozialdemokratischer Geschlossenheit, verdeutlicht sich die Misere der Hannoverschen SPD, sie verlor hier zwischen 31,3 und 33,9 Prozentpunkten; bei der Stichwahl – bei der SPD-Kandidat Hansmann freilich nicht mehr antrat – holten die Grünen hier absolute Mehrheiten mit teilweise deutlich über 80 Prozent²¹⁶ und brachten damit Onay wichtige Stimmen.²¹⁷ Doch nicht nur in „urbanen Zentrumsquartieren“²¹⁸ lässt sich der Wechsel der Wahlgunst zulasten der SPD beobachten, auch in „gut situierten Quartieren“²¹⁹, in denen die SPD – entgegen intuitiver Vermutungen – bei der Bürgermeisterwahl noch stärker als die CDU war, lassen sich analoge Entwicklungen beobachten. Auch hier erschweren zusätzlich sinkende Wahlbeteiligung sowie eigene Mobilisierungsschwäche die Lage der SPD vor Ort.²²⁰ Stellt man nun die Ergebnisse der hier präsentierten Wahlanalyse in den Kontext des historischen Interpretationsrahmen dieser Studie, so werden einige zentrale Ergebnisse bestätigt. Der wenig polarisierte, selbst nach der Erfahrung politischer Skandale noch betont an Sacht-

hemen orientierte Wahlkampf wird zum Ausdruck eines technokratischen Politikverständnisses. Dass die Verluste der SPD sich nahezu mit den Zugewinnen der Grünen decken, spricht ebenso für eine Stabilität des rot-grünen Milieus und damit lediglich für einen Wandel der Repräsentationsbeziehung wie die Beobachtung, dass das Wahlergebnis der CDU bei einem Drittel der Stimmen stabil blieb,²²¹ ein Wechsel des politischen Lagers mehrheitlich also nicht stattfand.

Dieser Wechsel der politischen Wahlangebote gehe, so Michael Vester und Kollegen, mit einer Krise der Repräsentation einher; die ehemals starke Integrationskraft der politischen Eliten – im vorliegenden Falle: der Sozialdemokratie Hannovers –, die das Auseinanderdividieren der Gesellschaft durch die Implementation hegemonialer politisch-kultureller Deutungsangebote verhindere und damit das Mobilisierungspotential radikaler Bewegungen einhege, nehme ab und verkehre sich gar in ihr Gegenteil.²²² „Dem entspricht ein anhaltender Streit zwischen den politischen Lagern und Eliten, die um die Vorherrschaft konkurrieren.“²²³ Für das Hannoversche Fallbeispiel²²⁴ bemerken die Autoren, dass die „Provinz-Metropole“ zwar alle politischen Protestkonjunkturen durchlaufen habe, dem gegenübergestellt habe es kein einheitlich herrschendes Milieu gegeben, sodass im „Bürokratie-Zentrum“ ein „labiles Gleichgewicht“²²⁵ entstünde. Nun widersprechen sich die Autoren teils selbst, einerseits stellen sie fest, dass, trotz sozialdemokratischer Hegemonie auf lokalpolitischer Ebene, eine „Einigkeit in der Konturlosigkeit“ bestünde, aus der ein

²¹⁴ Landeshauptstadt Hannover; agis Sozialforschungszentrum agis e. V. Hannover: Die Wahl 2019, jeweils S. 16.

²¹⁵ Vgl. ebd., S. 28.

²¹⁶ Linden-Nord: 84,3 %, Linden-Mitte: 82,9 % und Linden-Süd: 75,9 %.

²¹⁷ Vgl. ebd., S. 28, 34.

²¹⁸ Ebd., S. 46.

²¹⁹ Ebd., S. 50.

²²⁰ Vgl. ebd., S. 55, 69.

²²¹ Vgl. ebd., etwa S. 28.

²²² Vgl. Vester et al.: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, S. 66–70.

²²³ Ebd., S. 70.

²²⁴ Die Studie beruht auf dem Vergleich von insgesamt drei Fallbeispielen, neben Hannover sind dies Oberhausen und Reutlingen.

²²⁵ Ebd., S. 273.

„mangelndes Selbstbewußtsein im Umgang mit neuen, vom praktizierten Konsens abweichenden sozialen und politischen Erscheinungsformen [resultiert, d. Verf.]. In der Konsequenz führte diese Unsicherheit nicht selten zu heftigen Überreaktionen und Ausgrenzungen.“²²⁶

Andererseits könnten sich alternative politische Vorfeldnetzwerke erst bilden, wenn die hegemonialen politischen Instanzen nicht repressiv aufträten und so ihrerseits eine politische Geschlossenheit der gegenkulturellen Akteure erforderten. Diese Freiheiten, also der relative Erfolg gegenkultureller Bewegungen, der zu einer Institutionalisierung des Alternativen führte, ließe in Hannover diverse linksalternative politische Kleingruppen entstehen, die teilweise in scharfer Konkurrenz zueinander stünden und so ein einheitliches, konzentriertes politisches Handeln erschwerten.²²⁷ Kurz:

„In der Konsequenz führte dies nicht nur zur Veralltäglichung ehemals überhöhter emanzipatorischer Ideale in reformistischer Alltagspraxis, sondern auch zum Aufbau einer (eher konkurrenzorientierten) Projektkultur auf der Grundlage von Professionalisierungen und Kommerzialisierungen alter und neuer Praxiszusammenhänge unter den Leitmotiven scheinbar beliebiger ‚Zeitgeister‘ und Lebensstile.“²²⁸

Die letztgenannten Befunde an der Schnittstelle von Lokalpolitik und Gegenkultur, der hier negativ konnotierten Absorption des gesellschaftlichen Veränderungspotentials durch die Mehrheitsgesellschaft, bleiben diskussionsbedürftig. Die von uns befragten Experten stimmen diesbezüglich zwar teilweise überein, betonen doch auch die hier verborgen liegenden Ermächtigungspotentiale. Dem Erkenntnisinteresse dieses Kapitels entsprechend, sollen nachfolgend

die Befunde, die die formal-institutionalisierte Seite der lokalpolitischen Medaille betreffen, vorgestellt werden.

Einem Befragten fällt es grundsätzlich schwer, linksradikale Gruppen und Strukturen zu identifizieren, fragliche Personenzirkel träfen vielmehr auf eine zunehmend unpolitische Gesellschaft, vor deren Kontrastfolie erst sie extrem erschienen:

„Das ist alles nicht, sage ich mal, ich würde es noch nicht in dem Bereich Extremismus sehen, sondern ich glaube, da war früher viel mehr Vielfalt. Ich glaube, generell ist die Gesellschaft unpolitischer geworden, sodass das, wenn man sich stark auf einem Flügel irgendwie zu Thesen bekennt, man vielleicht dann auch gleich den Stempel Extremismus bekommt, ne?“²²⁹

Ähnlich argumentiert ein lokaler Kulturveranstalter, dem es hiernach schwerfällt, die strikte Trennung des linken Milieus Hannovers in einen institutionalisierten, parteipolitisch orientierten Teil und einen linksradikalen Teil, der sich tendenziell gegen politische Vereinnahmung zu behaupten hat, zu teilen. Er sieht stattdessen zwar ein partielles Aufgehen der linksradikalen Speerspitze in den übrigen Strukturen, „weil Hannover hat durch die SPD und durch die Grünen nachher so ein linkes Milieu gehabt, dass das Linksradikale nur ein Tupfen des Linken Milieus war.“²³⁰ Jedoch blieben sie eine klar identifizierbare Sektion, aus der oftmals entscheidende „Initialzündungen“²³¹ hervorgingen. Die Hegemonie der SPD hingegen wird wiederholt als „Filz“²³² oder „Verfilzung“²³³ beschrieben. Quasi als positiver Nebeneffekte dieser jahrzehntelangen Kontinuität werden hingegen klare politische Zuständigkeiten, Kräfteverhältnisse sowie die Möglichkeit,

²²⁶ Ebd., S. 274.

²²⁷ Vgl. ebd., S. 275–276.

²²⁸ Ebd., S. 276.

²²⁹ Transkript Stadtverwaltung, S. 3, Z. 121–125.

²³⁰ Transkript Kulturveranstalter, S. 7, Z. 308–310.

²³¹ Ebd., S. 7, Z. 322.

²³² Transkript Gewerkschaft, S. 1, Z. 26.

²³³ Transkript Presse, S. 3, Z. 94.

ideell politische Traditionslinien zu stiften und die Herausforderungen der Zeit fachmännisch zu administrieren, angesehen.²³⁴ Schließlich habe die auch in dieser Studie vielfach beschriebene „Sozialdemokratisierung dieser Stadt, die wir über viele Jahrzehnte erlebt haben, dass das im Grunde dazu beigetragen hat, dass viele Konflikte, die es hier gab, unterschwellig oder bewusst, sich nivelliert haben.“²³⁵ Den Kampf um die politische Macht, der auch in der Lokalpolitik gnadenlos gefochten werde und zu einer langjährigen Dominanz der SPD führte,²³⁶ scheint sich immer weiter zugunsten der Grünen zu wenden. Diese hätten in Hannover die jüngsten Modernisierungsanforderungen an die Politik besser verarbeitet, sodass sich der gestaltungswillige politische Nachwuchs den Grünen anschließe²³⁷ – eben auch um der angesprochenen Verfilzung zu entgehen. Hinsichtlich der politischen Repräsentation der linken bis linksradikalen Bevölkerungsschichten scheinen die Grünen, so die Interpretation eines in Hannover verwurzelten Sozialwissenschaftlers, nun zunehmend die Rolle der SPD während der 1960er- bis 1990er-Jahre einzunehmen:

„Also, ich habe, äh, so den Eindruck, dass die Existenz der grünen Partei dazu beigetragen hat, dass zumindest ein Teil der etwas, ich sag’ mal, aufmüpfigen und an merkwürdige Ideologien anknüpfenden Leute dort, ähm, stärker integrieren konnten als es damals schon Peter von Oertzen versucht hatte für die SPD.“²³⁸

Insofern scheint die häufig diskutierte Krise der politischen Repräsentation in der Demokratie im Falle Hannovers primär eine Krise der SPD zu sein; in der Gesamtschau nämlich, lösen sich die politischen Parteien hier nicht *per se* von den

konstitutiven Milieuzusammenhängen, sondern es vollzieht sich ein nachgerade geordneter, echt Hannoverscher Machtwechsel in tradierten Bahnen. Es bietet sich an, im Falle Hannovers eher von einer *Neujustierung* bzw. *Neustrukturierung* des parteipolitischen Repräsentationsverhältnisses zu sprechen.

Auf die abschließende Frage, ob heutzutage nun ein „Rotes Hannover“ existiere, bleiben die Experten geteilter Meinung. Offenbar gibt es eine Tradition des „Geschichtenerzählen[s]“,²³⁹ durch welche die Erinnerung an die Glanzzeiten der Sozialdemokratie fortlebt. Überhaupt verfestigt sich der Eindruck, dass das sozialdemokratische Erbe Hannovers weiterhin konstituierend auf die Wahrnehmung der politischen Gegenwart wirkt, obwohl es heutzutage freilich nicht mehr ausreicht, einen „rot lackierten Besenstiel“²⁴⁰ zum Wahlkampf aufzustellen. Geschichte und Gegenwart der Stadt scheinen trotz ihrer jüngsten Talscholle nicht ohne die SPD denkbar zu sein. Obwohl die SPD in der Wählergunst gesunken ist, „[a]lso nicht mehr so viele Wählerinnen- und Wählerschichten irgendwie anzieht, wie das früher mal war, dass sie trotzdem – ich glaube trotzdem, dass Hannover trotzdem eine SPD-Hochburg ist. Das kann man, glaube ich, nach wie vor sagen.“²⁴¹

Dieser Antagonismus zwischen Wahrnehmung und politischer Realität löst sich auf, wenn das Verständnis darüber erörtert wird, was „die SPD“ respektive „die Sozialdemokratie“ ausmacht. Dabei zeigt sich, dass diese Attribute paradoxerweise nicht in einem engen Sinne an die lokale SPD, ihre Repräsentanten oder die Ortsvereine gebunden ist; vielmehr stehen sie als Chiffre für ein Lebensgefühl, ein zum politischen Ordnungssystem gegossener Politikstil, ohne das Hannover nicht vorstellbar wäre:

„Aber von der Grundstimmung her, würde ich sagen, ist Hannover trotzdem eine sozialdemokratische Stadt in dem Sinne, in dem man es, ich sage mal, sozialwissen-

²³⁴ Vgl. ebd., S. 3–4, Z. 92–145.

²³⁵ Ebd., S. 9, Z. 390–392.

²³⁶ Transkript Sozialwissenschaft, S. 2, Z. 43–47

²³⁷ Ebd., S. 2–3, Z. 63–70.

²³⁸ Ebd., S. 11, Z. 349–352.

²³⁹ Ebd., S. 15, Z. 465.

²⁴⁰ Transkript Politik II, S. 2, Z. 103.

²⁴¹ Transkript Presse, S. 15, Z. 645–647.

schaftlich gebraucht, ne? Also eine Stadt, in der Konflikte im Zweifelsfall durch Glätten und durch Ausgleich von Interessen irgendwie zu lösen versucht wird, anstatt die Konflikte aufeinanderprallen lassen und klare Machtentscheidungen zu treffen. Also in diesem Sinne ist, glaube ich, Hannover nach wie vor eine sozialdemokratische – eine sehr stark sozialdemokratisch geprägte Stadt.“²⁴²

²⁴² Ebd., S. 16., Z. 681–687.

3

Integrierte Gegenkultur. Zur Spezifität linksradikalen Engagements in Hannover

Wie gesehen, vollbringen die politischen Parteien in Hannover also das Kunststück der engen Anbindung an lokale Wählermilieus weiterhin vergleichsweise gut. Im Grunde hat die hier jahrzehntelang dominante, wirklich noch volksparteiliche, SPD durch die frühe Ausrichtung auf das akademische, urbane und kosmopolitisch-liberale Elektorat bereits in der Vergangenheit jenen Transfer vorbereitet, der sich nun allmählich zu vollziehen scheint und der im Übergang des Zepters an den neuen grünen Oberbürgermeister Belit Onay seinen sichtbarsten Ausdruck findet. Hannover ist paradoxerweise gerade trotz des Wandels parteipolitisch vergleichsweise fest integriert. Die vielerorts zur Diskussion stehende Repräsentationskrise der Parteien scheint hier eine Neujustierung des Repräsentationsverhältnisses zu sein. Dass man lokalpolitisches und demokratisches Regieren hier bereits seit Langem primär als nüchternes – und daher von manchen als biederes und provinzielles – Verwalten und Kanalisieren von antagonistischen Potenzialen versteht, begünstigt den kontrollierten Machtwechsel.

Welche Rolle bei der Artikulation von Protest können linksradikale Szenen und Gesellungsformen in einem solchen Klima der wohltemperierten Konfliktverwaltung spielen, welche Be-

dingungen ermöglichen ihre Entstehung und inwiefern wirken sie auf die lokale politische Kultur ein? Im folgenden Kapitel sollen die Besonderheiten des linksradikalen Engagements in Hannover sowie die immer wieder von Ambivalenzen durchzogene Verflechtung des lokalen gegenkulturellen Milieus mit der Stadtgesellschaft herausgearbeitet werden. Zunächst wird ein kompakter Überblick über die zentralen Orte und wichtigsten Merkmale der lokalen linken Szene geleistet. Darauf folgt eine Skizze zweier konstitutiver Traditionslinien oppositioneller Sozialmoral, welche die langfristigen Kontinuitätslinien der von Heiko Geiling als „anderes“, als juveniles und revoltierendes Hannover titulierten,²⁴³ gegenkul-

243 Geiling, Heiko: Das andere Hannover. Jugendkultur zwischen Rebellion und Integration in der Großstadt, Hannover 1996. Aus dem weiteren Verlauf wird hervorgehen, dass der Hannoversche Linksradikalismus primär ein jugend- sowie subkulturelles Phänomen war und ist; was wir hier als Prägefaktor der lokalen politischen Kultur untersuchen, steht im Grunde genommen von Anfang an auf Distanz zum eher marginalen orthodoxen Parteikommunismus von KPD, DKP und SDAJ, welche es in Hannover ebenso wie anderswo „ihren Kritikern und ihren Gegnern nicht schwer gemacht“ haben „mit der deutlichen Abhängigkeit von SED und KPdSU, mit ihrem Stalinkult und ihrem Stalinismus, mit der Festlegung auf die Marxismus-Leninismus-Doktrin von der ‚Diktatur des Proletariats‘ als

turellen Milieustrukturen plastisch hervortreten lassen und den Entstehungszusammenhang der heutigen Strukturen verdeutlichen. Das Ziel dieses Doppelschritts ist, den für den hannoverschen Kontext bis heute kennzeichnenden Institutionalisierungsgrad einschlägiger gegenkultureller Szene-Strukturen aufzuzeigen: Die auch anderenorts übliche Spannbreite heterogener Gruppierungen zwischen alternativer Zivilgesellschaftlichkeit und autonomer Szene – im Folgenden zusammengefasst als *linke Szene* – ist hier vergleichsweise fest integriert.

3.1 Zwischen autonomer Szene und Jugendkultur: Charakteristika und Orte der Hannoverschen linken Szene

Die Landeshauptstadt und der Linksradikalismus; Jugendzentren, Chaostage und Revolutionsrhetorik – ist das alles nicht ein alter Hut? Kommt der lokalen autonomen Szene heute nicht die Rolle einer vergleichsweise marginalen, subkulturell rigide verkapselten und nach außen hin strikt verschlossenen Kleinstgruppenexistenz zu, aus der sich die einschlägigen Aktivisten nur mehr durch gelegentliche, mittlerweile eher eruptive und theorielose sowie begründungsarme Akte aufsehenerregender Militanz zu befreien versuchen; sind entsprechende Akteure also nicht auch hier zu jenem „voluntaristisch bestimmten Typus“²⁴⁴ zusammengeschumpft, den man aus dem Kontext heutiger links-militanter Gruppen in Berlin, Hamburg, auch Leipzig kennt und der im Grunde nur noch

für Sicherheitsbehörden von Interesse sein dürfte?

Tatsächlich sind entsprechende Indizien für diese Vermutung schnell aufgeführt: Der niedersächsische Verfassungsschutzbericht spricht von einem „Schwerpunkt“ des „gewaltbereiten Linksextremismus“ in Hannover, nennt die lokalen Ableger der Gruppen „Interventionistische Linke (IL)“ und „Bündnis ... ums Ganze! Kommunistisches Bündnis (uG)“ (vor Ort als „Fast Forward Hannover“) als wichtige Brückenköpfe überregionaler Organisation und wertet das hannoversche *Autonome Blättchen*²⁴⁵ als wesentliches einschlägiges Publikationsorgan.²⁴⁶ Und sofern linksradikale Strukturen im Kontext der Landeshauptstadt in der jüngsten Vergangenheit überhaupt Aufsehen erregten, handelte es sich tatsächlich um singuläre militante Akte wie die Auseinandersetzungen mit Ultras des lokalen Fußballbundesligisten Hannover 96 2019²⁴⁷ oder den versuchten Brandanschlag auf die Landesaufnahmebehörde (LAB) Hannover zu Jahresanfang.²⁴⁸ Da ähnliche Anschläge u. a. in Leipzig und Göttingen glückten, ließ der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius öffentlichkeitswirksam das Verbot von Antifa-Gruppierungen in Niedersachsen prüfen.²⁴⁹ Größere, dauerhaft

politischem Ziel für die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus [...]“ Krull, Stephan: Zur Rolle von KPD, DKP und SDAJ, in: Weiberg, Gerd/Mechler, Wolf-Dieter (Hrsg.): Ansichten der Revolte. Hannover 1967–1969, Hannover 2018, S. 43–50, hier S. 46.

²⁴⁴ Kraushaar, Wolfgang: Linke Militanz: Begriff, Geschichte und aktuelle Gestalt, in: Deycke, Alexander et al. (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomem. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 31–41, hier S. 41.

²⁴⁵ Vgl. die Internetpräsenz samt digital abrufbarer Ausgaben seit 2009 unter: <https://autonomesblaettchen.noblogs.org/> [eingesehen am 11.05.2021].

²⁴⁶ Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2019, Hannover 2020, S. 139 und 143–145.

²⁴⁷ Vgl. o. V.: 96-Fans und Linksextreme prügeln sich in der Nordstadt, in: Hannoversche Allgemeine, 27.12.2019, URL: <https://www.haz.de/Hannover/Ausder-Stadt/Nordstadt-Polizei-trennt-sich-pruegeln-de-Fussballfans> [eingesehen am 11.05.2021].

²⁴⁸ Vgl. o. V.: Seit Silvester vier Anschläge mit Brandsätzen und Sprengstoff, in: Der Tagesspiegel, 11.01.2021, URL: <https://www.tagesspiegel.de/politik/linksextreme-gewalt-eskaliert-seit-silvester-vier-anschlaege-mit-brandsaetzen-und-sprengstoff/26787282.html> [eingesehen am 11.05.2021].

²⁴⁹ Vgl. o. V.: Innenminister Pistorius will Verbot von linksradikalen Antifa-Gruppen prüfen, in: Hannoversche Allgemeine, 15.01.2021, URL: <https://www.haz.de/Nach>

mobilisierungsfähige linksradikale Protestbündnisse hingegen, die sich um die Bündelung politisch-oppositioneller Energien in Großstädten mit ihren naturgemäß großen Konfliktpotenzialen bemühen, sind – gerade im Kontrast zu „Fridays for Future“, in deren Richtung „anschlussfähig“ zu werden sich einige Aktivisten angeblich immerhin bemühen²⁵⁰ – eher nicht in Sicht. Und auch viele (nicht alle!) der für die vorliegende Kurzstudie angefragten Experten, vor allem jene aus dem Umfeld von Stadtverwaltung und Parteipolitik, reagierten zunächst mit Stirnrunzeln und Achselzucken auf unsere Gesprächsanfragen; manche verweigerten daraufhin misstrauisch, gar mürrisch das Gespräch, während andere darauf hinwiesen, mitunter nur geringfügige Beiträge zu unserem Forschungsvorhaben leisten zu können. Kurzum: Das öffentliche Bild des Hannoverschen Linksradikalismus scheint zwischen plötzlich auftretenden, kurzfristigen Schockmomenten und ebenso rasch sich wiederherstellender Bedeutungslosigkeit zu changieren, während das grundsätzliche Interesse an einschlägigen Szene-Strukturen davon abgesehen oberflächlich bleibt; eine Rezeptionsform, die wir andersorts im Kontext der Ausschreitungen um den G20-Gipfel 2017 als „aktualitätsfixierten Alarmismus“ bezeichneten.²⁵¹ Dass Hannover aufgrund seiner exponierten politischen Position als Landeshauptstadt dabei häufig als Aktionszentrum für größere Protestereignisse – zuletzt etwa die versuchte Blockade des AfD-Bundesparteitags 2017²⁵² oder der Protest gegen das niedersächsische Polizeigesetz 2018/19 im Rahmen des

Bündnisses #noNPOG²⁵³ – gewählt wird, spielt dabei sicher eine verstärkende Rolle.

Natürlich soll hier nicht prinzipiell in Abrede gestellt werden, dass diese Rezeptionsweise für primär sicherheitspolitisch orientierte Betrachter oder für solche, die an den Wechselwirkungen zwischen linksradikalem Engagement, mehrheitsgesellschaftlichen Reaktionsweisen und politisch-kulturellen Interaktionsdynamiken nicht interessiert sind, ihre Berechtigung haben mag. Gleichwohl liegt der Fokus unserer Kurzstudie, wie eingangs erwähnt, auf der Frage, inwieweit der Hannoversche Linksradikalismus einen bedeutsamen Bestandteil lokaler politischer Kultur darstellt und ob er einen potenziellen Prägefaktor derselben bildet; Ziel ist daher weder die phänomenologische Kartographierung einschlägiger Gruppierungen vor Ort noch eine Einschätzung von Personen- oder Gewaltpotenzialen in diesem Zusammenhang. Dass ein solches Erkenntnisinteresse ergiebig ist, bestätigte sich schließlich auch im Rahmen der tatsächlich von uns realisierten Experteninterviews: Durchaus existieren Perspektiven primär aus dem Umkreis von Kulturveranstaltern, des Journalismus, der Zivilgesellschaft und der Gewerkschaften, die „diese radikale oder radikalere Fraktion im linksalternativen Spektrum“²⁵⁴ als gesellschaftlich und politisch relevanten Akteurskreis identifizieren, welcher als „kleiner Hefeteig“ immer wieder „Initialzündungen“ für zivilgesellschaftliche Reformenergien geliefert habe,²⁵⁵ mit dem sich zum Teil sogar „ne recht gute Bündniskultur“²⁵⁶ pflegen lasse. Insofern lassen sich entsprechende linksalternative bis linksradikale Szene-Strukturen in Hannover fraglos als politische Vorfeldnetzwerke auffassen.

richten/Der-Norden/Niedersachsens-Innenminister-Pistorius-will-Verbot-von-linksradikalen-Antifa-Gruppen-pruefen [eingesehen am 11.05.2021].

²⁵⁰ Vgl. Niedersächsisches Innenministerium für Inneres und Sport: Verfassungsschutzbericht 2019, S. 137.

²⁵¹ Vgl. Deycke et al.: Orientierungen um Feld der radikalen Linken, S. 10.

²⁵² Vgl. o. V.: Polizei räumt Blockade mit Wasserwerfer, in: Neue Presse, 02.12.2017, URL: <https://www.neuepresse.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Polizei-raeumt-Blockade-mit-Wasserwerfer> [eingesehen am 11.05.2021].

²⁵³ Vgl. Seng, Marco: Nach Demo: Koalition bleibt bei Polizeigesetzen hart, in: Hannoversche Allgemeine, 12.09.2018, URL: <https://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Niedersachsen/Niedersaechsisches-Polizeigesetz-Grosse-Koalition-bleibt-auch-nach-Demonstration-hart> [eingesehen am 11.05.2021].

²⁵⁴ Transkript Gewerkschaft, S. 6, Z. 278–279.

²⁵⁵ Vgl. Transkript Kulturveranstalter, S. 7, Z. 322.

²⁵⁶ Vgl. Transkript Gewerkschaft, S. 6, Z. 287.

Wie in anderen deutschen Städten – etwa Berlin, Hamburg oder Frankfurt am Main – entwichen auch die lokalen linksradikalen Gruppierungen und Einrichtungen Hannovers der um die Außerparlamentarische Opposition (APO) zentrierten Studentenbewegung der 1960er-Jahre. Hausbesetzer, Alternative und Autonome formierten sich im Verlauf der 1970er- und 1980er-Jahre als „Entmischungsprodukt“²⁵⁷ vornehmlich der spontaneistischen (mithin gegen die Kaderlogik der an kommunistischer Parteibildung gerichteten), unorthodox-marxistischen und anarchistischen Strömungen der einst medienwirksamen gegenkulturellen Sammlungsbewegung von „68“. Das Leitideal der „Politik der ersten Person“, also die Politisierung der Alltagswelt und eine tiefe Aversion gegen hierarchische Organisations- und Repräsentationsstrukturen kennzeichneten hier schon früh die Maximen emanzipativer, d. h. auf „Befreiung“ von gesellschaftlich induzierten Zwängen gerichteter Praxis; autonome Zentren sollten die benötigten „Freiräume“ für die hier aktiven Kleingruppen bereitstellen; zudem zählte die intensive Diskussion über militante Praktiken als legitimes politisches Agitationsmittel zu ihren Merkmalen.²⁵⁸ Weder hinsichtlich der einschlägigen Diskursverläufe noch im Hinblick auf die gewählten Aktionsformen fallen im Kontext der hannoverschen autonomen Szene besondere lokalspezifische Prägungen auf. Ganz so wie die niedersächsische Landeshauptstadt gleich einem gesellschaftspolitischen Durchschnittsort sämtliche maßgeblichen Protest- und Bewegungsimpulse, die über die Jahrzehnte hinweg die (alt) bundesrepublikanische Gesellschaft durchzuckten (die „68er“-Studentenbewegung, die Hausbesetzerbewegung, die so genannten Neuen Sozialen Bewegungen, die Verstetigung der autonomen Szene u. a.), in lokaler Ausprägung er-

lebte,²⁵⁹ scheint auch der linksradikale Aktivismus vor Ort sich zunächst nicht von anderen linksradikalen Hochburgen abzuheben. Sowohl die üblichen Aktionsformen (Demonstrationen, Hausbesetzungen, Zeitschriften etc.) als auch die kennzeichnenden Themenkonjunkturen (Antifaschismus, Antirepression, Antimilitarismus, Antisexismus, Antirassismus, Antiatomkraft, Sozialer Kampf und 1. Mai, Israelfrage, Organisationsdebatte²⁶⁰) haben hier ihren regelmäßigen Niederschlag gefunden.

Dass der lokale Kontext Hannovers dabei wie ein Vermittlungsmedium der wesentlichen bundesweiten Diskurstendenzen und -entwicklungen fungiert, wird im beispielhaften Vergleich mit der bis 2017 herausgegebenen Szene-Zeitschrift *zeck* in Hamburg deutlich: Während die Auseinandersetzung zwischen – so die Eigenbezeichnungen – Antiimperialisten und Antinationalisten/Antideutschen um die Haltung zum Nationalstaat Israel im Verlauf der 1990er- und 2000er-Jahre²⁶¹ zunächst die Hamburger scene-interne Diskussion nachgerade dominierte und intensive Konfrontationen hervorrief, bevor sich ab Mitte der 2000er-Jahre als Resultat der Auseinandersetzungen ein grundsätzlicher prozessionistischer Konsens durchzusetzen schien,²⁶² beherrschte in Hannover der Themenkomplex des Antimilitarismus im selben Zeitraum die Diskussion und den Aktionskonsens. Im Zuge der so genannten „Pavillon-Affäre“ (2009 wurde ein

²⁵⁷ Schultze, Thomas/Gross, Almut: Die Autonomen. Ursprünge, Entwicklung und Profil der autonomen Bewegung, Hamburg 1997, S. 38.

²⁵⁸ Vgl. Haunss, Sebastian: Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung, Wiesbaden 2004, S. 116, 143–145 und 169–189.

²⁵⁹ Vgl. Vester et al.: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, S. 273.

²⁶⁰ Für einen Überblick vgl. exemplarisch die Zusammenstellung von Themenfeldern der überregional bedeutsamen Berliner Szene-Zeitschrift *Interim* in Dietze, Sascha: Das Weltbild der Autonomen im Spiegel der Zeitschrift *Interim*. Eine Inhaltsanalyse von Themen und Diskursen, Dissertation, Chemnitz 2017, sowie die zusammengetragenen thematischen Aspekte und Diskussionen im scene-internen Selbstverständigungsband des AK WANTOK (Hrsg.): Perspektiven autonomer Politik, Münster 2010.

²⁶¹ Dies durchaus eine grundsätzliche Diskurskonjunktur der deutschsprachigen autonomen Szene, vgl. AK WANTOK (Hrsg.): Perspektiven autonomer Politik, S. 257.

²⁶² Vgl. Schenke: Ganz Hamburg hasst die Polizei?, S. 167.

Aktivist beschuldigt, einen von der 1. Panzerdivision der Bundeswehr zum Zwecke einer Feierlichkeit, des so genannten Sommerbiwaks, genutzten Pavillon im Hannoveraner Stadtpark in Brand gesetzt zu haben) gründete sich eine aus verschiedenen Zusammenhängen rekrutierte Solidaritätsgruppe,²⁶³ welche die Szene-Zeitschrift *Autonomes Blättchen* ins Leben rief und darin sowohl ein Bekennerschreiben veröffentlichte als auch eine Hausdurchsuchung im Zuge der Ermittlungen anprangerte.²⁶⁴ Zwar sollte das von den Initiatoren des *Autonomen Blättchens* früh befürchtete²⁶⁵ Erschlaffen des ursprünglich als kontinuierliche Kampagne geplanten Protests gegen das jährlich stattfindende²⁶⁶ Sommerbiwak tatsächlich eintreten, der Schlagabtausch zwischen militanten Aktionen und wachsendem, immer restriktiver agierenden Polizeiaufgebot rasch zum Protestritual erstarren, die Kurzatmigkeit autonomer Mobilisierungspotenz schließlich zerknirscht eingestanden werden.²⁶⁷ Doch obwohl sich die Zielsetzung der Zeitschrift in der Folge weg vom konkreten Konstitutionsanlass und in Richtung einer spektralenübergreifenden Verständigungs- und Debattenplattform

für die autonome Szene entwickelte,²⁶⁸ bleibt der Protest gegen die vermeintlich fortschreitende Militarisierung der Bundesrepublik, ihrerseits projektiv als „untrennbar mit patriarchalen und rassistischen Strukturen und Denkmustern verknüpft“²⁶⁹ begriffen, seither ein wesentlicher thematischer Schwerpunkt.²⁷⁰ Wie selbstverständlich wird hier ein klassischer Topos früherer antiimperialistischer Kerndeutungen inkludiert, nämlich die Ausdeutung von weltweiten kriegesischen Ereignissen als perfides Exportprodukt einer als blutdurstiges Racket aufgefassten Interessengemeinschaft westlicher Industrienationen, zumeist verkörpert durch die NATO.²⁷¹ Dass das zitierte Hannoveraner autonome Periodikum damit dem bundesweit in der Diskussion um Antizionismus, Antisemitismus und die Rolle des Staates Israel eher ambivalenten Diskurs der Szene nähersteht als etwa die in außenpolitischer Hinsicht qua hegemonialer Israelsolidarität notgedrungen relativ prowestliche Hamburgische zeck,

²⁶³ Vgl. die Selbstauskunft in o. V.: Editorial, in: *Autonomes Blättchen*, H. 1/2009, S. 1.

²⁶⁴ Vgl. o. V.: Razzia in Hannover, in: *Autonomes Blättchen*, H. 1/2009, S. 2–3.

²⁶⁵ Bereits in der ersten Ausgabe ist von der „Gefahr einer Ritualisierung und damit Einhegung oder gar Einbindung des Protestes“ die Rede, s. o. V.: Die Proteste gegen das 36. Sommerbiwak 2009 – wie kann daraus Widerstand werden?, in: *Autonomes Blättchen*, H. 1/2009, S. 4–5, hier S. 5.

²⁶⁶ Mit der Verlegung der 1. Panzerdivision nach Oldenburg 2015 entfiel das Sommerbiwak.

²⁶⁷ „Die verschiedenen Strukturen der Linken sind nicht in der Lage, von einer Bewegungsdynamik überzugehen in einen organisatorischen Zusammenhang, der [...] in der Lage ist, die politische Konfrontation aufrecht zu erhalten.“ O. V.: Ins Wasser gefallen... Ein Gespräch über den Protest gegen das Sommerbiwak der 1. Panzerdivision in Hannover, in: *Autonomes Blättchen*, H. 10/2012, S. 3–8, hier S. 5.

²⁶⁸ Vgl. o. V.: Einige Worte an Stelle des Vorworts, in: *Autonomes Blättchen*, H. 5/2011, S. 1–2.

²⁶⁹ O. V.: Militarisierung ist mehr als Militär. Warum Antimilitarismus kein Teilbereichskampf ist, in: *Autonomes Blättchen*, H. 3/2010, S. 2–9, hier S. 2.

²⁷⁰ Vgl. exemplarisch Einige Betroffene & Unterstützer_innen: Gegen jeden Krieg und Militarismus, gegen jede Autorität!, in: *Autonomes Blättchen*, H. 21/2015, S. 42–45; o. V.: (B) return to sender: Das Feuer ihrer Kriege, in: *Autonomes Blättchen*, H. 41/2020, S. 60.

²⁷¹ Zur systematischen Begründung des antimilitaristischen Protests wurde 2012 ausgeführt: „Krieg wird nur aufgehalten, wo er erdacht, geplant und koordiniert wird, im Herzen der Bestie. Was wir hier sabotieren, kann woanders keinen Schaden anrichten.“ O. V.: Dokumentation: Krieg beginnt hier – Für ein entmilitarisiertes Hannover, in: *Autonomes Blättchen*, H. 10/2012, S. 2. Und am Beispiel der türkischen Offensive gegen die nordsyrischen Kurden hieß es im Sommer 2020: „Im Schatten der Pandemie und der damit verbundenen medialen Aufmerksamkeit verrichten die NATO Armeen [sic] täglich ihr blutiges Handwerk auf den großen und kleinen Schlachtfeldern der Erde“. O. V.: (B) return to sender.

fällt im Vergleich mit der seit 1988 erscheinenden Berliner autonomen Zeitschrift *Interim* auf.²⁷²

Wie andernorts gelang auch den Hannoveraner Aktivist*innen die Konsolidierung zentraler Orte, etwa durch die schrittweise Legalisierung besetzter Räumlichkeiten zu kommunal geförderten Jugendzentren.²⁷³ So konstituierte sich der lokale Linksradikalismus im Verlauf der 1980er- und 1990er-Jahre auch als spezifische, mehrheitlich von Jugendlichen und jungen Erwachsenen frequentierte, Subkultur mit engen Verbindungen zu zivilgesellschaftlichen und politischen Netzwerken aus dem alternativlinken, d. h. tendenziell oppositionellen Spektrum. Das für Hannover prägende Gemisch aus „lokalen Jugendkulturen, linke[n] Gewerkschafts- und Parteimilieus und [der] radikaldemokratische[n] Kulturintelligenz“ sowie des „Milieu[s] der pädagogisch-wissenschaftlichen Hochschulintelligenz“ bildet hier jenen ressourcenstarken „Milieu-Stammbaum“²⁷⁴ des gegenkulturellen „anderen Hannovers“²⁷⁵, zu dessen Flechtwerk auch die linke Szene Hannovers gehört. Die Integration der verschiedenen linken und linksradikalen Strömungen in den genannten Milieuzusammenhang ist dabei auch als Produkt der Anfeindung und Ausgrenzung durch die lokale Stadtöffentlichkeit zu verstehen; erkennbar trugen der äußere Druck und die wiederholten scharfen Auseinandersetzungen hier zur Stabilisierung des um Begriffe wie Emanzipation, Partizipation und

Authentizität zentrierten oppositionellen Minimalkonsenses bei (dazu mehr unter 3.2).²⁷⁶

Den prägendsten Einfluss auf die hannoversche linke Szene übten und üben die im Geiste der Sponti-Bewegung 1972 gegründeten – und zu diesem Zeitpunkt bundesweit präzedenzlosen! – „Unabhängigen Jugendzentren“ (UJZ) Kornstraße (Nordstadt) und Glocksee (Calenberger Neustadt) aus.²⁷⁷ Zum Hergang: Im Dezember 1971 besetzten 300 Jugendliche unterschiedlicher sozialer Provenienz im Namen des „Kampfes gegen die kapitalistische Sanierung“ die Arndtstraße 20 im Stadtteil Nordstadt.²⁷⁸ Der gegenkulturelle Protest ging hier nicht mehr nur von Studenten aus (wenngleich sie die primäre Trägergruppe des hier residierenden „Treffpunkt[s] der undogmatischen Linken“²⁷⁹ bildeten), sondern auch von Schülern, Jungarbeitern

²⁷² Vgl. die materialreiche Analyse zu den Themenkomplexen Internationalismus, Antimilitarismus, Antizionismus und der Erklärungsschablone des postkolonialen Befreiungskampfs in Dietze: *Das Weltbild der Autonomen*, besonders S. 73, 147–171, 277–300 und 370–378.

²⁷³ Zur Verstetigungslogik des jugendkulturellen Linksradikalismus am Beispiel Hamburgs vgl. Schenke: *Ganz Hamburg hasst die Polizei?*, S. 151–162, mit Blick auf die Formierungsphase der 1970er-Jahre außerdem Kraushaar, Wolfgang: *Die Frankfurter Sponti-Szene. Eine Subkultur als politische Versuchsanordnung*, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, H. 44/2004, S. 105–121.

²⁷⁴ Vgl. Vester et al.: *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel*, S. 278.

²⁷⁵ Geiling: *Das andere Hannover*.

²⁷⁶ Vgl. ebd., S. 70 und 166–168. Zum stabilisierenden Effekt von Konflikten für Milieustrukturen im Allgemeinen vgl. die historisch informierte, gleichwohl auf einen eng gefassten sozialgeschichtlichen Milieubegriff rekurrierende Darstellung in Lösche, Peter/Walter, Franz: *Katholiken, Konservative und Liberale: Milieus und Lebenswelten bürgerlicher Parteien in Deutschland während des 20. Jahrhunderts*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, H. 26/2000, S. 471–492, hier S. 472.

²⁷⁷ Vgl. Krasselt, Andreas: *UJZ Kornstraße: Jugendliche kämpfen um autonome Zentren*, in: *Neue Presse*, 04.06.2018, URL: <https://www.neuepresse.de/Hannover/Meine-Stadt/NP-Serie-50-Jahre-68er/UJZ-Kornstrasse-Jugendliche-kaempfen-um-autonome-Zentren> [eingesehen am 11.05.2021].

²⁷⁸ Vgl. Becker, Wolfgang: *Hausbesetzungen in Hannover – „Das ist unser Haus...“*, in: *halloLindenLimmer.de*, 04.02.2018, URL: <https://hallolindenlimmer.de/hausbesetzungen-in-hannover-das-ist-unser-haus-von-wolfgang-becker/> [eingesehen am 11.05.2021] und Krasselt 2018.

²⁷⁹ Vgl. Unabhängiges Jugendzentrum Kornstraße: *Kurzdarstellung unserer Geschichte*, in: Dies. (Hrsg.): *5 Jahre Unabhängiges Jugendzentrum Kornstraße Hannover*, Hannover 1977, S. 7–8, hier S. 7, abgerufen über Schröder, Jürgen: *Dokumentation 5 Jahre Unabhängiges Jugendzentrum Kornstraße Hannover (1977)*. Materialien zur Analyse von Opposition, 05.08.2016, URL: https://www.mao-projekt.de/BRD/NS/HAN/Hannover_KJA_1977_UJZ_Nordstadt_5_Jahre.shtml [eingesehen am 11.05.2021].

und Lehrlingen.²⁸⁰ Schon mehrfach hatten sie selbstorganisierte Räume gefordert, nun reklamierten sie dieses leerstehende Bürogebäude für sich. Parallel zu der Zielsetzung, eine linke Politisierungsinstitution „für die Entwicklung einer sozialistischen Basis in Hannover“²⁸¹ zu etablieren, war insbesondere die Forderung nach einer autonomen und alternativen Freizeitgestaltung Teil des Vorhabens, wie sich beispielsweise in der frühen Einrichtung eines Kinderladens zeigt.²⁸² Wie später auch anderenorts folgte hier nach drei Tagen zunächst die kompromisslose polizeiliche Räumung mit der Folge einer tiefen Verbitterung der Besetzer.²⁸³ Erst die öffentliche Unterstützung durch Hochschullehrer und Studenten der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Hannover konnte sich in den Folgemonaten ein Trägerverein konstituieren, welcher 1972 auf legalem Wege das kommunal geförderte UJZ Kornstraße gründete – zwar unverändert mit dem Anspruch, die Jugend zu politisieren, aber auch mit der Intention, eine offene Struktur zu schaffen, welche das Experimentieren mit alternativen Lebenskonzepten ermöglichen sollte.²⁸⁴ Im Zuge interner Auseinandersetzungen zwischen den beteiligten Gruppen setzte sich eine geteilte – wenngleich nie vollständig harmonisierte – gegenkulturelle Sozialmoral durch, welche den oppositionellen Anspruch mit praktischer Sozialarbeit für sozial benachteiligte Jugendliche ver-

band,²⁸⁵ die Meinungsführerschaft der mit intransigentem sozialrevolutionärer Rhetorik auftretenden Studenten war damit gebrochen.²⁸⁶ Der Erfolg der Hannoverschen Jugendzentrumsbewegung war keineswegs verbrieft: Am Anfang der schrittweisen Institutionalisierung dieser Einrichtungen standen Besetzungen leerstehender Häuser ausgerechnet inmitten einer konfrontativen Phase der bundesdeutschen Öffentlichkeit, als staatliche Institutionen und Behörden auch in Hannover oppositionelle Protestformationen von links energisch bekämpften.²⁸⁷ Zwar folgten die erbitterten Auseinandersetzungen um den Mord der Roten Armee Fraktion (RAF) und die sich daran anschließende Auseinandersetzung um die Göttinger „Mescalero-Affäre“²⁸⁸ und die Suspendierung des Hannoveraner Professors für Psychologie Peter Brückner erst 1977, doch wurden linksradikale Aktivisten schon in den frühen 1970er-Jahren häufig als potenzielle RAF-Sympathisanten misstrauisch begäugt. Auf die gegenkulturellen Milieustrukturen Hannovers allerdings wirkte dieser bürgerliche Degout kollektivierend, wie Geiling unter Rekurs auf die Terminologie des Soziologen Ferdinand Tönnies herausstellt: „Aus Szenen langjähriger sozialer Beziehungen der Vergemeinschaftung hatte sich über stabilisierende Einrichtungen der Vergesellschaftung ein neues Milieu entwickeln können.“²⁸⁹ Das ermöglichte auch die kontrollierte Austragung teils immenser politischer Konflikte zwischen den heterogenen Gruppierungen vor dem Hintergrund eines geteilten gegenkulturellen Anspruchs. In der Folge erfreute sich das UJZ einer wachsenden Attraktivität als Zentrum linksalternativer Gruppierungen und Initiativen in Hannover, avancierte unter ande-

²⁸⁰ Vgl. ebd.

²⁸¹ Ebd.

²⁸² Vgl. ebd.

²⁸³ Vgl. ebd. sowie Geiling: Das andere Hannover, S. 155–159.

²⁸⁴ Vgl. Geiling: Das andere Hannover, S. 161 f. und Unabhängiges Jugendzentrum Kornstraße: 5 Jahre UJZ Kornstraße, in: Dies. (Hrsg.): 5 Jahre Unabhängiges Jugendzentrum Kornstraße Hannover, Hannover 1977, S. 2–6, abgerufen über Schröder, Jürgen: Dokumentation 5 Jahre Unabhängiges Jugendzentrum Kornstraße Hannover (1977). Materialien zur Analyse von Opposition, 05.08.2016, URL: https://www.mao-projekt.de/BRD/NS/HAN/Hannover_KJA_1977_UJZ_Nordt-stadt_5_Jahre.shtml [eingesehen am 11.05.2021].

²⁸⁵ Vgl. o. V.: 38 Jahre UJZ Korn – Zeit zu wachsen, in: Autonomes Blättchen, H. 5/2011, S. 17–18.

²⁸⁶ Vgl. Unabhängiges Jugendzentrum Kornstraße: Kurzdarstellung unserer Geschichte, S. 8.

²⁸⁷ Vgl. Geiling: Das andere Hannover, S. 173.

²⁸⁸ Vgl. Walter: Rebellen, Propheten und Tabubrecher, S. 95–114.

²⁸⁹ Geiling: Das andere Hannover, S. 178 f.

rem zum organisatorischen und inhaltlichen „Mittelpunkt“ der lokalen Anti-Atomkraft-Bewegung.²⁹⁰ Derart exponiert, geriet es rasch zur Zielscheibe des Argwohns der bürgerlichen Öffentlichkeit Hannovers: Die lokale Presse warnte in den 1970er-Jahren vor einer „politischen Indoktrinierung der Jugendlichen“ und einer „Verherrlichung revolutionärer Gewalt“ durch die im Jugendzentrum hausenden „Linksradi-kalen“, die Förderung des Jugendzentrums wurde infrage gestellt.²⁹¹ Bezirksregierung und Verwaltung hatten 1979 beschlossen, die städtische Förderung zu streichen; 1982 lief der Pachtvertrag aus. Der Erhalt des UJZ Kornstraße wurde daraufhin durch eine selbst gegründete Immobiliengesellschaft gesichert, die das Gebäude käuflich erwarb – mit der Konsequenz eines Ausbaus „entpolitisierte[r] und konsumorientierte[r]“ Kulturangebote auf Kosten des vormaligen „aktionsorientierte[n]“ Handlungskonsenses.²⁹² Ironischerweise führte also ausgerechnet die neu gewonnene politische Autonomie zur wachsenden Kommerzialisierung des Jugendzentrums. Behaupten konnte es sich dennoch, und ab 2003 sogar wieder staatliche Fördergelder ohne politische Auflagen beziehen.²⁹³ Mit der oben beschriebenen Konstellation – wiederholte Konflikte im Inneren bei gleichzeitiger Integration durch einen gegenkulturellen Grundkonsens nach außen hin, Magnet öffentlicher Aufmerksamkeit in positiver wie negativer Hinsicht, Angriffe von bürgerlicher und konservativer Seite – war früh eine Struktur hergestellt, welche im Grunde genommen bis heute die Position des Jugendzentrums in der Stadt kennzeichnet. Am Ende der Geschichte steht zunächst ein etabliertes, aber auch durch periodische Konflikte umwittertes Jugendzentrum. Die

Hannoversche Tageszeitung *Neue Presse* kons-tatierte im Juni 2018 in der Rückschau:

„Die Kornstraße [...] ist bis heute ein Zentrum der linksalternativen Jugendbewegung geblieben, auch wenn sich die Themen mit der Zeit änderten. Die Anti-AKW-Bewegung fand hier ein Zentrum, in den 1980ern kamen die Punks und die Chaos-Tage, auch die Besetzer des Sprengel-Geländes waren hier verankert. Heute sind die Kurden ein zentrales Thema, was wiederum die alten Reflexe der Konservativen auslöst. Es gab eine Razzia und mittlerweile eingestellte Ermittlungen wegen vermeintlicher Unterstützung der verbotenen PKK. Die CDU forderte im Einklang mit der AfD einmal mehr die Einstellung der Förderung.“²⁹⁴

Man wird aus diesen nüchternen Zeilen Hinweise entnehmen dürfen, die die These einer Ritualisierung der „Kohäsions- und Abgrenzungsdynamik“ zwischen Mehrheits- und Alternativkultur²⁹⁵ stützen. Die gegenkulturellen Milieustrukturen pflegen offenkundig die moderate öffentliche und politische Gegenwehr als Stabilsations- und Integrationsfaktor, während die linken und linksradikalen Gruppierungen ihrerseits im Verlauf der 1990er-Jahre von früheren „überhöhte[n] emanzipatorische[n] Ideale[n]“ zur heutigen „reformistischen Alltagspraxis“ mitsamt einer „(eher konkurrenzorientierten) Projektkultur auf der Grundlage von Professionalisierungen und Kommerzialisierungen alter und neuer Praxiszusammenhänge“ übergegangen sind.²⁹⁶ Die performative Distinktion mithilfe von „Symboliken, Ideologiemustern und Lebensstilen“, so Vester et al., dient dabei gerade auch dem Konkurrenzkampf um „kommunale Ressourcen“.²⁹⁷

²⁹⁰ Vgl. o. V.: 38 Jahre UJZ Korn – Zeit zu wachsen, S. 17.

²⁹¹ Vgl. o. V.: Linksradi-kale gefährden Unterstützung für das Jugendzentrum Kornstraße, in: Hannoversches Wochenblatt, 23.02.1975, zit. nach: Unabhängiges Jugendzentrum Kornstraße (Hrsg.): Fünf Jahre Unabhängiges Jugendzentrum Kornstraße Hannover, Hannover 1977, S. 92.

²⁹² Vgl. o. V.: 38 Jahre Korn – Zeit zu wachsen, S. 18.

²⁹³ Vgl. ebd.

²⁹⁴ Vgl. Krasselt: UJZ Kornstraße.

²⁹⁵ Vgl. Vester et al.: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, S. 277.

²⁹⁶ Ebd., S. 276.

²⁹⁷ Ebd., S. 277.

In den Folgejahren fungierte das UJZ Kornstraße als Vorbild für weitere Zentrumsgründungen sowie – mehr oder weniger erfolgreiche – Hausbesetzungen. Insbesondere in den Jahren 1972 bis 1975 konstituierten sich weitere Jugendzentren im Hannoverschen Stadtgebiet. Ein anderer Teil der Gruppe, die 1971 die Räumung miterlebte, gründete eine Bürgerinitiative und schließlich einen Verein, der in zähen Verhandlungen mit der Stadt Hannover das Nutzungsrecht des ehemaligen Fuhramts an der Glockseestraße im Stadtteil Calenberger Neustadt erwarb. Auch das so gegründete UJZ Glocksee beerbte den initialen Impuls der Jugendzentrumsbewegung, einen undogmatisch-linken Treffpunkt mit adoleszenter Selbstorganisation zu verknüpfen.²⁹⁸ Im Juli 2012 feierte das UJZ mit einem großen Kulturfest seinen 40. Geburtstag; man insistiert trotz kommunaler Förderung der hier geleisteten Jugendarbeit auf den Anspruch der Selbstbestimmung;

„Zur Glocksee gehören heute ein Kindergarten, ein Hort, ein Lückekinderprojekt, Werkstätten für Autos bis Computer, ein offene[r] Jugendbereich [...] und die Kulturzentren Indiego und Café Glocksee, die jedes Wochenende Konzerte und Partys bieten. Etwa 100 Mitarbeiter arbeiten für das Jugendzentrum, viele in Teilzeit.“²⁹⁹

Im Grunde ist das Phänomen autonomer Zentren allgemein bekannt. Doch auch hier lohnt sich noch ein abschließender näherer Blick auf die kleinen Unterschiede: Während sich die Rote Flora in Hamburg oder das Juzi in Göttingen in unterschiedlichem, meist eher modera-

tem Maße für allgemeine Kulturangebote an Jugendliche und junge Erwachsene geöffnet haben, steht die starke Prägung durch linksradikale und autonome Gruppierungen dort klar im Vordergrund. Die Hannoverschen UJZs hingegen sind zwar durchaus autonome Zentren im Sinne jugendlicher Selbstorganisation, weniger aber im sonst geläufigen Doppelsinne Zentren der autonomen Szene, da ab ovo integrativer, stärker alternativkulturell geprägt. Schon in den ersten Jahren wurde etwa das UJZ Kornstraße aufgrund seiner unpolitisch-sozialarbeiterischen Komponente – und somit für die Abstriche in Fragen weltanschaulicher Geschlossenheit – „von Teilen der Linken diffamiert.“³⁰⁰ Aus der Sicht langjähriger Unterstützer wiederum hat die von Hannover ausgehende Jugendzentrumsbewegung gerade dadurch vorbildliche Leistungen im Sinne der Integration Jugendlicher in die selbstständige Interessenvertretung vollbracht.³⁰¹ Dass diese Integration angesichts der örtlichen Heterogenität der Szene³⁰² erfolgreich sein konnte, scheint einerseits zu einem großen Teil auf die Solidarisierungseffekte der erwähnten Konflikt Routinen zurückzuführen zu sein – wäre aber andererseits ohne die jahrelang seitens der Stadtpolitik befolgten Verhandlungs- und kompromissorientierten Maximen wahrscheinlich nicht möglich gewesen.³⁰³ Maximen gleichwohl, deren Tradierung in Rich-

²⁹⁸ Vgl. die Dokumentationen in Schröder, Jürgen: Hannover: Unabhängiges Jugendzentrum (UJZ) Glocksee. Materialien zur Analyse von Opposition, 11.06.2017, URL: https://www.mao-projekt.de/BRD/NS/HAN/Hannover_KJA_UJZ_Glocksee.shtml [eingesehen am 11.05.2021] sowie in Hentschel, Reiner (Hrsg.): 1972–2012. Dokumentation Vierzig Jahre UJZ Glocksee, 2012.

²⁹⁹ Sedelis, Jan: Glocksee feiert 40-jähriges Bestehen, in: Hannoversche Allgemeine, 14.07.2021, URL: <https://www.haz.de/Hannover/Aus-den-Stadtteilen/West/Glocksee-feiert-40-jaehriges-Bestehen> [eingesehen am 11.05.2021].

³⁰⁰ Unabhängiges Jugendzentrum Kornstraße: Kurzdarstellung unserer Geschichte, S. 8.

³⁰¹ Vgl. Krasselt: UJZ Kornstraße.

³⁰² Vgl. Vester et al.: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, S. 275.

³⁰³ „In der Kommunalpolitik kann man immer klären, wer hat welche Interessen, wer profitiert und wer nicht von einer Lösungsvariante. Wenn diese Transparenz geschaffen hat und man die wesentlichen Interessen berücksichtigt, lassen sich Einigungen finden. Alleine und ohne ernsthafte Beteiligung und Dialog kommt man da aber nicht hin.“ Transkript Politik I, S. 8, Z. 388–393.

tung jüngerer Politikergenerationen keineswegs ausgemacht ist.³⁰⁴

Jenseits der Zentren gehören außerdem die Jahre 1983 und 1987 in den Kalender prominenter Besetzungsversuche in Hannover: Infolge eines wachsenden Mangels an Wohnraum besetzten Aktivisten aus verschiedenen linksradikalen Zusammenhängen das so genannte Sprengel-Gelände, eine ehemalige Schokoladenfabrik in der Hannoveraner Nordstadt, setzten Räumlichkeiten instand und richteten Wohnräume, Ateliers, Werkstätten sowie Kneipen ein; unter dem Motto „Sprengel für alle!“ wurde um Unterstützung seitens der Bevölkerung geworben.³⁰⁵ Trotz des Eintretens der Hannoverschen CDU für eine Räumung des Geländes, auch trotz des Misstrauens der Aktivisten gegenüber der SPD, welcher sie gezielte Verschleppungstaktiken vorwarfen,³⁰⁶ konnte infolge erfolgreicher Werbung der Aktivisten für die Schaffung dauerhafter alternativer Alltagsgestaltungsmöglichkeiten³⁰⁷ ein Teil der Besetzungen legalisiert wer-

den. Von den einstigen Konflikten ist dort heute nicht mehr viel zu spüren,³⁰⁸ der Ort ist „keine Keimzelle des politischen Aufstands mehr“. Der Anspruch der etwa 50 heute dort lebenden Personen „von der Punkerin bis zum Autonomen“ ist lebensreformerischer Natur: die Schaffung und der Erhalt einer alternativen, kollektiven und integrativen Lebensform als „gelebte Utopie“ ist das Ziel.³⁰⁹ Eine gewichtige Rolle bei der Verstetigung besetzter Räumlichkeiten dürfte sicherlich die breite thematische Anschlussfähigkeit der ansässigen Bevölkerung im Hinblick auf die Themen Wohnraumpolitik und Gentrifizierung sein. Zwar scheiterten viele Hausbesetzungen, zuletzt 2019,³¹⁰ doch es lässt sich vermuten, dass diese bis heute gepflegte Aktionsform, welche immer auch auf die Skandalisierung von Mietpreisen

304 „Heute gibt es meiner Einschätzung nach eine neue Generation von Politiker bei SPD und Grünen, die haben mit dieser Intensität von Einwohnerbeteiligung überwiegend keine Erfahrung gemacht und sehen ihre Aufgabe mehr in der Gremienarbeit und setzen ansonsten auf digitale Formate.“ Ebd., S. 11, Z. 522–527.

305 Vgl. Wieners, Ute: Sprengel für alle, Hannover 2017 sowie Kulturzentrum Faust: Sprengel für alle!, URL: <https://www.kulturzentrum-faust.de/projekte/aktuelle-projekte/archiv-zur-demokratiegeschichte/sprengel-fuer-alle.html> [eingesehen am 11.05.2021].

306 Vgl. o. V.: „Sprengel“ – Flugblatt der Nutzer*innen zur Situation, August 1988, URL: <https://www.kulturzentrum-faust.de/projekte/aktuelle-projekte/archiv-zur-demokratiegeschichte/sprengel-fuer-alle.html> [eingesehen am 11.05.2021].

307 So berichtet ein damals Beteiligter: „An den Verhandlungen zum Sprengelkompromiss in der Bürgerschule waren die Bauverwaltung, die baupolitischen Sprecher von SPD und Grünen, ein von der Stadt engagierter externer Moderator aus Berlin und die Sprengelbesetzer beteiligt. [...] Ich war überzeugt, man muss eine dauerhaft verträgliche Lösung finden. Dabei hilft auch die Zeit. Weil die Leute natürlich älter werden, ändern sich Lebenslagen und Sichtweisen. Irgendwann kommen Kinder und hängen Blumenkästen vor den Fenstern. Wenn man aber immer wieder mit Konfrontation

die Lage neu aufheizt und der Ofen ständig glüht, dann kriegt man nie Ruhe rein. [...] Ein wesentlicher Ansatz unserer Argumentation waren die Interessen der Kinder auf und um das Sprengelgelände herum. Wir hatten eine Statistik, wieviel Kinder da leben. Deren Interessen haben wir als moralisches Argument in die Verhandlungen eingebracht. So ist es schließlich gelungen, eine differenzierte Lösung mit einem Erbpachtvertrag für die Besetzer der Kofferfabrik, einem großen Spielplatz, einem Kinderhaus, einer Kita, den Abriss des Sozialtantes, eine Umsiedlung der Bauwagen und die vertragliche Absicherung der Kneipe „Schwule Sau“ zu vereinbaren.“ Transkript Politik I, S. 3, Z. 97–134.

308 „[...] längst hat Gewalt im Sprengel keinen Platz mehr: Kinder tolen mit Wasserpistolen über das Gelände, Bewohner stellen ihre Gemälde, Fotos und Plastiken aus, fast jeder will sich ein T-Shirt mit der Sprengel-Fabrik bedrucken lassen – und ein paar neugierige Nachbarn werfen zumindest von der Straße aus einen Blick in den Hof und die Feiernden.“ Holzki, Larissa/ Nickel, Stefanie: Sprengel-Gelände und UJZ feiern Jahrestage, in: Hannoversche Allgemeine, 23.08.2012, URL: <https://www.haz.de/Hannover/Aus-den-Stadteilen/Nord/Sprengel-Gelaende-und-UJZ-feiern-Jahrestage> [eingesehen am 11.05.2021].

309 Vgl. Kulturzentrum Faust: Sprengel für alle!

310 Vgl. Priesemann, Sascha: Hannover: Darum ging es bei der Hausbesetzung am Klagesmarkt, in: Neue Presse, 30.05.2019, URL: <https://www.neue-presse.de/Hannover/Meine-Stadt/Hannover-Darum-ging-es-bei-der-Hausbesetzung-am-Kla-gesmarkt> [eingesehen am 11.05.2021].

und damit auf die Sensibilisierung für die Probleme sozialer Ungleichheit in Großstädten zielt, prinzipiell mit dem Erfolgsfaktor potenzieller Bevölkerungssympathien kalkuliert.

Jenseits der Hausbesetzungen existiert ein ganzer Kranz von Einrichtungen, Zentren und Lokalitäten besonders im „kulturellen Hotspot“³¹¹ Hannover-Linden sowie im Innenstadtgebiet der Stadtteile Mitte, Nordstadt, Oststadt und List. Dabei blicken viele prominente Orte auf alternativ-kulturelle Ursprünge zurück, die heute fest in das öffentliche Leben und die Kulturszene der Stadt integriert sind. Zu nennen ist hier beispielsweise das 1976–1978 durch eine Bürgerinitiative gestiftete Kulturzentrum Pavillon (früher „Raschplatz-Pavillon“³¹²), das seine Herkunft aus dem Kontext der „kritischen Auseinandersetzung mit der Gesellschaft“ und der Neuen Sozialen Bewegungen bis heute herausstreicht.³¹³ Ebenso kulturorientiert, aber unter stärkeren Distinktionsinteressen im Hinblick auf die konstitutive Vergangenheit tritt etwa das in den 1990er-Jahren ebenfalls aus einer Bürgerinitiative hervorgegangene Kulturzentrum Faust (FABrikUmnutzung und STadtteilkultur) in Hannover-Linden heraus, welches „für eine lebendige und vielschichtige Kultur- und Stadtteilarbeit“ eintritt,³¹⁴ aufgrund seiner Entstehungsgeschichte von Ansässigen aber nach wie vor mit der linken Szene in Verbindung gebracht wird³¹⁵ und auch online ein Archiv

über die einschlägige lokale Protestgeschichte führt.³¹⁶ Diese herausgehobenen Einrichtungen und die mit ihnen verwobene, kommunal geförderte zivilgesellschaftliche und soziokulturelle Netzwerkstruktur³¹⁷ verdeutlichen, wie schwer distinkte Demarkationslinien zwischen autonomer Szene, linksalternativer Jugendkultur und zivilgesellschaftlicher Kulturszene in Hannover zu ziehen sind.

Gerade der Kontrast der berüchtigten so genannten „Chaostage“, die sowohl in den 1980er- als auch in den 1990er-Jahren in Hannover stattfanden und in vielerlei Hinsicht exzeptionelle Ereignisse darstellen,³¹⁸ unterstreicht die bis hierher skizzierte, vergleichsweise geordnete und verankerte Normalität der örtlichen linken Szene. Initiiert als bundesweit zentraler Protest gegen die Einrichtung einer polizeilichen „Punker-Kartei“ wurde am 18. Dezember 1982 (nach mehreren Treffen im Ruhrgebiet zwischen 1979 und 1982) zu einer Zusammenkunft der Szene eingeladen, um – so die ironische Ankündigung der Veranstalter – den „Untergang Hannovers“ herbeizu-

³¹¹ Vgl. Transkript Kulturveranstalter, S. 17, Z. 818.

³¹² Vgl. Vester et al.: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, S. 276.

³¹³ Pavillon Kulturzentrum: Das Kulturzentrum Pavillon, URL: <https://pavillon-hannover.de/der-pavillon/> [eingesehen am 11.05.2021].

³¹⁴ Kulturzentrum Faust: Über uns, URL: <https://www.kulturzentrum-faust.de/ueber-uns.html> [eingesehen am 11.05.2021].

³¹⁵ „In Linden dafür die linke Szene... FAUST, das größte kulturelle Zentrum überhaupt, ja, von der Anzahl der beteiligten Vereine. Béi Chéz Heinz, auch 'n Rock-, Punkclub, wenn man so will, ja, das Capitol als Rockbühne, ja, also, es gibt nirgendwo so viele kulturelle Einrichtungen, ja.“ Transkript Kulturveranstalter, S. 17, Z. 826–829.

³¹⁶ Vgl. Kulturzentrum Faust: Archiv zur Demokratiegeschichte. Archiv zur Bürger*innenbewegungsgeschichte in Hannover, URL: <https://www.kulturzentrum-faust.de/projekte/aktuelle-projekte/archiv-zur-demokratiegeschichte.html> [eingesehen am 11.05.2021].

³¹⁷ „Dann gibt es in Hannover, was es auch erstmalig in Hannover gab, die Freizeitzentren, zehn Freizeitzentren gibt es in Hannover, von der Stadt finanziert [...] das sind relativ, sagen wir mal, unauffällige, leise Zentren, ähm, aber was da passiert, da sind in jedem Zentrum mindestens 50 oder 20 bis 50 Vereine tätig. Schachclub, egal was, ja, so aus den Arbeitermilieus, diese Kleinvereine, die haben da ihre Räume, die gehen dahin und die machen was. Die haben da so 'ne Bibliothek dabei [...] und auch kulturelle Angebote, zehn Stück gibt's davon in Hannover [...] Ich weiß nicht, wo es das sonst noch gibt, [...] ich glaube kaum, dass so eine Stadt in der Größe Hannovers findest, wo du diese Einrichtungen, die ich dir jetzt gerade aufgezählt haben, ja, in dieser Anzahl wiederfinden würdest. Und schon gar nicht diese sogenannten alternativen Einrichtungen, ne, wovon es zehn gibt.“ Transkript Kulturveranstalter, S. 23, Z. 1101–1119.

³¹⁸ Vgl. Scharf, Philipp: „Don't know what I want. But I know how to get it.“ Hannover versinkt im Chaos, in: Demokratie-Dialog, H. 7/2020, S. 20–27.

führen.³¹⁹ Es erschienen 800 Teilnehmer; als die Polizei die Demonstration auflöste, kam es zum Bedauern der Veranstalter³²⁰ zu einer kurzen Straßenschlacht. Diese Ouvertüre, ursprünglich als Störtaktik behördlicher Erfassung gedacht, geriet in den Folgejahren zu einem regelmäßigen Happening mit zunehmenden, auch durch das rigorose Vorgehen von polizeilicher Seite induzierten Konfrontationen. 1983 fanden Auseinandersetzungen zwischen Punks und Skinheads auf der einen und der Polizei auf der anderen Seite vor dem UJZ Kornstraße statt;³²¹ 1984 verwüsteten Mitglieder der Neonazi-Szene anlässlich der Chaostage Räumlichkeiten der Szene, was zu einem vorläufigen Ende der Events führte.³²² Zum Revival kam es erst in den Jahren 1994, 1995 und 1996, die die Höhepunkte urbaner Militanz in Hannover markieren. Besonders 1995 kam es zu heftigen Ausschreitungen, Straßenschlachten und – offenbar unter Beteiligung einiger Kra-walltouristen – Plünderungen; die Bilanz zählte 180 verletzte Polizisten, 300 verletzte Punks und 1.200 Verhaftungen bei 2.000 Teilnehmern.³²³ Auffällig sind aus heutiger Sicht unter anderem

auch das eskalative und scharfe Durchgreifen der Polizei und die rigorose Abkanzelung der Teilnehmer der Chaostage durch die Lokalpresse als „Massen gewalttätiger, unberechenbarer Jugendlicher“, die „Angst und Schrecken“ in der Stadt verbreitet hätten.³²⁴ 1996 erstickte ein Aufgebot von 6.000 Polizisten unter dem Diktum der absoluten Gefahrenprävention und ausgerüstet mit den scharfen Schwertern des Vorbeugege-wahrsams und des Aufenthaltsverbots jede op-positionelle Regung im Keim.³²⁵ Im Urteil eines Gesprächspartners wird in der interaktiv herge-stellten Eskalationsspirale der Chaostage ein ek-latanter Bruch mit den städtischen gegenkultu-rellen Gepflogenheiten besonders deutlich:

„Und das Problem der Institutionalisierung von so milieuspezifischen Politikansätzen ist natürlich, dass Institutionalisierung immer Willkür, eigentlich, ausschlagen sollte oder verhindern sollte. Und das ist natürlich für neue, für spontane Geschichten sehr schwierig [lacht], in diesem Rahmen zu argumentieren. Das muss man erst lernen. [...] Was ich meine, ist sowas wie Chaostage. Sowas kann natürlich nur entstehen, wenn man auf der institutionellen Ebene dumm reagiert, nicht?“³²⁶

Darüber hinaus beleuchten die Chaostage wie unter einem Brennglas den politischen Kultur-dualismus Hannovers, der sich im Falle eines dynamischen Konfliktgeschehens rasch als scharfer Gegensatz zwischen dem mehrheits-kulturellen und dem gegenkulturellen Hannover entzünden kann.³²⁷

319 Vgl. Herbertz, Oliver: Die Organisation von Chaostagen. Analyse zur Konstruktion von Objektivität, in: Betz, Gregor et al. (Hrsg.): Urbane Events, Wiesbaden 2011, S. 245–260, hier S. 247, das Zitat s. Nagel, Karl: 18.12.1982: Der erste Chaos-Tag!, in: karlnagel.de, 18.12.2017, URL: <https://www.karlnagel.de/der-erste-chaos-tag/> [eingesehen am 09.09.2019, im August 2020 nicht mehr erreichbar].

320 Vgl. ebd.

321 Vgl. Nagel, Karl: 1983: Bundesjugendspiele in Hannover, 19.12.2017, URL: <https://karlnagel.de/bundesjugendspiele-83/> [eingesehen am 09.09.2019, im August 2020 nicht mehr erreichbar].

322 Vgl. Herbertz: Die Organisation von Chaostagen, S. 251.

323 Vgl. Haase, Bernd: Als die Chaostage Hannover erschütterten, in: Hannoversche Allgemeine, 07.08.2015, URL: <https://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Mit-aller-Gewalt-Chaostage-erschuettern-Hannover> [eingesehen am 11.05.2021] sowie Free, Inga: „Hier regiert der Mob“. Gruppenbezeichnungen in der Berichterstattung, in: Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie, H. 57/1998, S. 51–70, hier S. 51 f.

324 Vgl. ebd., S. 51.

325 Vgl. Kleine-Brockhoff, Thomas: Chaostage 96: Hannover als Stadt der eingeschränkten Grundrechte, in: Die Zeit, 09.08.1996, URL: <https://www.zeit.de/1996/33/hannover.txt.19960809.xml> [eingesehen am 11.05.2021].

326 Vgl. Transkript Sozialwissenschaftler, S. 15 f., Z. 487–491 und Z. 499–501.

327 Vgl. Free, Inga: „Hier regiert der Mob“, S. 69.

Was zeichnet die Hannoversche linke Szene insgesamt aus? In unseren Experteninterviews wird der Eindruck geäußert, dass es „früher“, als es noch aktivere und in sich geschlossene linksradikale Szenestrukturen gegeben habe, deutlich „aufregender“, auch im negativen Sinne, gewesen sei; heute hingegen sehe man sich einer vergleichsweise inklusiven Subkultur gegenüber, stark studentisch geprägt, im Grunde aber weitgehend harmlos und frei von größeren Problemen. Linksradikale bzw. linksalternative Orte und Strukturen haben demnach ihren „Status des Besonderen verloren“; und damit auch einen Gutteil ihrer Relevanz; heute stifteten sie ein „Angebot unter vielen“ insbesondere für junge Erwachsene.³²⁸ Es ist ein Eindruck, der sich bei einer Betrachtung der linken Szene Hannovers bestätigt: Jugendzentren, alternative Szenetreffs und Kulturveranstaltungen erfreuen sich – sofern nicht von pandemiebedingten Kontaktbeschränkungen betroffen – regen Zulaufs, zugleich nehmen einige gewerkschaftliche und zivilgesellschaftliche Akteure die lokalen linksradikalen Aktivist:innen offenkundig als potenzielle Bündnispartner ernst. Die Grenzen zwischen gegenkulturellen Milieustrukturen und autonomen Kleingruppen sind schwer zu ziehen. Zudem erweckt das bis heute regelmäßige Erscheinen der Zeitschrift *Autonomes Blättchen* sowie von 2007 bis 2013 des auf lokale Themen fixierten Periodikums *tabula rasa. Neuigkeiten für ein subversives Hannover*³²⁹ den Eindruck einer zwar nicht expandierenden, aber doch gefestigten linksradikalen Infrastruktur, die auch Raum für kontroverse scene-interne Auseinandersetzungen bietet. Hannover ist darüber hinaus gelegentlich Schauplatz größerer Protestevents, bisweilen kommt es zu militanten Aktionen wie Brandanschlägen oder Schmierereien. Die Aktivitäten des „anderen“ Hannover reichen somit durchaus bis hin zu martialischen Bekennerschreien und erheblichen öffentlichen Ärgernissen; eine grundsätzliche oder gar wachsende Gefahr für die öf-

fentliche Sicherheit scheint man hier jedoch – in scharfem Kontrast zur Ausnahmeerscheinung der Chaostage – nicht zu befürchten. In der Tat ist der Hannoversche Linksradikalismus im Großen und Ganzen durchweg institutionalisiert, gewissermaßen verdurschnittlicht und veralltäglicht. Einer unserer Interviewpartner, aus dessen Sicht „das Linksradikale“ in Hannover stets „nur ein Tupfen des linken Milieus war“ und insofern in ein buntes öffentliches Leben eingebettet ist, kontrastiert die lokale Spezifik explizit mit Göttinger Verhältnissen, in welchen der Linksradikalismus als vergleichsweise isoliertes „Brüllbaby“ auftrete.³³⁰

Dass man im Kontext Hannovers also auf verblüffend langlebige Kontinuitäten einer Szene stößt, welche andernorts allmählich ihre Präsenz in der Stadtöffentlichkeit einzubüßen scheint,³³¹ unterstreicht die strukturbildende Rolle einer Traditionslinie oppositioneller Mentalitäten für die politische Kultur in Hannover.

3.2 Oppositionelle Traditionslinie: Sozialistisches Milieu und institutionalisierte Studentenbewegung

Vom sozialistischen Milieu im Linden des 19. und frühen 20. Jahrhunderts ist bereits die Rede gewesen (vgl. Kap. 2.1 dieser Studie). Wie andernorts entsprang diese sowohl parteipolitisch als auch alltagsmoralisch integrierende Kollektivitätsform einerseits aus der geteilten Lebensrealität intensiver körperlicher Arbeit in den Fabriken, andererseits aus den zunächst unbezwingbaren sozialen Hürden der Klassengesellschaft. Zwar hatten sich in sozialmoralischen Milieus traditionell „die Erfahrungen der Primärkonflikte gespeichert, intergenerationell vererbt und organisatorisch verfestigt. [...] Milieus leben von den Mythen ihrer Geschichte und stabilisieren damit sich selbst und ihre Parteien

³²⁸ Vgl. Transkript Stadtverwaltung sowie Transkript Kulturveranstalter.

³²⁹ Vgl. die noch abrufbare Internetpräsenz dieser Zeitschrift unter <https://tabularasahannover.wordpress.com/> [eingesehen am 11.05.2021].

³³⁰ Transkript Kulturveranstalter, S. 7, Z. 310 und 315.

³³¹ Vgl. Schenke: *Ganz Hamburg hasst die Polizei?*, S. 171–175.

[hier die SPD, Anm. d. Verf.].“³³² Doch die Arbeiterbewegung stand im Falle von Linden schon zu frühkapitalistischen Zeiten vor immensen Mobilisierungsschwierigkeiten: Ein eher träge verlaufender Industrialisierungsprozess und konjunkturelle Schwankungen verelendeten die arbeitenden Teile der Bevölkerung, welche dem repressiv agierenden königlichen Verwaltungsapparat Hannovers weitgehend machtlos gegenüberstanden.³³³ Zudem waren die lokalen Industrieproletarier auf die Ressourcen und Organisationsnetzwerke sympathisierender Teile des Bürgertums angewiesen, welche diese Abhängigkeit nutzten, um auf die „Versittlichung“ und Mäßigung der Arbeiterschaft hinzuwirken.³³⁴

Zu größeren sozialistischen Erhebungen kam es hier aus den genannten Gründen kaum. Zwar schlug sich im Signaljahr des Nationalliberalismus 1848 der gesamteuropäische revolutionäre Impuls auch hier in Gestalt eines Streiks der Belegschaft der Eisengießerei und Maschinenfabrik Georg Egestorff nieder, jedoch brachen militärisch-polizeiliche Repression und politische Verfolgung die fundamentaloppositionelle Spitze rigoros ab und verbannten die Anführer des Protests aus der Stadt.³³⁵ Auch danach hemmten die eisen ordnungspolitischen Bedingungen die Herausbildung einer ideologisch geschlossenen sozialistischen Bewegung mindestens bis zum Lindener Textilarbeiterstreik 1868,³³⁶ beförderten

aber eine ausgeprägte Lagermentalität in den Reihen der Arbeiter, und damit auch die sozialistische Milieubildung in Linden. Ein Zeitsprung in die Jahre der Weimarer Republik verdeutlicht dies: Als der Stadtteil 1920 eingemeindet wurde, kannte man ihn als „rotes Linden“, ausgezeichnet durch ein entschlossenes Kollektivitätsbewusstsein, festgefügte Vereinsstrukturen und eine starke sowie fest verankerte Sozialdemokratie.³³⁷ Auf der Grundlage gemeinsam geteilter prekärer Lebensverhältnisse erhob sich eine Sozialmoral der Gegengesellschaftlichkeit in Opposition zur bürgerlich geprägten Gesamtgesellschaft, eine „festungsartige[...] Einmauerung der eigenen politischen Stärke“³³⁸, die für den einzelnen Arbeiter einen „Rückzug auf den eigenen Lebenszusammenhang als Mitglied der Arbeiterschaft“ bedeutete und ihm „darauf beruhende Ansatzpunkte einer politischen Identität“ verschaffte.³³⁹

Gleichwohl befand man sich nicht nur mental, sondern auch faktisch in einem kontinuierlichen Abwehrkampf gegen die überlegenen (besitz-) bürgerlichen und aristokratischen Klassenfeinde. Da umstürzlerische, maschinenstürmerische oder andere militante Protestmethoden stets rasch niedergeschlagen wurden, verfolgten die sozialdemokratischen Lageragenten des Milieus eine legalistische Strategie: Schon zu Zeiten von Bismarcks Sozialistengesetzen bekannte sich die lokale SPD zu rechtstaatlichen Prinzipien, gesetzlich anerkannten Parteistrukturen und einer Disziplin der Radikalisierungsresistenz; oppositionelle Formationen etwa in Gestalt der USPD blieben in Hannover marginalisiert.³⁴⁰ So gelang es der Partei nach dem Ersten Weltkrieg der Do-

³³² Lösche/Walter: Katholiken, Konservative und Liberale, S. 472.

³³³ Vgl. Wabner, Rolf: Lernen aus verpaßten Chancen. Zur Geschichte der Hannoverschen Arbeiterbewegung 1815–1933. Mit einem Vorwort von Peter von Oertzen, Frankfurt a. M. 1982, S. 27.

³³⁴ Vgl. Geiling, Heiko: Zur Verarbeitung der politischen Niederlage von 1848. Die „Deutsche Arbeiterhalle. Wochenschrift für die arbeitenden und besitzlosen Volksklassen, redigirt (!) von L. Stechan“, in: Hannoversche Geschichtsblätter N. F., Bd. 39, 1985, S. 169–188, hier S. 188 und 207.

³³⁵ Vgl. Wabner: Lernen aus verpaßten Chancen, S. 45.

³³⁶ Vgl. Geiling: Zur Verarbeitung der politischen Niederlage von 1848, S. 277 sowie Geiling, Heiko: Der Lindener

Textilarbeiterstreik im Jahre 1868. Zur Entstehung der modernen Arbeiterbewegung in Hannover und Linden, in: Hannoversche Geschichtsblätter N. F., Bd. 41, 1987, S. 91–109, hier S. 91 f.

³³⁷ Vgl. Rabe: Der sozialdemokratische Charakter, S. 2, 33 und 280 f.

³³⁸ Oskar: Vorwort, o. S.

³³⁹ Rabe: Der sozialdemokratische Charakter, S. 95. Vgl. auch Wabner: Lernen aus verpaßten Chancen, S. 97.

³⁴⁰ Vgl. Rabe: Der sozialdemokratische Charakter, S. 21 f.

minanz monarchistischer und bürgerlich-konservativer Kräfte zum Trotz, einige beachtliche Wahlerfolge zu erringen (etwa im Mai 1928, als sie bei den Reichstagswahlen 51,3 Prozent der Wählerstimmen erzielte³⁴¹). Doch auf der anderen Seite führte das ausgeprägte „Legalitätsdenken“³⁴² der Hannoveraner Sozialdemokraten in der Spätphase Weimars zur Lähmung im Kampf gegen KPD, NSDAP und SA.³⁴³ Als die rechtsstaatlichen Strukturen versagten und wachsende Teile der Arbeiterschaft zur konzertierten außerparlamentarischen Aktion drängten, reagierte die SPD-Führung verhängnisvoll passiv und orientierungslos, ja regelrecht paralysiert.³⁴⁴ Infolge der inflationsbedingten Massenarbeitslosigkeit musste die Partei dann 1932 Stimmenverluste an KPD und NSDAP hinnehmen.³⁴⁵ Dennoch hielt das sozialistische Milieu Lindens noch bis etwa 1936/37 den Widerstand gegen den Nationalsozialismus aufrecht,³⁴⁶ konservierte danach die hier verankerte linkspolitische Tradition und trug sie schließlich in die junge Bundesrepublik hinein. Als größere Teile der Hannoverschen Bürgerschaft in das von den alliierten Bombardements weitgehend unversehrte Linden zogen, entwickelte sich dieser Stadtteil zum materiellen und mentalen Zentrum Hannovers – dominiert von sozialdemokratischen Deutungseliten und Gewerkschaftsfunktionären³⁴⁷ sowie prak-

tisch ab 1945 (bis heute!) sozialdemokratisch (mit-)regiert.³⁴⁸ Aus dem in der Nachkriegszeit im Zeichen des Wiederaufbaus und der Wohlfahrtsmehrung geschlossenen Burgfrieden zwischen sozialdemokratischem und bürgerlichem Lager³⁴⁹ erwuchs die oben (Kap. 2.1 dieser Studie) beschriebene langfristige Hegemonie der Hannoverschen Sozialdemokratie. Die Zeit einer einst streng verkapselten sozialmoralischen Gegenkultur schien damit an ihr Ende gekommen zu sein.

Doch der vergleichsweise biedere Nachkriegskonsens der Aufbaujahre wurde bereits ab den 1950er-Jahren von rebellierenden Jugendlichen infrage gestellt. Auch in Hannover brachten die sogenannten „Halbstarken“-Proteste ab 1953 den öffentlich ausgetragenen Konflikt wieder auf die Tagesordnung³⁵⁰ – und demonstrierten damit zugleich, dass der einst von sozialen Emanzipationsbewegungen getragene, meist mit einem revolutionärem Anspruch unterlegte Protest nun durch primär kulturell orchestrierte Lebensstilrevolten seitens Jugendlicher und junger Erwachsener mittelschichtigen sozialen Hintergrundes abgelöst werden würden.³⁵¹ Erst waren es die „Halbstarken“, später dann die „Gammler“ – welche hier „einen kleinen Reflex auf die Hippiebewegung darstellten“³⁵² – und schließlich die „68er“, die die bürgerliche Öffentlichkeit Hanno-

³⁴¹ Vgl. Wabner: Lernen aus verpaßten Chancen, S. 204.

³⁴² Ebd., S. 156.

³⁴³ Vgl. Rabe: Die „Sozialistische Front“.

³⁴⁴ Vgl. Zorn, Gerda: Widerstand in Hannover. Gegen Reaktion und Faschismus 1920–1946, Frankfurt a. M. 1977, S. 61.

³⁴⁵ Vgl. Rabe: Der sozialdemokratische Charakter, S. 218–220.

³⁴⁶ Vgl. Schröder, Ulrich: Der Ausschuß für Wiederaufbau und die antifaschistische Bewegung in Hannover, in: Niethammer, Lutz/Borsdorf, Ulrich/Brandt, Peter (Hrsg.): Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, Wuppertal 1976, S. 451–502, hier S. 454.

³⁴⁷ Vgl. Rabe: Der sozialdemokratische Charakter, S. 65.

³⁴⁸ Vgl. Gauer, Monika/Mechler, Wolf-Dieter/Weiberg, Gerd: Vorwort, in: Weiberg, Gerd/Mechler, Wolf-Dieter (Hrsg.): Ansichten der Revolte. Hannover 1967–1969, Hannover 2018, S. 5–7, hier S. 5.

³⁴⁹ Vgl. Geiling: Das andere Hannover, S. 27 f.

³⁵⁰ Vgl. ebd., S. 79 f.

³⁵¹ Vgl. allgemein zu diesem Strukturwandel des politischen Protests von der sozialen Bewegung zum Bürgerprotest nach 1945 die Einführung von Gassert, Philipp: Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945, Stuttgart 2018, S. 272–279 sowie grundsätzlich am Gegenstand „1968“ Schenke, Julian: Student und Demokratie. Das politische Potenzial deutscher Studierender in Geschichte und Gegenwart, Bielefeld 2020, S. 202–207.

³⁵² Roßmann, Detlef: Mein Engagement im Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB) und in der Studentenbewegung, in: Weiberg, Gerd/Mechler, Wolf-Dieter

vers gezielt provozierten. Tatsächlich war das Irritationspotenzial jeweils zunächst groß: Als die „Halbstarken“ im Rahmen ihrer „Wasserschlacht“ von 1953 in einem Brunnen in Bahnhofsnähe badeten, reagierte die Polizei mit einer raschen Räumung.³⁵³ Ähnlich kompromisslos reagierte die Exekutive, als 1961, 1965 und 1967 dezidiert antibürgerlich auftretende (post-)adoleszente Langhaarträger öffentliche Plätze in Hannover besetzten, um gegen ihre Elterngeneration und deren Verwicklung in die einstige nationalsozialistische Herrschaft zu protestieren.³⁵⁴ Bei einer weiteren Räumung des Georgsplatzes am 11. August 1967 sekundierte die Hannoversche Allgemeine Zeitung, welche das repressive Vorgehen kurzerhand als „Reinigungseinsatz“ lobte.³⁵⁵

Grundsätzlich persistiert dieses konfrontative Muster – rebellierende Jugend versus schroff autoritative Abkanzelung seitens der Lokalpresse – auch im Verlauf der 1960er-Jahre. Der Jugendprotest scheint mit seiner Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse – 1967 traten, etwa in Form von Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg, klassische Kernthemen der „68er“ hinzu – einen Nerv getroffen zu haben.³⁵⁶ Auf der anderen Seite aber formierte sich allmählich eine liberale Teilöffentlichkeit, die sich mit den „Gammlern“ und ihrem Anspruch auf nonkonformistische Kritikfähigkeit solidarisierte: Durchaus unterstützten Teile des Hannoverschen Bürgertums das Ansinnen einer kritischen Auseinandersetzung mit der politischen, sozialen und kulturellen

Situation.³⁵⁷ Sie befürworteten die Schaffung von Räumen für die aufbegehrende Jugend, etwa in Gestalt des Freizeitheims Linden (welches sich in der Tradition der sozialistischen Arbeiterbewegung verortete), des Hauses der Jugend (welches sexualaufklärerische Schwerpunkte setzte) oder an der örtlichen Universität.³⁵⁸ Diese uneindeutige Gemengelage zwischen partiellem, regelmäßig hitzig ausgetragenen politisch-kulturellem Antagonismus mit dem erwachsenen Bürgertum auf der einen Seite und einem politischen Minimalkonsens mit der zivilgesellschaftlich organisierten städtischen Öffentlichkeit auf der anderen Seite³⁵⁹ schuf hier die Grundlage für eine frühe Institutionalisierung linker bzw. gegenkultureller Milieustrukturen.

Zu der erwähnten sympathisierenden, aufgeschlossenen Teilöffentlichkeit zählte u. a. auch die vom „Kulturpolitiker“³⁶⁰ Peter von Oertzen maßgeblich aufgebaute Fakultät V für Geistes- und Sozialwissenschaften an der Technischen Hochschule (TH) Hannover. Hier lehrten Linksin-tellektuelle und „kritische Marxisten“³⁶¹ wie Hans Mayer, Oskar Negt und Peter Brückner, die offen mit dem SDS kooperierten und die Lehrtätigkeit als dezidiert subversive Praxis verstanden.³⁶² Das Lehrverständnis der Fakultät V setzte auf partizipative und „lebendige [...]“ Arbeitsformen, an denen auch schon [...] junge Studenten neben allen anderen mitgestaltend teilhaben konn-

(Hrsg.): Ansichten der Revolte. Hannover 1967–1969, Hannover 2018, S. 23–41, hier S. 24.

³⁵³ Vgl. Geiling: Das andere Hannover, S. 39.

³⁵⁴ Vgl. Weiberg, Gerd: Hannoversche Vorgeschichte und die Gründung des SDS, in: Weiberg, Gerd/Mechler, Wolf-Dieter (Hrsg.): Ansichten der Revolte. Hannover 1967–1969, Hannover 2018, S. 10–22, hier S. 11.

³⁵⁵ Zit. nach Geiling: Das andere Hannover, S. 88.

³⁵⁶ Vgl. Weiberg, Gerd: Demonstrationen und andere Ereignisse, in: Weiberg, Gerd/Mechler, Wolf-Dieter (Hrsg.): Ansichten der Revolte. Hannover 1967–1969, Hannover 2018, S. 211–252, hier S. 213.

³⁵⁷ Vgl. Geiling: Das andere Hannover, S. 90.

³⁵⁸ Vgl. ebd., S. 91 f.

³⁵⁹ Vgl. ebd., S. 98.

³⁶⁰ Oestmann, Axel R.: Peter Brückners Hannover. Erinnerungen, Notizen, in: Weiberg, Gerd/Mechler, Wolf-Dieter (Hrsg.): Ansichten der Revolte. Hannover 1967–1969, Hannover 2018, S. 144–166, hier S. 155.

³⁶¹ Ebd., S. 156.

³⁶² Vgl. Krovoza, Alfred: Die Bedeutung des Psychologischen Seminars der TH/TU für die Revolte in Hannover, in: Weiberg, Gerd/Mechler, Wolf-Dieter (Hrsg.): Ansichten der Revolte. Hannover 1967–1969, Hannover 2018, S. 365–377.

ten.“³⁶³ Der Austausch zwischen bündnisorientierten Studenten und eher gemäßigtem SDS, städtischen SPD-Funktionären, Gewerkschaften und auch Schülern war eng. Insofern waren die Hannoverschen „68er“ besser vernetzt und weniger isoliert als ihre Pendants in manch anderer Universitätsstadt der damaligen Bundesrepublik.³⁶⁴ Die Zeit war gekennzeichnet von „einer öffentlichen Präsenz von Gewerkschaften und einer wichtigen linkssozialistisch-undogmatischen Unterströmung in SPD und Gewerkschaften“ sowie durch „eine theoretisch hinter den Berliner und Frankfurter Zentren eher zurückbleibende, aber politisch-moralisch und praktisch rege Studentenbewegung“.³⁶⁵ Dass sich die örtliche Sektion des SDS hier von Anfang an über den Campus der TH hinaus vernetzte,³⁶⁶ war andererseits aber auch Resultat der Mobilisierungsresistenz der mehrheitlichen, technisch-naturwissenschaftlichen Teile der Universität.³⁶⁷ Die Gesellschaftsdiagnosen der Soziologen und Sozialpsychologen waren im Hinblick der lokalen „deutlich technisch“ geprägten Universität „nicht immer leicht zu vermitteln“.³⁶⁸

Genau hier, in der durch eine vernetzte Zivilgesellschaftlichkeit gestützten und auf bereits vorhandene gegenkulturelle Strömungen aufsetzenden studentischen Mobilisierung, liegt die Spezifik des Hannoverschen „1968“. Hannover war keine Hochburg der „68er“, vielmehr han-

delte es sich hier um eine zwar überlokal inspirierte, zahlreiche Protestepisoden ebenso wie andere Universitätsstädte durchlaufende, aber lokalspezifisch bündnisstarke Bewegung. Freilich durchzuckten allgemeine bundesweite Impulse auch die Hannoverschen Aktivisten. Zudem war Hannover sogar Schauplatz zeithistorischer Ereignisse: Die als besonderes Zäsurereignis der Studentenbewegung von '68 bekannte Erschießung Benno Ohnesorgs am 2. Juni 1967 mitsamt der darauffolgenden Konfrontationsdynamik zwischen Studentenbewegung und bürgerlicher Öffentlichkeit fiel hier besonders bedeutsam aus, da Ohnesorg, seines Zeichens gebürtiger Hannoveraner, wenige Tage nach dem 2. Juni in seiner Heimatstadt beigesetzt wurde – unter Begleitung eines 7.000-köpfigen Trauerzuges inklusive ca. 2.000 eigens angereister West-Berliner aus dem SDS-Umfeld.³⁶⁹ Am Abend fanden sich 5.000 Teilnehmer in einer vom AstA der TH Hannover gemieteten Stadionsporthalle zu einem Kongress über die „Bedingungen und Organisation des Widerstandes“ zusammen, auf welchem u. a. die berühmt gewordene Auseinandersetzung zwischen Rudi Dutschke und Jürgen Habermas über die praktischen Implikationen voluntaristischer Aktionsformen stattfand.³⁷⁰ Nach dem Dutschke-Attentat 1968 kam es auch in Hannover zu teils heftigen Zusammenstößen zwischen spürbar radikalisierten Demonstranten und kaum minder militant agierenden Polizeikräften.³⁷¹ Doch in der Vogelschau des historischen Rückblicks ist in erster Linie die rasche Institutionalisierung der Studentenbewegung augenfäl-

363 Kruse, Wilfried/Lichte, Rainer: Eine besondere Hannoversche Geschichte von Nähe und Distanz: Gewerkschaftler, Studenten und eine „Fakultät der gefährlichen Möglichkeiten“, in: Weiberg, Gerd/Mechler, Wolf-Dieter (Hrsg.): Ansichten der Revolte. Hannover 1967–1969, Hannover 2018, S. 351–363, hier S. 351.

364 Vgl. Gauer/Mechler/Weiberg: Vorwort, S. 5.

365 Kruse/Lichte: Eine besondere Hannoversche Geschichte, S. 356.

366 Vgl. Roßmann: Mein Engagement, S. 24 f.

367 Vgl. Krovzo: Die Bedeutung des Psychologischen Seminars, S. 372.

368 Berlitz, Anna Christina: Notstandskampagne und Roter Punkt. Die Studentenbewegung in Hannover 1967–1969, Bielefeld 2007, S. 24.

369 Vgl. Mechler, Wolf-Dieter: Freies Geleit für den Trauerkonvoi – Ein antiautoritärer Coup. Die Überführung des Leichnams von Benno Ohnesorg am 8. Juni 1967 von Westberlin durch die DDR nach Hannover, in: Weiberg, Gerd/Mechler, Wolf-Dieter (Hrsg.): Ansichten der Revolte. Hannover 1967–1969, Hannover 2018, S. 119–132.

370 Vgl. Berlitz: Notstandskampagne und Roter Punkt, S. 125–128 sowie Kongress Hochschule und Demokratie 1967 in Hannover: Bedingungen und Organisation des Widerstandes. Der Kongreß in Hannover. Protokolle, Flugblätter, Resolutionen, Berlin 1967.

371 Vgl. Weiberg: Demonstrationen und andere Ereignisse, S. 221.

lig. Schon 1967 und 1968 begann sich die Bewegung von der Universität abzulösen und mündete in eine Vielfalt gegenkultureller Gesellungsformen ein, etwa in Gestalt des politischen, intellektuellen und kulturellen Sammelbeckens „Club Voltaire“,³⁷² der Kommunen in Nordstadt, List und Linden,³⁷³ der zahlreichen Kinderläden im Stadtgebiet³⁷⁴ oder eben der multilokalen Jugendzentrumsbewegung (vgl. Kapitel 3.1 dieser Studie).

Dem tut keinen Abbruch, dass manche dieser zunächst offenen und integrativen Plattformen über weltanschauliche und politische Grundsatzkonflikte, welche zumeist der SDS mit anderen Gruppierungen wie den kaderkommunistischen DKP-Anhängern ausfocht, zerbrachen; so löste sich beispielsweise der Club Voltaire schon 1968 selbst auf.³⁷⁵ Und sicher führte die zunehmend konfrontative Haltung der enrasierten Studenten schließlich sogar zum Bruch mit einstigen Patronen wie Peter von Oertzen und Hans Mayer.³⁷⁶ Doch den Zenit der hiesigen Studentenbewegung bildeten weder gravitatische Auseinandersetzungen über Fragen von Theorie und Praxis nach dem Muster des „Theorietanks am Main“³⁷⁷ noch aufsehenerregende Mobilisierungsspitzen nach dem Vorbild der „Aktionshauptstadt an der Spree“³⁷⁸ – sondern die vonseiten der ansässigen Bevölkerung breit unterstützte „Aktion Ro-

ter Punkt“.³⁷⁹ Als am 1. Juni 1969 die Fahrpreise der damals privaten Hannoverschen Verkehrsbetriebe (ÜSTRA) zum Verdruss vieler Bürger erhöht wurden, protestierten zunächst Schüler und Studenten in Form von gezieltem Schwarzfahren, Streckenabschnittsblockaden und Demonstrationen gegen diesen Schritt.³⁸⁰ In den folgenden Tagen entfaltete sich dann eine beispiellose Dynamik: Auf der einen Seite setzten die harsch agierenden Polizeikräfte Schlagstöcke und Wasserwerfer ein, um die Proteste zu zerstreuen, auf der andere Seite aber schlossen sich mehr und mehr ältere Bürger solidarisch den Aktivisten an.³⁸¹ Autofahrer folgten dem Aufruf, mittels eines namensgebenden roten Punktes am Wagen – vormals eigentlich linkssozialistisches bzw. kommunistisches „Signal der Selbsthilfe unter Genossen“³⁸² – die Bereitschaft zur Mitnahme interessierter Mitfahrer zu erklären und so selbstorganisierte Fahrgemeinschaften zu bilden. Ein signifikanter Teil der Stadtgesellschaft eroberte so in euphorischer Aufbruchsstimmung den öffentlichen Raum:

„Elf Tage lang war Hannover bei schönstem Spätfrühlingswetter geprägt von einem Lebensgefühl, das sonst allenfalls in südlichen Ländern anzutreffen ist. Tausende Demonstranten eroberten Straßen und Plätze der Hannoverschen Innenstadt für sich und funktionierten sie um [...] in Bühnen und Debattierklubs unter freiem Him-

³⁷² Vgl. Berlitz: Notstandskampagne und Roter Punkt, S. 55.

³⁷³ Vgl. Laueremann, Manfred: Die „Pravus-Presse“ – Hannovers erste Kommune, in: Weiberg, Gerd/Mechler, Wolf-Dieter (Hrsg.): Ansichten der Revolte. Hannover 1967–1969, Hannover 2018, S. 281–286.

³⁷⁴ Vgl. Geiling: Das andere Hannover, S. 144.

³⁷⁵ Vgl. Berlitz: Notstandskampagne und Roter Punkt, S. 58–60.

³⁷⁶ Vgl. Weiberg: Demonstrationen und andere Ereignisse, S. 235.

³⁷⁷ Vgl. Leggewie, Claus: 50 Jahre '68. Köln und seine Protestgeschichte, Köln 2018, S. 13.

³⁷⁸ Ebd.

³⁷⁹ Vgl. Peter, Gerd: Zwischen neuem Rathaus, Leineschloss und Georgstraße, in: Hüfner, Agnes/Peter, Gerd/Schütt, Peter: Aktion Roter Punkt. Hannoveraner Chronik. Interviews, Analysen, Dokumente, München 1969, S. 62–93.

³⁸⁰ Vgl. ebd., S. 62.

³⁸¹ Mechler, Wolf-Dieter: Heiße Tage im Juni. Die Rote-Punkt-Aktion 1969, in: Weiberg, Gerd/Mechler, Wolf-Dieter (Hrsg.): Ansichten der Revolte. Hannover 1967–1969, Hannover 2018, S. 253–278, hier S. 255–260.

³⁸² Diemer, Alfons/Krovoza, Alfred: Hannover, in: SDS Hannover, Heidelberg BV (Hrsg.): Straßenbahnaktionen '69, München 1969, S. 4–34, hier S. 6.

mel, frei auch von Ordnungshütern und anderen Vertretern der Staatsgewalt.“³⁸³

Bald darauf eigneten sich auch die Hannoverschen Gewerkschaften den Protest an und am 12. Juni schließlich erfasste die Solidarisierungswelle sogar die SPD-dominierte Stadtverwaltung und den Stadtrat, welche die Aktion mit Lautsprecherwagen bewerben und eigens 50.000 rote Punkte drucken ließ.³⁸⁴ Bezeichnenderweise wurde dieses an eine Volkserhebung erinnernde breite Einverständnis ausgerechnet vom lokalen SDS kritisiert, welcher sich mit seiner Mahnung an konkrete politische Perspektiven gegen die drohende inhaltliche Beliebigkeit der Aktion Roter Punkt wandte.³⁸⁵ Als der sich ursprünglich als Avantgarde der Studentenbewegung verstehende Bund am 16. Juni aus dem Aktionsbündnis ausstieg, war er in Hannover schon weitgehend isoliert – bereits in den Monaten davor war es wiederholt zu Auseinandersetzungen zwischen den erkennbar radikalisierten, auf die revolutionäre Perspektive pochenden SDS-Studenten und der bündnisorientierten Mehrheit der lokalen Studentenbewegung sowie der Stadtbevölkerung gekommen.³⁸⁶ Die Aktion Roter Punkt verdeutlicht demgegenüber, dass die Hannoverschen „68er“ als Sammelbecken und Katalysator gegenkultureller Impulse fungieren konnten und damit – gerade auch im wiederholten Konflikt mit jenen Teilen des Hannoverschen Bürgertums, die sämtlichem Jugend- und Bürgerprotest feindselig gegenüberstanden – erfolgreich Protestmilieus konstituierten, welche sich in den 1970er-Jahren, der Kernphase der Neuen Sozialen Bewegungen, weiter ausdifferenzieren sollten:

„Die sich dem sozialen und politischen Aufbruch anschließende Phase der Ernüchterung und des roll-backs [sic] wirkte dabei als wichtiger Impuls, der das Entste-

hen neuer sozialer Lebenszusammenhänge und Milieus beeinflusste. Für die Protestgenerationen war damit eine Art der Vergesellschaftung durch die Gegenseite verbunden, die in der Fortsetzung der in den 1970er Jahren zu beobachtenden Aus- und Abgrenzung zur Selbstkonstituierung relativ eigenständiger Milieuzusammenhänge führen sollte.“³⁸⁷

„1968“ verfestigte sich in Hannover also früh als subkulturell breit getragene Lebensstilrevolte, das oppositionelle Potenzial konnte in die Kanäle gegenkultureller Netzwerkstrukturen und Orte fließen. Gerade die ritualisierte Austragung von Konflikten zwischen Mehrheits- und Alternativkultur – aber auch das geschickte Agieren von reformorientierten Politikern und zivilgesellschaftlichen Akteuren wie Peter von Oertzen – haben die Protestszene so gesehen von Anfang an in die Stadt(-teil-)kultur integriert, so dass es zwar vielleicht kein „gelebtes Miteinander“, aber doch ein „gelebtes Nebeneinander“³⁸⁸ von Mehrheitsgesellschaft und gegenkulturellen Akteuren in den Stadtteilen zu geben scheint. Nicht nur wegen der relativ moderaten Haltung der hiesigen „68er“ (im Unterschied zu Berlin oder Frankfurt a. M. setzten sich in Hannover wie gesehen die gemäßigten Teile der Studentenbewegung durch, welche die stärker auf theoretische Disziplin und revolutionäre Praxis zielenden Ansprüche des SDS erfolgreich ablehnten), sondern auch dank des Agierens einschlägiger Netzwerker kam es hier, anders als an vielen Orten linksradikaler Mobilisierung, kaum zur „Walpurgisnacht des kommunistisch-orthodoxen Hexensabbats“³⁸⁹, sondern vielmehr zur Konsolidierung einer studentisch geprägten – zwar konfliktproben, aber doch immer wieder auch bündnisorientierten – Jugend-Subkultur. Dabei spielt sicher ebenfalls eine Rolle, dass es in Hannover keine klar identifizierbare Mehrheitshaltung der Hannoveraner zum Protestge-

³⁸³ Mechler: Heiße Tage im Juni, S. 253.

³⁸⁴ Vgl. ebd., S. 263.

³⁸⁵ Vgl. Diemer/Krovoza: Hannover, S. 8.

³⁸⁶ Vgl. Mechler: Heiße Tage im Juni, S. 267.

³⁸⁷ Geiling: Das andere Hannover, S. 142.

³⁸⁸ Transkript Stadtverwaltung, S. 7, Z. 296–297.

³⁸⁹ Walter, Franz: Rebellen, Propheten und Tabubrecher, S. 94.

schehen gab. Auch ein verbitterter Konflikt mit der lokalen Öffentlichkeit, wie er in Heidelberg bis heute prägend ist,³⁹⁰ blieb aus – Radikalisierung war in Hannover offenbar rasch gleichbedeutend mit Isolierung. Vielmehr fällt eine durchgängige Ambivalenz von kooperierendem bzw. sympathisierendem Bürgertum (das bis heute den potenziell kulturförderlichen respektive politisierungsfähigen „Hefeteig“³⁹¹ der linken Szene schätzt) auf der einen und einem kritischen Bürgertum (welches erkennbar ein Ressentiment gegenüber den vermeintlich renitenten Inzivilen und antibürgerlichen Unruhestiftern pflegt) auf der anderen Seite auf. Einerseits unterstützte ein Teil der Hannoveraner die Aktivisten, schmiedete Bündnisse, solidarisierte sich oder schuf gar aktiv (wie im Falle der Fakultät V) Strukturen zur Erprobung alternativer Lebens- und Lernformen, andererseits ist der verbale Schlagabtausch mit der studentenkritischen, teils gezielt verzerrt berichtenden Lokalpresse unübersehbar.³⁹² Vieles an dieser Ambivalenz und sicher auch der Schärfe der partiellen Konflikte ist dabei wohl auf die soziale Nähe der revoltierenden Studenten zum bürgerlichen Herkunftsmilieu zurückzuführen, welches sie immanent zu kritisieren beanspruchten.³⁹³ Jedenfalls: Ähnlich wie einst das sozialistische Arbeitermilieu wusste sich die Studentenbewegung zu organisieren. Und ähnlich wie jenes setzte sie – wenn auch selbstverständlich deut-

lich weniger hierarchisch – in Hannover eher auf Organisationsdisziplin, Bündnispolitik und Radikalisierungsresistenz als auf den großen, intransigenten, die herrschenden Verhältnisse transzendierenden Entwurf.

Lässt sich diese so skizzierte, in unterschiedlichen gesellschaftshistorischen Kontexten geformte, oppositionelle Traditionslinie Hannovers als Element jener politkulturell tradierten und subkulturell gepflegten gegenkulturellen Sozialmoral auffassen, von welcher auch die heutige linke Szene zehrt? Eine solche Frage wäre nur durch umfänglichere und systematische historiographisch-soziologische Studien zu klären. Doch führt man sich vor Augen, dass oppositionelle Gesellungsformen in Hannover (im 19. Jahrhundert in sozialistischer bzw. sozialdemokratischer, nach 1945 in außerparlamentarischer Gestalt) tendenziell institutionenorientiert, integrativ und vermittelnd agierten, birgt die Vermutung einer langfristigen politisch-kulturellen Prägekraft früherer Konfliktverläufe einige Plausibilität.

3.3 Exkurs: Die Klänge der Stadt – zur Institutionalisierung subkultureller Musikstile am Beispiel Hannovers

Die in den fünfziger Jahren einsetzende Lebensstilrevolution der Bundesrepublik, die sich auch in den folgenden Jahrzehnten noch in der Herausbildung jugendkultureller Milieus zeitigte, lässt sich insbesondere anhand kontemporärer Erscheinungsformen von Musik erkennen und nachvollziehen. Denn diese wurden als freizeitliche Konsumgüter zum festen Bestandteil der „Erlebnis- und Gefühlswelt ihrer Rezipienten“³⁹⁴ und somit auch der sozialen wie politischen Selbstverortung. Am Beispiel des Jazz und des Rock’n’Rolls³⁹⁵ soll für Hannover nach-

³⁹⁰ Vgl. Nagel, Katja: Die Provinz in Bewegung. Studentenunruhen in Heidelberg 1967–1973. Buchreihe der Stadt Heidelberg, Bd. XIII, Heidelberg – Ubstadt-Weiher – Neustadt a. d. W. – Basel 2009, S. 8.

³⁹¹ „Also G20 und andere Themen, wie sag ich mal, Friday for Future, ähm, was globale Themen sind und von daher viel mehr Leute auch angeht, da traue ich diesem Milieu immer noch ‘ne Mitsprache zu. Und auch so ‘n Hefeteigelement, ne, einfach aus emotionaler Power heraus, ne? Die sie ja haben, ne?“ Transkript Kulturveranstalter, S. 43 f., Z. 2148–2152.

³⁹² Vgl. Brinkmann, Jan: Die Berichterstattung der Hannoverschen Zeitungen, in: Weiberg, Gerd/Mechler, Wolf-Dieter (Hrsg.): Ansichten der Revolte. Hannover 1967–1969, Hannover 2018, S. 197–209.

³⁹³ Vgl. Geiling: Das andere Hannover, S. 118.

³⁹⁴ Dollase, Rainer/Rüsenberg, Michael/Stollenwerk, Hans: Das Jazzpublikum – Zur Sozialpsychologie einer kulturellen Minderheit, Mainz 1978, S. 99.

³⁹⁵ Eine distinkte Genrebeschreibung nach musikwissenschaftlichen Standards kann hier nicht erfolgen. Für

vollzogen werden, wie die anfänglich jugendkulturell geprägte Rezeption als „Lebensweise“³⁹⁶ sukzessive einer breiteren Stadtgesellschaft zugänglich gemacht wurde. Einerseits walteten hier die stadtpolitischen Maßnahmen der „hegemonialen“ SPD (siehe Kapitel 2 dieser Studie), andererseits waren es die kulturellen Zentren mit musikalischen Konsumangeboten selbst, denen lokale Beobachter gar die Fähigkeit attestieren, „Magnetfunktionen“³⁹⁷ zu erfüllen. Ebenjene Orte der musikalischen Rezeption sind auch im Fall Hannovers, wie sich zeigen wird, unübersehbar mit politischen Akteuren verbunden. Wie der Jazz schließlich einerseits zu einem stadtkulturellen Klangkörper der sozialdemokratischen Mehrheitsgesellschaft gestimmt wurde, so waren andererseits die sich links der SPD verortenden Subkulturen auf die Darbietung populärer Rockmusik bedacht. Orte der musikalischen Rezeption werden hier sowohl für die Mehrheitsgesellschaft als auch für alternative Szenestrukturen zu einem konstitutiven sowie stabilisierenden Faktor ihrer Lebensweisen.

Um die politische Dimension der musikalischen, gegenkulturellen Freizeitgestaltung erfassen zu können, ist es zunächst notwendig, sich den zeithistorischen Kontext des Sattelkonflikts der 1950er-Jahre zu vergegenwärtigen. Der sich im Wiederaufbau befindenden Nachkriegsgesellschaft mangelte es neben Nahrung und Wohnraum zunächst an grundlegenden Strukturen und allgemeinverbindlichen Perspektiven. Besonders für Kinder und Jugendliche – abgesehen von der Beteiligung an der „Existenzsicherung der Familie [...]“ – eröffnete sich ein nicht

länger durch Hitlerjugend (HJ) und Bund Deutscher Mädel (BDM) getaktetes alltägliches Leben als scheinbar grenzenloses Experimentierfeld.³⁹⁸ Die zunehmende, alle Lebensbereiche umfassende Westbindung der jungen Bundesrepublik sorgte schließlich für mehr Wohlstand und Wirtschaftswachstum.³⁹⁹ Hierdurch wurden gesellschaftliche und persönliche Potenziale freigesetzt. Zum einen konnte sich die Elterngeneration durch ein gesichertes Einkommen wieder vermehrt dem umhertollenden Nachwuchs widmen, sodass auch eine pflichtbewusste und autoritätsgläubige Erziehung wieder gesamtgesellschaftlich wirksam wurde. Zum anderen verschaffte der wirtschaftliche Aufschwung auch einem Großteil der Jugendlichen Arbeit, wohingegen nur die Minderheit ein Gymnasium oder gar eine Universität besuchte.⁴⁰⁰ Dementsprechend verfügten auch die Jugendlichen über verhältnismäßig große Kaufkraft, was sie wiederum als Zielgruppe für eine aufkommende Kultur- und Freizeitindustrie prädestinierte.⁴⁰¹

Wenngleich sich die Freizeitaktivitäten wie etwa das Radiohören anfangs noch im häuslichen und familiären Kontext abspielten, schuf die boomende Freizeitindustrie kontinuierlich neue Räume fernab des elterlich beaufsichtigten Raums und Geschmacks.⁴⁰² Die bundesweit in Cafés neu installierten Jukeboxen mit Münzeinwurf spielten vor allem Jazz und Rock'n'Roll – Symbole jenes verheißungsvollen *American way of life*, der viele Jugendliche, die um 1940 geboren wurden, in seinen Bann zog und als „Instrument kultureller Befreiung“ stilisiert wurde.⁴⁰³ Diese neuen Möglichkeiten der jugendlichen

unseren Gegenstand orientieren wir uns an den Narrativen der Experteninterviews. Diese sind daher als musikalische Erscheinungen zu verstehen, die sich an Jazz beziehungsweise an Rock'n'Roll orientieren.

³⁹⁶ Der Begriff „Lebensweise“ wird in Anlehnung an Karl Rohe verstanden, nach dessen Verständnis diese regelt, „was man ‚tun‘ oder unterlassen muß, wenn man nicht mit sozialen Sanktionen rechnen will“. Ihre Institutionalisierung nimmt durchaus große Zeitspannen in Anspruch. S. dazu Rohe: Wahlen und Wählertraditionen, S. 18.

³⁹⁷ Transkript Sozialwissenschaft, S. 14, Z. 441.

³⁹⁸ Kurme, Sebastian: Halbstarke: Jugendproteste in den 1950er Jahren in Deutschland und den USA, Frankfurt/New York 2006, S. 325.

³⁹⁹ Vgl. ebd., S. 71 f.

⁴⁰⁰ Vgl. ebd., S. 96.

⁴⁰¹ Vgl. ebd., S. 98 f.

⁴⁰² Vgl. ebd., S. 101.

⁴⁰³ Schildt, Axel: Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90, München 2007, S. 29.

Freizeitgestaltung erwiesen sich als unvereinbar mit den „Autoritätsansprüchen“ der Elterngeneration und dem mehr oder weniger latenten „Anti-Amerikanismus und Anti-Materialismus“⁴⁰⁴ der nachkriegsdeutschen Bürgerlichkeit.

So bahnte sich auch in Hannover in Form der „Halbstarkenproteste“⁴⁰⁵ ein Generationenkonflikt an, im Zuge dessen zunächst „konservative Kulturkritiker und Bildungsbürgertum“⁴⁰⁶ das aufmüpfige Verhalten der Jugendlichen kriminalisierten, da sie ihre Vorstellung der Leitkultur bedroht sahen. Zumeist handelte es sich bei den devianten Provokateuren um junge Männer aus dem Arbeitermilieu, die durch „Auftreten in Gruppen, lautstarkes Mopedfahren, Belästigen von Passanten, Provozieren von Autofahrern, Beleidigungen und Gewaltandrohungen gegenüber Polizeibeamten“⁴⁰⁷ für Irritationen des öffentlichen Lebens sorgten. Rückblickend wurde dies als Protest gegen die zunehmende gesellschaftliche Degradierung von Körperlichkeit diskutiert, wobei die musikalischen Kulturimporte Jazz und Rock’n’Roll und ihre „expressiv-ekstatische[n] Tanzstile“⁴⁰⁸ eine verteidigende Wiederentdeckung des Körperbewusstseins noch befeuerten. Zeitgenössische Kritiker hingegen störten sich am vermeintlich „normbrechende[n] unmittelbare[n] Körperbezug“ und an den „eindeutig sexuellen Komponenten“.⁴⁰⁹ Ferner wurde gefürchtet, dass

„[...] der dazugehörige Tanzstil, bei dem der Mann nicht zwangsläufig und automatisch die Frau zu führen hatte, eine potentielle Veränderung und möglicherweise gar eine Umkehrung der Geschlechterrollen“⁴¹⁰

mit sich bringen könnte.

In der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre verschob sich die öffentliche Einschätzung der rebellischen Jugend von einer Kriminalisierung hin zu einer Psychologisierung. Immer weniger war von einer Bedrohung der öffentlichen Ordnung die Rede, da man das abweichende Verhalten als „normale“ Durchgangsphase zum Erwachsenenendasein betrachtete, das nur richtig „kanalisiert“⁴¹¹ werden müsse. Dies fügt sich in einen allgemeinen Liberalisierungstrend des bundesdeutschen Parteiensystems in den 50ern, – symbolisiert beispielsweise durch das Godesberger Programm der SPD (siehe Kapitel 2.2) – der sowohl den konservativen als auch den marxistischen Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung schmälerte.⁴¹²

Wenn man sich auch im hochkulturellen Etablisement Hannovers weiterhin uneins war, ob der amerikanische Jazz nun als reine „Unterhaltungsmusik ohne erzieherischen Wert“ oder als ernsthaftes Kulturgut zu deuten sei,⁴¹³ entfaltete sich zeitgleich der Pragmatismus der neuen SPD-Parteifunktionäre. So wagte der Dezernent Heinz Lauenroth jenen Versuch einer Kanalisierung des jugendlichen Aufbegehrens, indem er etwa den „Bau des ersten Freizeitheimes in Linden“⁴¹⁴ anordnete. Jene entstehenden Freiräume für Jugendliche gingen auch einher mit einer allgemeinen öffentlichen Befürwortung des Konsums der entsprechenden Musikstile auf Grundlage eines utilitaristischen Mittelweges: Denn die zeitgenössische Erziehungswissenschaft sprach diesen Genres – ungeachtet einer ästhetischen Positionierung – eine Absorptionsfunktion zu, die aus den meist männlichen Konsumenten

⁴⁰⁴ Kurme, S. 292.

⁴⁰⁵ Geiling: Das andere Hannover, S. 45.

⁴⁰⁶ Kurme, S. 14.

⁴⁰⁷ Geiling: Das andere Hannover, S. 45.

⁴⁰⁸ Ebd., S. 63 f.

⁴⁰⁹ Kurme, S. 292.

⁴¹⁰ Ebd., S. 205.

⁴¹¹ Vgl. ebd., S. 110.

⁴¹² Vgl. ebd.

⁴¹³ So widersprachen sich die Führung der Niedersächsischen Hochschule für Musik und Theater und der musikalische Leiter des Landestheater Hannover in ihren Beurteilungen des Jazz. Vgl. hierzu: Erstmann, Vanessa: Hannover. Die heimliche Hauptstadt des Jazz – Eine Reise durch das Hannoversche Zeitalter des Jazz anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des Jazz Clubs Hannover, Hannover 2016, S. 21.

⁴¹⁴ Geiling: Das andere Hannover, S. 80.

„gute Väter, Arbeitnehmer und Verteidiger der Nation“⁴¹⁵ schaffe, wenn ihre Triebe mittels Musikrezeption befriedigt würden. Mindestens beanspruchten Hannovers Fachexperten mit dem 1961 in Linden eröffneten Freizeitheim aber, die „Jugendlichen ‚von der Straße‘ [zu] holen“ und ihr alltägliches Leben auch fernab der Schule und Arbeit „sinnvoll“ und den „gesellschaftlichen Leistungsanforderungen gemäß“⁴¹⁶ auszurichten.

Dass die verschiedenen Jugendgruppen jedoch unterschiedlich stark ausgeprägte Abgrenzungsbedürfnisse pflegten – und die städtischen Lokalpolitiker dieses Phänomen zunächst nur unzureichend zu fassen vermochten –, zeigt der Konflikt innerhalb eines anderen populären Freizeitheims. Das schon länger als Vorzeigebjekt gehandelte „Haus der Jugend“ in der Südstadt adressierte hauptsächlich „Kinder und Jugendliche aus den sozialen Mittelschichten“⁴¹⁷, denen keine maßgebliche Teilhabe an den „Halbstarckenprotesten“ nachgesagt werden konnte, da der harte Kern der auffälligen Jugendlichen, wie bereits dargelegt, der Arbeiterschicht entsprang. So verwundert es nicht, dass dort aufschlagende Arbeiterjugendliche an Abenden, „[w]o alle irgendwie noch brav gescheitelt [...] sich zum Tanzcafé getroffen haben“⁴¹⁸, nicht wirklich ins Bild passeten und dementsprechend negativ auffielen. Daher musste der Versuch der städtischen Kulturplaner die konkurrierenden Jugendkulturen sowie die aufblühende Jazzszene im Haus der Jugend anzusiedeln, scheitern, „[...] weil es dort zu laut wurde“.⁴¹⁹

Ein Jazzler jener Zeit beschreibt die Schwierigkeiten wie folgt:

„Zu der damaligen Zeit war es nicht einfach, geeignete Räumlichkeiten für die Proben zu bekommen. Die Abneigung gegen Jazz war sehr häufig zu spüren. [...] Wir probten in Kneipen und Kellerräumen, in der Aula einer Schule [...] und sogar in den elterlichen Wohnungen zum Leidwesen der Familienangehörigen, ganz zu schweigen von den Reaktionen der Nachbarn.“⁴²⁰

Jene, die den Jazz hören und spielen wollten, wurden schließlich in den Örtlichkeiten am „Lindener Berg“⁴²¹ versammelt, wo organisierte Abende der DGB-Jugend auch „ohne Krawattenzwang“ stattfanden. Viele der Jungsozialisten waren derart engagiert, dass sie schon bald den Keller des Jugendheims am Lindener Berg eigenhändig zu einem Jazzclub umbauten. Diese Ambitionen wurden durch das Jugenddezernat gelobt und sogar durch „städtische Mittel“⁴²² finanziert, sodass ein Ort entstehen konnte, an dem „[...] junge Menschen miteinander spielen und arbeiten, ja, die Trennungslinie zwischen Spiel und Arbeit gar nicht sehen, nicht aufs lausige Geld schauen, mit Hingabe und Begeisterung dabei“⁴²³ waren. Schon bald sollte diese neue Politik der Jugend- und Freizeitorganisation ihre Früchte tragen, welche die Stadt wiederum für sich zu vermarkten verstand.

⁴¹⁵ Poiger, Ute: Jazz, Rock and Rebels – Cold war politics and American Culture in a Divided Germany, Berkeley/Los Angeles/London 2000, S. 115 f.

⁴¹⁶ Geiling: Das andere Hannover, S. 81 f.

⁴¹⁷ Ebd., S. 83.

⁴¹⁸ Transkript Journalismus, S. 4, Z. 135 f.

⁴¹⁹ So beschrieb es Bernd Strauch, ehemaliger Bürgermeister und Vorsitzender des Jazz Club Hannover e. V., s. Wende, Karsten/Schulze, Jens-Christian: „Ein wertvolles Stück Kultur in Hannover“ – 45 Jahre Jazz Club Hannover“, in: Jazz Over Hannover, 05.11.2012, URL: <https://www.jazz-over-hannover.de/news/ein-wertvolles-stueck-kultur-hannover-45-jah>

re-jazz-club-hannover/ [zuletzt abgerufen am 15.05.2021].

Geiling: Das andere Hannover, S. 83.

⁴²⁰ Evertz, Gerhard: Jazz für wenig Gage, in: Ders. (Hrsg.): Ein Club macht Jazz – 25 Jahre JAZZCLUB Hannover, Hannover 1991, S. 107–122, hier S. 110.

⁴²¹ Geiling: Das andere Hannover, S. 83.

⁴²² Erstmann: Die heimliche Hauptstadt des Jazz, S. 28.

⁴²³ So schon der fast wehmütig anklingende Rückblick eines späteren Hochschullehrers für die Fächer Klavier und Jazz. S. Klose, Johannes: SCHON IN DER JUGEND REIFT DIE HINGABE HERAN, in: Evertz, Gerd (Hrsg.): Ein Club macht Jazz – 25 Jahre JAZZCLUB Hannover, Hannover 1991, S. 103–105, hier S. 104.

Hierfür musste der Jazz jedoch erst zu seiner breitenwirksamen Wertschätzung in der Bundesrepublik finden.

Denn zunächst bereitete jener wilde und körperliche Aspekt der arbeiterjugendlichen Jazzrezeption den wohlstuierten Jazzenthusiasten ein unangenehmes Pfeifen in den Ohren. Tatsächlich entfaltete sich an solchen Szenetreffpunkten vielerorts ein Trend, der neue „Formen der Rezeption [und] der musikalischen Praxis“⁴²⁴ hervorbrachte: Immer häufiger wurden in sogenannten „Skiffle-Bands“ – auch in Hannover bildeten sich überregional populäre Konstellationen⁴²⁵ – die musikalischen Kulturimporte aus den Staaten imitiert und nach eigenem Gutdünken interpretiert, „wobei instrumentelle Kunstfertigkeit hinter Tatendrang zurückstand“⁴²⁶. Hier wurden bereits Elemente der „Populärmusik“⁴²⁷ vorbereitet und eingeübt, die im Massenphänomen der Beatmusik aufgehen und den Jazz von den Bühnen der weiterhin tanzlustigen Jugend verdrängen sowie die musikalischen Relevanzen der 1960er- und 1970er-Jahre bedingen sollte.

Die Verbreitung jazzverwandter Populärmusik eröffnete aber auch einen Distinktionsprozess, der eine Grenze zog zwischen vermeintlich wahrem und laienhaftem Jazz beziehungsweise Rock’n’Roll. Diese differenzierte Betrachtung sollte es der Mehrheitsgesellschaft erlauben, den ersteren als eine Ausdrucksweise bürgerlich-liberaler Hochkultur zu implementieren. Für den lokalen Kontext in Hannover war Dietrich Schulz-Köhn maßgeblich an der Etablierung einer entsprechend ansehnlichen Jazzerszene im sogenannten „hot club hannover“ beteiligt, noch bevor Jungsozialisten im Keller am Lindener Berge

zu werkeln begannen.⁴²⁸ Seine persönliche Begeisterung für den Jazz überlebte zunächst und florierte später, indem er während der NS-Zeit zum Oberstleutnant der Luftwaffe und anschließend in der Bundesrepublik zu einem der bedeutendsten Jazzautoren avancierte. In seinem Verständnis handelte es sich beim Jazz um ein würdiges Genre, da dieses seine „afroamerikanischen Ursprünge transzendiert“ habe.⁴²⁹ Bemerkenswert ist hierbei, dass jene proletarische Jazzrezeption gar eines protofaschistischen Verhaltens bezichtigt wurde, obwohl es, insbesondere auch in Hannovers traditionellem Arbeiterstadtteil Linden, swing- und jazzbegeisterte Arbeiterjugendliche waren, die sich dem Gleichschritt der HJ und des BDM widersetzen und zu hunderten in die Konzentrationslager Moringen und Uckermark deportiert wurden.⁴³⁰

Ein Passieren solch ideeller Fahrwässer wurde offenbar in Kauf genommen, um eine breitenwirksame Wertschätzung des Jazz in der Bundesrepublik zu erreichen, die es erlaubte, das Genre als Ikone westlicher Werte wie Modernität, Pluralität und Toleranz zu stilisieren. Auf diese Form der Imagepflege wussten bekanntlich viele bundesdeutsche Politiker zu setzen: Ein rauchender Willy Brandt beispielsweise ließ sich neben einem „bratwurstessenden“⁴³¹ Louis Armstrong ablichten, wobei die Zigarette den Jazzmusiker, die Bratwurst die deutsche Kulturtradition und deren Melange in vertauschten Rollen wohl ebenjene jugendliche Modernität der SPD symbolisieren sollten. Damit einher ging jedoch der Verlust des provokativen Elements sowie des subkulturellen Alleinstellungsmerkmals: „Jazz, in order to be acceptable had to be ‚deracialized‘ and even ‚whitened‘: [J]azz also needed to be ‚desexuali-

⁴²⁴ Siegfried, Detlef: Time Is on My Side – Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre, Göttingen 2006, S. 109.

⁴²⁵ Vgl. hierzu Blazek, Matthias: Das niedersächsische Bandkompendium 1963–2003 – Daten und Fakten von 100 Rockgruppen aus Niedersachsen, Celle 2006.

⁴²⁶ Siegfried, S. 109.

⁴²⁷ Ebd., S. 113.

⁴²⁸ Vgl. Baumeister, Wilhelm: DIE 50ER JAHRE, in: Evertz, Gerhard (Hrsg.): Ein Club macht Jazz – 25 Jahre JAZZ-CLUB Hannover, Hannover 1991, S. 127–129, hier S. 127.

⁴²⁹ Poiger, S. 165.

⁴³⁰ Vgl. Klönne, Arno: Jugend im Dritten Reich: die Hitler-Jugend und ihre Gegner. Dokumente und Analysen, Köln 1982, S. 246.

⁴³¹ Poiger, S. 167.

zed' before it could become respectable.⁴³² Dies bedeutet selbstverständlich nicht, dass lediglich Bürgerliche Jazz spielten, Arbeiter ausgeschlossen waren oder dass man POCs⁴³³ nicht auftreten ließ – ganz im Gegenteil. Man wusste insbesondere in Hannover den Jazz als ein Aushängeschild für Modernität und Liberalität zu nutzen, die ein neues Verständnis von städtischer Öffentlichkeit grundlegend bedingten.⁴³⁴

Im Jahr 1966 wurde schließlich der Jazz Club Hannover e. V. gegründet – bis heute besteht der Verein in dieser Form – und nur zwei Jahre später übernahm Mike Gehrke, genannt „Mr. Jazz“, den Vorsitz des Clubs, dessen Wirken die Jazz-Szene Hannovers vor dem Hintergrund der gesamtgesellschaftlich zunehmenden Wertschätzung des Genres in beachtlicher Weise professionalisierte. Gehrke, der sich einer Verbreitung des Jazz verschrieben hatte, gelang es in kürzester Zeit ein Netzwerk gegenseitiger Gefälligkeiten mit der „lokalen Presse [...] und Kulturinstitutionen“ einzurichten, welches ein Tauschgeschäft bestehend aus von Gehrke verfassten Musikrezensionen für die Zeitungen und von den Zeitungen lancierte Berichterstattungen über den Jazzclub ermöglichte.⁴³⁵ Kooperiert wurde zudem mit dem „Kulturamt, Institut Français, Amerikahaus [und der] Staatlichen Hochschule für Musik und Theater“⁴³⁶, deren Führung sich dem Jazz nicht länger verweigern konnte, wie es in den 1950er-Jahren noch der Fall war (siehe oben) und 1985 so-

gar einen eigenständigen Studiengang für Jazz einführte.⁴³⁷

Die steigende Popularität des Jazz Clubs war hierbei jedoch schon bald nicht mehr von einer steigenden Popularität der Person Gehrke zu unterscheiden. Jener Umstand wird von der Tatsache unterstrichen, dass die Stadtregierung 1972 den Vorsitzenden des Jazz Clubs e. V. für ihre Imagepflege installierte,⁴³⁸ wodurch nicht nur der Institutionalisierung der Jazz-Szene Vorschub geleistet, sondern auch dem Hannoverschen Großstadtleben ein lebendig schrilles Timbre verliehen wurde. In diesem Kontext entstanden etwa das „Straßenkunstprogramm“, das „Altstadtfest“ und auch die anfänglich polarisierenden Nana-Skulpturen am Leineufer.⁴³⁹ Aufgrund dieser stetig enger werdenden Verbindung zwischen Lokalpolitik und Kulturschaffenden verblüfft es nicht, dass die Wände des Jazzclubs am Lindener Berg, die Wahlplakate des SPD-Bundestagswahlkampfes 1969 und sämtliche Innovationsbaustellen der Stadt in ein und demselben Orange angestrichen wurden, das abermals für „Jugendlichkeit“ und „Modernität“ stehen sollte.⁴⁴⁰

„Die beiden Betätigungsfelder Gehrkes – Imagewerbung und Jazzförderung [...]“ – verschmolzen schließlich in der Etablierung sich jährlich wiederholender Großevents wie „Jazztage Hannover“ oder „Swinging Hannover“, die bis zu 30.000 Zuschauer anlockten.⁴⁴¹ Nicht nur der „Kulturausschuss der Stadt“, sondern ebenfalls die ortsansässige Wirtschaft finanzierten den niedrig bepreisten, zum Teil gar kostenlosen

⁴³² Ebd.

⁴³³ Das aus dem anglo-amerikanischen Raum stammende Akronym steht für „People of Color“ und wird genutzt, um Personen oder Gruppen zu beschreiben, die Rassismus ausgesetzt sind. Der Begriff wird sowohl aktivistisch als auch wissenschaftlich verwendet.

⁴³⁴ Vgl. Neuffer, Martin: Städte für alle – Entwurf einer Städtepolitik, Hamburg 1970.

⁴³⁵ Zit. nach Erstmann: Die heimliche Hauptstadt des Jazz, S. 37 f.

⁴³⁶ Becher, Peter: MUCKER UND MACHER, in: Evertz, Gerhard (Hrsg.): Ein Club macht Jazz – 25 Jahre JAZZCLUB Hannover, Hannover 1991, S. 99–102, hier S. 99.

⁴³⁷ Ebd., S. 104 f.

⁴³⁸ Vgl. Seegers, Lu: Die farbige Stadt: Image- und Kommunikationspolitik im Hannover der frühen siebziger Jahre, in: Saldern, Adelheid von (Hrsg.): Stadt und Kommunikation in bundesrepublikanischen Umbruchszeiten. Beiträge zur Kommunikationsgeschichte, Bd. 17, Wiesbaden 2006, S. 181–208, hier S. 182.

⁴³⁹ Ebd., S. 197.

⁴⁴⁰ Ebd., S. 185.

⁴⁴¹ Vgl. hierzu: Erstmann: Die heimliche Hauptstadt des Jazz, S. 54 ff.

Eintritt ebendieser Veranstaltungen.⁴⁴² Dollase et al. haben bereits Ende der 1970er darauf hingewiesen, dass sich die staatliche Subventionspolitik in bereitwilliger Regelmäßigkeit an der „Wiederherstellung der Arbeitskraft durch Freude und Entspannung“ beteiligte.⁴⁴³ Doch auch Distinktions- und Differenzierungsbedürfnisse konnten im Verlauf der 1970er-Jahre durch „Initiativen und Vereine“⁴⁴⁴ wie die „Jazzmusiker-Initiative Hannover e. V.“, die Amateur- wie professionelle Musiker vertritt, institutionalisiert werden. So stieg in den achtziger Jahren auch die Zahl der „vereinseingetragenen Musikschulen“, die Jazz gleichermaßen wie klassischen Musikunterricht lehrten.⁴⁴⁵

Darüber hinaus behaupten Dollase et al. gar:

„Alle drei Funktionen [der Musik] (Befriedigungsfunktion, Erholungsfunktion, Differenzierungsfunktion) können hin und wieder so herausgestellt werden, daß sie zur Gewinnung von Wählerstimmen geeignet sind: etwa als Kulturpolitik [...] der Kommunen.“⁴⁴⁶

Wenn man bedenkt, dass sich der ehemalige Oberbürgermeister Schmalstieg in den späten 1980er-Jahren zuweilen höchstpersönlich auf die Suche nach neuen Sponsoren für den Jazz begab,⁴⁴⁷ könnte die in Hannover hegemoniale Sozialdemokratie durchaus als ein diese These bekräftigendes Beispiel gehandelt werden.

Die scheinbar unaufhaltsame Erfolgsschichte des Einflusses der Hannoverschen Jazz-Szene auf die Kulturpolitik der Stadt fand ihren krönenden Abschluss wohl 2014, als Hannover zur „Unesco City of Music“ gekürt wurde, da auch hier der Jazz Club Hannover e. V. das vorangegangene Bewerbungsverfahren „begleitet“ hatte.⁴⁴⁸ Eine die Regel bestätigende Ausnahme ist nur in dem Umstand zu finden, dass der Versuch der Szene um Gehrke, ein Jazz-Museum für Hannover zu realisieren, scheiterte – obwohl der zwischenzeitliche Bürgermeister Bernd Strauch Vorsitzender des hierfür eigens gegründeten Vereins wurde.⁴⁴⁹

So wie die sozialdemokratische Stadtgesellschaft den Jazz in ihr Klangbild zu integrieren verstand, Stadtfeste bespielen ließ oder mit „Swinging Hannover“ gar Massenveranstaltungen des Jazz initiierte, begründete das zunehmend kommerzialisierte Altstadtfest einen „bundesweiten Trend“ der Veranstaltungsindustrie, der auch „Angebote aus der sich weiterentwickelnden ‚alternativen Kunst- und Kulturszene‘“ mit einzuschließen begann.⁴⁵⁰ Es stellt sich demzufolge die Frage, inwiefern das kommerzielle Event – ob nun Jazz-, Rock’n’Roll-, Punk- oder auch Techno-Veranstaltung – ebenso Gegenöffentlichkeiten und Subkulturen als Stabilisierungsfaktor, aber auch Einhegungsfaktor ihrer Szenestrukturen dienen konnte oder wie Dollase es schon 1978 für ein sich als irgendwie links-alternativ einordnendes Jazzpublikum befürchtete: „[...] daß es gesellschaftlich völlig ‚unschädlich‘ wird und sich keine wirkliche politische Aktivität umsetzt, sondern sich im Konzerte-besuchen, Lesen, Debattieren und Diskutieren politischer und kultureller Probleme erschöpfen wird.“⁴⁵¹ Verschiedene Beobachter haben in den von uns durchgeführten Experteninterviews geäußert, dass insbesondere die linksalternativen Zentren „Magnetfunktionen“ erfüllten, indem sie gleichermaßen Orte der musikalischen Darbietung wurden und sich

⁴⁴² So listet Erstmann folgende Unternehmen auf, die sich an der Finanzierung beteiligt haben: „[...] Telefunken, die VHG, die Sparkasse Hannover, die Deutsche Messe AG oder die Toto-Lotto Niedersachsen GmbH [...]“. Ebd., S. 59.

⁴⁴³ Dollase et al.: Das Jazzpublikum, S. 41.

⁴⁴⁴ Klose: SCHON IN DER JUGEND REIFT DIE HINGABE HERAN, S. 104.

⁴⁴⁵ Ebd.

⁴⁴⁶ Ebd.

⁴⁴⁷ Vgl. hierzu Erstmann: Die heimliche Hauptstadt des Jazz, S. 59.

⁴⁴⁸ Ebd., S. 77.

⁴⁴⁹ Ebd., S. 65 ff.

⁴⁵⁰ Seegers, S. 206.

⁴⁵¹ Dollase et al.: Das Jazzpublikum, S. 213.

so auch zu einem gewissen Grad einer „funktionale[n] Konditionierung“ unterworfen.⁴⁵² So bilden sich politisch-kulturell eingehegte Oasen, die aber doch in die Stadtgesellschaft integriert sind, da sie zu kulturellen „Angeboten unter vielen“ wurden, die ihren „Status des Besonderen“ verloren haben.⁴⁵³

Ein Kulturveranstalter, der die 1970er-Jahre Hannovers miterlebt hat, hebt insbesondere die Rolle der „Rockkultur“ hervor: „[...] [O]hne diese Rockkultur wären diese Zentren überhaupt nicht lebendig geblieben, [...] selbst Kornstraße, ohne Diskothek, ohne Live-Auftritt, [...] ohne Punk geht gar nicht, [...] Glocksee ohne Live ... wär das irgend 'n Debattierclub geworden“.⁴⁵⁴ So ist für diese Orte festzustellen: „Die Musik konditioniert einen Kontext“⁴⁵⁵, der die Revolution, Freiheitswünsche und Entgrenzungsbedürfnisse auf das „Wochenende“ datiert, an dem man „tanzt, hört, [...] über die Welt [...] meistens links debattiert“⁴⁵⁶, wobei sich ebenjene Motive der „Besucherschaft“ nicht unbedingt mit denen der „Aktivist/innen“ decken müssen, wie es Templin bereits für die 1970er-Jahre zeigt.⁴⁵⁷

Allerdings fühlen sich seit einigen Jahren einige der Konstrukteure dieses gelebten Traums einer städtischen Gegenwelt in ihren Initiativen durchaus bedroht.⁴⁵⁸ Nicht etwa durch restriktivere Maßnahmen der Politik, sondern durch ein neues Besuchermilieu, das sich dem Errichten einer gemeinsamen Gegenwelt entziehe. Die Gründe hierfür wurden wie folgt in der musikalischen Darbietung verortet: „Elektromusik hört

nicht auf und zwar 72 Stunden“, „die wollen [...] in einen Trance-Zustand sich begeben, nichts mit der Welt zu tun haben“, „wo man nicht da ist, wo man ist, sondern wo man sich im Grunde wegtanzt“⁴⁵⁹. In kulturellen Zentren wie „Kornstraße, Glocksee, Béi Chéz Heinz“⁴⁶⁰ scheint man die Wahrnehmung zu teilen, dass die Verbindung „Linke, linksradikales Milieu, Linksmilieu und Rockkultur [als] Periode“⁴⁶¹ endet und durch das Aufkommen der elektronischen Musik der geteilte Gestaltungswille einer gemeinsamen Gegenwelt abklingt.

Hier lohnt es sich anzuschließen und herauszuarbeiten, ob es sich um einen allgemeinen Generationenkonflikt um linke Lebensweisen handelt, – denn die „Möglichkeit, [...] sich von der konkreten Wirklichkeit zurückzuziehen“, wird streng genommen nicht erst durch die aufkommende Elektromusik realisiert⁴⁶² – oder ob Veränderungen der szenetypischen Partykultur ein gut vernetztes und initiatives „anderes Hannover“ tatsächlich verschwinden lassen, wenn die musikalische Rezeption schon längst als „Fluchtdroge, als unerfülltes und unerfüllbares Versprechen einer besseren Welt“⁴⁶³ reflektiert und auf die utopistische Gestaltung der eigenen Weltflucht entsprechend verzichtet wird.

⁴⁵² Ebd.

⁴⁵³ Transkript Stadtverwaltung, S. 10, Z. 464 ff.

⁴⁵⁴ Transkript Kulturveranstalter, S. 24, Z. 1162–1675.

⁴⁵⁵ Dollase et al., S. 41.

⁴⁵⁶ Transkript Kulturveranstalter, S. 34, Z. 1679–1681.

⁴⁵⁷ Templin, David: Freizeit ohne Kontrollen – Die Jugendzentrumsbewegung in der Bundesrepublik der 1970er Jahre, Göttingen 2015, S. 406.

⁴⁵⁸ Vgl. hierzu Transkript Kulturveranstalter, S. 36, Z. 1772–1778.

⁴⁵⁹ Ebd., S. 37, Z. 1805–1815.

⁴⁶⁰ Ebd., S. 38, Z. 1832.

⁴⁶¹ Ebd., S. 38, Z. 1851–1853.

⁴⁶² Dollase et al., 1978, S. 41.

⁴⁶³ Ebd.

Schluss: Verständigungsräume politisch-kultureller Konfliktlagen in Hannover

Gefragt wurde nach den Spezifika des Hannoverschen linksradikalen Aktivismus unter dem Aspekt seiner Verquickung mit der lokalen politischen Kultur. Beabsichtigt wurde dabei weder eine Kartographierung der aktuellen Szene-Infrastrukturen noch eine Bewertung etwaiger Gefahrenpotenziale; Gegenstand des Interesses waren die historische Genese des Verhältnisses von linker Szene und Stadtöffentlichkeit in Hannover sowie die Rolle, welche linksradikale Deutungsformen und Engagementformen in diesem Verhältnis spielen. Gewählt wurde ein zweischrittiger Aufbau, welcher der Betrachtung des linksradikalen Engagements in Hannover eine kontextualisierende Untersuchung der lokalen politischen Kultur voranstellt.

Wie in Kapitel 2 demonstriert, ist diese politische Kultur eng mit der Geschichte der SPD verbunden. Diese enge Beziehung ergibt sich vordergründig zunächst aus der langanhaltenden historischen Dominanz der Sozialdemokraten auf lokalpolitischer Ebene. Zudem, und dies ist das Entscheidende, bildete sich schließlich ein sozialdemokratisches Bewusstsein aus, das sich von der SPD als überlokaler Organisa-

tion emanzipierte und zur prägenden Kraft der örtlichen politischen Kultur wurde. In der historischen Rückschau wurden nun entscheidende Voraussetzungen und Entwicklungslinien für die Ausbildung und Verstetigung dieser speziellen Bewusstseinsform deutlich: Fristeten die Sozialdemokraten im roten Linden noch ein isoliertes Ghettodasein, das seinerseits zu Lagermentalität und Elitengehorsam führte, waren es nach Ende des Zweiten Weltkriegs die Gestalter innerhalb der SPD, welche die Geschicke Hannovers bestimmten. Dabei prägten sie einen Politikstil, der sich, trotz kurzer Phasen der sozialistischen (Re-)Ideologisierung, an Sachpolitik, Ausgleich und Konflikteinhegung orientierte. Damit gelang es der Partei in Niedersachsen und besonders in Hannover lange, die verschiedenen gesellschaftlichen Milieus zu bedienen und so den Spagat der „demokratisch-sozialistische[n] Reformpartei“ glaubhaft zu vertreten. Seit den 1980er-Jahren jedoch wurde die Sozialdemokratie mit dem anhaltenden, sich gar intensivierenden Erfolg der Grünen konfrontiert. Hier zeigt die Analyse der Bürgermeisterwahl 2019, bei der der Grüne Belit Onay erstmalig das Rathaus erobern konnte, tatsächlich darauf hin, dass die SPD jene Stadtteile, in denen sie einst dominierte, an die Grünen ver-

liert. Dieser Übergang scheint sich nun weniger eruptiv und gewaltsam, vielmehr verhältnismäßig ausgeglichen und geschlossen, eben „typisch Hannoversch“ als eine Neujustierung des parteipolitischen Repräsentationsverhältnisses zu vollziehen – bei gleichzeitiger Stabilität der konstitutiven Milieuzusammenhänge. Das sozialdemokratische Bewusstsein lebt somit gewissermaßen trotz des Machtverlusts der SPD weiter.

Kapitel 3 widmete sich der Genese und Gegenwart des Hannoverschen Linksradikalismus. Hier fiel zunächst ein eher desultorisches öffentliches Interesse an diesem politischen Phänomen auf. Jenseits der Nennung von Gruppen und Publikationsorganen im Verfassungsschutzbericht und vereinzelt Meldungen militanter Vorfälle in der Lokalpresse schienen die wichtigen einschlägigen Ereignisse und Entwicklungen der Vergangenheit anzugehören, ja: zur Lokalfolklore geronnen zu sein. Entsprechend irritiert und reserviert reagierten viele (nicht alle) der von uns angefragten Experten der Stadtkultur auf unsere Gesprächsanfrage. Wie sich zeigte, können die Gründe für diese verbreitete Gleichgültigkeit auf zwei Charakteristika der lokalen Szene zurückgeführt werden: Erstens deuten die Diskurskonjunkturen, die sich in Zeitschriften wie dem *Autonomen Blättchen* abbilden, darauf hin, dass der lokale Linksradikalismus wie ein Vermittlungsmedium bundesweiter Tendenzen der Szene fungiert: Kontrastiert mit dem vergleichbaren Hamburger Periodikum zeck wirken die Hannoveraner Autonomen in ihrer thematischen Diversität zwischen Antifaschismus, Antirepression, Antimilitarismus usw. ausgesprochen „durchschnittlich“, liefern insofern kaum lokalspezifische Identifikationsmerkmale. Zweitens verdeutlichte die Darstellung zentraler linksradikaler Orte in Hannover, dass keine distinkte Grenze zwischen gegenkultureller, linksalternativer bzw. linker Jugendkultur und autonomer bzw. antifaschistischer Szene gezogen werden kann, weshalb dieses insbesondere in den Stadtteilen Linden, Mitte, Nordstadt, Oststadt und List präsent und in das öffentliche Leben integrierte sowie in vielen Bereichen städtisch geförderte Netzwerk aus Einrichtungen, Zentren und Lokalitäten seine – zugegebenermaßen behelfsmäßige – Zusammenfassung als linke Szene Hannovers fand. Der Hannoversche Linksradika-

lismus ist Teil dieses gegenkulturellen Netzwerkes und insofern – gerade im Vergleich mit den stark verkapselten Strukturen Göttingens – auffällig fest verankert und institutionalisiert. Dem entsprechend werden Hannovers linksradikale Aktivisten von Akteuren aus dem kulturellen und gewerkschaftlichen Umfeld trotz mancher politischer Divergenzen durchaus als kritische Impulsgeber und potenzielle Bündnispartner wahrgenommen. Im Anschluss an die Darlegung der genannten Ergebnisse verfolgte das Kapitel einen Erklärungsansatz des hohen Institutionalisierungsgrades des Hannoverschen Linksradikalismus über die Vermutung ritualisierter Konfliktverläufe, die auf tradierte oppositionelle Mentalitätsbestände aus den Phasen der sozialistischen Milieubildung in Kaiserreich und Weimarer Republik sowie der Studentenbewegung von „1968“ zurückdeuten. Ein Exkurs zur historischen Institutionalisierung subkultureller Formen am Beispiel der Hannoveraner Jazz-Szene schloss die Darstellung ab.

Die Resultate der Kurzstudie unterstreichen insgesamt die Bedeutung langfristiger politisch-kultureller Prägungen in Hannover: Die schon 2001 von Michael Vester et al. herausgestellte Verbindung von sozialer, kultureller und gesellschaftspolitischer Heterogenität⁴⁶⁴ mit der in den Nachkriegsjahrzehnten konsolidierten, konfliktmoderierend bzw. disziplinierend auftretenden sozialdemokratischen Hegemonie in Regierung und Verwaltung mitsamt der ihr eigenen Förderstruktur hat stabilisierende Verstär-

⁴⁶⁴ „Weder hat die Stadt eine patrizische Tradition noch ist Hannover, wie z. B. Oberhausen, allein eine Stadt der Arbeiterbewegung und Großindustrie. Hannover ist statt dessen von heterogenen ‚Partial-Eliten‘ beherrscht (Industrie-Management, Handelsbürger, Ministerialbürokratie, welfischer und Calenberger Adel, Gewerkschaftsbürokratie, SPD-Verwaltungsspitze), die sich in einem labilen Gleichgewicht bzw. Konsens befinden und dabei eine Art ‚Bürokratie-Zentrum‘ bilden. Der traditionell bürokratische und heterogene Charakter der hegemonialen Milieus erinnert an die Hannoversche Vergangenheit als königliche Residenzstadt. Eine selbstbewußte Praxis bürgerlicher und, nach dem Niedergang der alten Arbeiteröffentlichkeiten im Zuge der Deindustrialisierung, plebejischer Öffentlichkeit hat sich bis heute kaum entwickeln können.“ Vester et al.: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, S. 273 f.

digungsräume geschaffen, in denen die zuweilen antagonistisch auftretenden mehrheitskulturellen und gegenkulturellen Milieustrukturen zu dauerhaften Modi der Konfliktregulation finden. Auf diese Weise werden die wiederkehrenden Auseinandersetzungen zwischen – grob gesprochen – Stadt und Szene einerseits ritualisiert und reproduziert, andererseits aber auch eingeebnet. In diesem Prozess der wechselseitigen Annäherung und Abgrenzung wird nun die Gleichzeitigkeit der historischen Entwicklung innerhalb des gegen- und stadtkulturellen politischen Hannovers deutlich. So zeigt sich in den stadtschellschaftlichen Wandlungsprozessen, die mit „68“ einhergingen, eine parallele Entwicklung: Einerseits beobachten wir innerhalb der SPD, dem hegemonialen politischen Akteur der Zeit, eine personelle wie intellektuelle Öffnungsbewegung als Reaktion auf die lokalen und innerparteilichen Konfliktlinien. Andererseits sind sowohl das Hannoversche „68“ als auch die folgenden sozialen Bewegungen innerhalb der Stadt frühzeitig – nach jeweils kurzen initialen Konflikten – um Konfliktmoderation bemüht. Diesem – bewusst oder unbewusst vollzogenen – Kompromiss scheint die eingangs vorgenommene Unterscheidung zwischen Milieu, Subkultur und Szene zugrunde zu liegen. Innerhalb der gegenkulturellen Subkultur, die sich aus dem – weit gefassten – sozialdemokratischen Milieu rekrutiert, können sich um verschiedene zentrale Orte bestimmte gegenkulturelle Szenen formieren, welche lokale Deutungsmacht erlangen, gleichzeitig aber den hegemonialen Konsens nicht grundsätzlich gefährden. Hierdurch entsteht ein relativ stabiles Gleichgewicht der Kulturangebote. Damit kann während der 1960er- und 1970er-Jahre von einer *doppelten Konsolidierung durch gegenseitige Anerkennung der jeweiligen politisch-kulturellen Einflussphären* ausgegangen werden.

Aus diesem Grund finden auch diametral konträre Gruppierungen – etwa wohlstandsorientiertes Erwerbsbürgertum und rebellierende Jugend – nach einer anfänglichen Phase überhitzter Konfliktivität offenbar stets zu einer geteilten, wenn auch labilen „Einigkeit in der Kon-

turlosigkeit“ zurück.⁴⁶⁵ Dazu gehört offenbar auch eine lange Tradition der Organisationsdisziplin und des Organisationswissens in der linken bzw. linksradikalen Szene Hannovers. Nicht nur ist man gut vernetzt mit den sympathisierenden und zivilgesellschaftlich aktiven Teilen des städtischen Bürgertums; mehr noch ist man hinsichtlich der geteilten Räume und Kommunikationskanäle im Nachgang von „1968“ Teil desselben geworden. Aus diesen Gründen tritt der offenbar weitgehend in gegenkulturelle Milieustrukturen eingebettete Hannoversche Linksradikalismus als „Hefeteig“⁴⁶⁶ für gesellschaftspolitisches Protestpotenzial und nicht als vergleichsweise isoliertes „Brüllbaby“⁴⁶⁷ in Erscheinung.

Die gefundenen Indizien entlasten selbstverständlich nicht von einer (selbst-)kritischen Diskussion der vorgestellten Ergebnisse. Aufgrund des gesetzten Rahmens konnte hier keine gründliche historiographische Analyse der diskutierten Traditionslinien oppositioneller Mentalitätsbestände geleistet werden. So bleibt vorerst unklar, welcher kausale Stellenwert den „harten“ sozialstrukturellen Faktoren bei der Genese oppositioneller Sozialmoral in Hannover zukommt – besonders im Verhältnis zu den „weichen“ Faktoren kultureller bzw. milieumäßiger Tradierung gegenkultureller Haltungen in entsprechenden Gruppenzusammenhängen.

⁴⁶⁵ „Diese vermeintliche ‚Einigkeit in der Konturlosigkeit‘, wie sie für Hannover typisch zu sein scheint, mündete in mangelndes Selbstbewußtsein im Umgang mit neuen, vom praktizierten Konsens abweichenden sozialen und politischen Erscheinungsformen. In der Konsequenz führte diese Unsicherheit nicht selten zu heftigen Überreaktionen und Ausgrenzungen.“ Ebd., S. 274.

⁴⁶⁶ Transkript Kulturveranstalter, S. 7, Z. 322.

⁴⁶⁷ Ebd., S. 7, Z. 310 und 315.

Literaturverzeichnis

Monographien und Aufsätze:

AK WANTOK (Hrsg.): Perspektiven autonomer Politik, Münster 2010.

Aschoff, Hans-Georg: Die Deutsche Partei. Aufstieg und Niedergang einer Regionalpartei, in: Obenaus, Herbert/Schmid, Hans-Dieter (Hrsg.): Nachkriegszeit in Niedersachsen. Beiträge zu den Anfängen eines Bundeslandes, Bielefeld 1999, S. 73–85.

Baumeister, Wilhelm: DIE 50ER JAHRE, in Evertz, Gerhard (Hrsg.): Ein Club macht Jazz – 25 Jahre JAZZCLUB Hannover, Hannover 1991, S. 127–129.

Becher, Peter: MUCKER UND MACHER, in: Evertz, Gerhard (Hrsg.): Ein Club macht Jazz – 25 Jahre JAZZCLUB Hannover, Hannover 1991, S. 99–102.

Berlit, Anna Christina: Notstandskampagne und Roter Punkt. Die Studentenbewegung in Hannover 1967–1969, Bielefeld 2007.

Blazek, Matthias: Das niedersächsische Bandkompendium 1963–2003 – Daten und Fakten von 100 Rockgruppen aus Niedersachsen, Celle 2006.

Boll, Friedhelm: Massenbewegungen in Niedersachsen 1906–1920. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung zu den unterschiedlichen Entwicklungstypen in Braunschweig und Hannover, Bonn 1981.

Boll, Friedhelm: Von der Hitler-Jugend zur Kampagne „Kampf dem Atomtod“. Zur politischen Sozialisation einer niedersächsischen Studentengruppe, in: Weisbrod, Bernd (Hrsg.): Von der Währungsreform zum Wirtschaftswunder. Wiederaufbau in Niedersachsen, Hannover 1998, S. 97–114.

Brinkmann, Jan: Die Berichterstattung der Hannoverschen Zeitungen, in: Weiberg, Gerd/Mechler, Wolf-Dieter (Hrsg.): Ansichten der Revolte. Hannover 1967–1969, Hannover 2018, S. 197–209.

Claussen, Detlev: Kann man Krah! noch verstehen? Ein Blick zurück nach fünfzig Jahren, in: Weiberg, Gerd/Mechler, Wolf-Dieter (Hrsg.): Ansichten der Revolte. Hannover 1967–1969, Hannover 2018, S. 135–144.

Deycke, Alexander/Gmeiner, Jens/ Micus, Matthias/Schenke, Julian: Orientierungen um Feld der radikalen Linken, in: Dies. (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 9–27.

Diemer, Alfons/Krovoza, Alfred: Hannover, in: SDS Hannover, Heidelberg BV (Hrsg.): Straßenbahnaktionen '69, München 1969, S. 4–34.

Dietze, Sascha: Das Weltbild der Autonomen im Spiegel der Zeitschrift Interim. Eine Inhaltsanalyse von Themen und Diskursen, Dissertation, Chemnitz 2017.

Dollase, Rainer/Rüsenberg, Michael/Stollenwerk, Hans: Das Jazzpublikum – Zur Sozialpsychologie einer kulturellen Minderheit, Mainz 1978.

Drewes, Erich: Repräsentativerhebung 2019. Gesamtergebnis und Vergleichsdaten aus früheren Erhebungen, Hannover 2020.

Engels, Friedrich: Die Lage der arbeitenden Klasse in England, Berlin 2017 [1845].

Erklärung der Sozialistischen Internationale von 1951 über Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus, in: Flechtheim, Ossip K. (Hrsg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Dritter Band: Programmatik der deutschen Parteien. Zweiter Teil, Berlin 1963, S. 58–64.

- Erstmann, Vanessa:** „Vorwärts nach weit“ – Mike Gehrke und die Imagepolitik Hannovers, in: Hannoversche Geschichtsblätter N. F., Bd. 65, 2011, S. 65–92.
- Erstmann, Vanessa:** Hannover. Die heimliche Hauptstadt des Jazz – Eine Reise durch das Hannoversche Zeitalter des Jazz anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des Jazz Clubs Hannover, Hannover 2016.
- Evertz, Gerhard:** Jazz für wenig Gage, in: Evertz, Gerhard (Hrsg.): Ein Club macht Jazz – 25 Jahre JAZZCLUB Hannover, Hannover 1991, S. 107–122.
- Franke, Konrad:** Die niedersächsische SPD-Führung im Wandel der Partei nach 1945, Hildesheim 1980.
- Free, Inga:** „Hier regiert der Mob“. Gruppenbezeichnungen in der Berichterstattung, in: Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie, H. 57/1998, S. 51–70.
- Gabriel, Oscar W.:** Politische Milieus, in: Breit, Gottward/Massing, Peter (Hrsg.): Soziale Milieus. Politische und gesellschaftliche Lebenswelten in Deutschland. Eine Einführung, Schwalbach/Ts. 2011, S. 11–29.
- Gardemin, Daniel:** Kleinräumige Untersuchung der SPD-Wählerschaft – Wahlanalysen in Hannover von 1998 bis 2008, in: Geiling, Heiko (Hrsg.): Die Krise der SPD. Autoritäre oder partizipatorische Demokratie, Berlin 2010, S. 259–301.
- Gassert, Philipp:** Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945, Stuttgart 2018.
- Gauer, Monika/Mechler, Wolf-Dieter/Weiberg, Gerd:** Vorwort, in: Weiberg, Gerd/Mechler, Wolf-Dieter (Hrsg.): Ansichten der Revolte. Hannover 1967–1969, Hannover 2018, S. 5–7.
- Geiling, Heiko:** Zur Verarbeitung der politischen Niederlage von 1848. Die „Deutsche Arbeiterhalle. Wochenschrift für die arbeitenden und besitzlosen Volksklassen, redigiert (!) von L. Stechan“, in: Hannoversche Geschichtsblätter N. F., Bd. 39, 1985, S. 169–188.
- Geiling, Heiko:** Der Lindener Textilarbeiterstreik im Jahre 1868. Zur Entstehung der modernen Arbeiterbewegung in Hannover und Linden, in: Hannoversche Geschichtsblätter N. F., Bd. 41, 1987, S. 91–109.
- Geiling, Heiko:** Das andere Hannover. Jugendkultur zwischen Rebellion und Integration in der Großstadt, Hannover 1996.
- Geiling, Heiko:** Die SPD im freien Fall – Zwischenrufe zu den niedersächsischen Landtagswahlen 2003 und 2008, in: Ders. (Hrsg.): Die Krise der SPD. Autoritäre oder partizipatorische Demokratie, Berlin 2010, S. 231–257.
- Gläser, Jochen/Laudel, Grit:** Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen, Wiesbaden 2009.
- Grajetzki, Katrin:** „Kanalarbeiter“ und Bundesminister. Der Sozialdemokrat Egon Franke (1913–1995), Bonn 2019.
- Grebing, Helga:** Zur Rolle der Sozialdemokratie in Niedersachsen nach 1945, in: Jüttner, Wolfgang: „Niedersachsens politische Tradition ist sozialdemokratisch“. 60 Jahre demokratischer Neubeginn in Niedersachsen, Berlin 2007, S. 31–46.
- Haunss, Sebastian:** Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung, Wiesbaden 2004.
- Herbert, Ulrich:** Drei politische Generationen im 20. Jahrhundert, in: Reulecke, Jürgen (Hrsg.): Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert, München 2003, S. 95–114.
- Herbertz, Oliver:** Die Organisation von Chaostagen. Analyse zur Konstruktion von Objektivität, in: Betz, Gregor/Hitzler, Ronald/Pfadenhauer, Michaela (Hrsg.): Urbane Events, Wiesbaden 2011, S. 245–260.
- Hermann, Thomas:** Bericht zur Explorationsstudie „Die Implikationen der EXPO 2000 für die sozialen und politischen Strukturen der Stadt und des Großraums Hannover“, Hannover 1992.
- Hitzler, Ronald/Bucher, Thomas/Niederbacher, Arne:** Leben in Szenen. Formen jugendlicher Vergemeinschaftung heute, Opladen 2001.
- Holtmann, Everhard:** Die neuen Lassalleaner. Die SPD und HJ-Generation nach 1945, in: Broszat, Martin/Henke, Klaus-Dietmar/Woller, Hans (Hrsg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1989.
- Klecha, Stephan:** Wahlen und Wahlverhalten in Niedersachsen, in: Nentwig, Teresa/Werwath, Christian (Hrsg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 79–104.
- Klose, Johannes:** SCHON IN DER JUGEND REIFT DIE HINGABE HERAN, in: Evertz, Gerhard (Hrsg.): Ein Club macht Jazz – 25 Jahre JAZZCLUB Hannover, Hannover 1991 S. 103–105.

- Klönne, Arno:** Jugend im Dritten Reich: die Hitler-Jugend und ihre Gegner, München 1982.
- Kongress Hochschule und Demokratie 1967 in Hannover:** Bedingungen und Organisation des Widerstandes. Der Kongreß in Hannover. Protokolle, Flugblätter, Resolutionen, Berlin 1967.
- Koß, Michael/Spier, Tim:** Das Parteiensystem Niedersachsens, in: Jun, Uwe/Haas, Melanie/Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden 2008, S.291–314.
- Kraushaar, Wolfgang:** Die Frankfurter Sponti-Szene. Eine Subkultur als politische Versuchsanordnung, in: Archiv für Sozialgeschichte, H. 44/2004, S. 105–121.
- Kraushaar, Wolfgang:** Linke Militanz: Begriff, Geschichte und aktuelle Gestalt, in: Deycke, Alexander/Gmeiner, Jens/Schenke, Julian/Micus, Matthias (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomien. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 31–41.
- Krovoza, Alfred:** Die Bedeutung des Psychologischen Seminars der TH/TU für die Revolte in Hannover, in: Weiberg, Gerd/Mechler, Wolf-Dieter (Hrsg.): Ansichten der Revolte. Hannover 1967–1969, Hannover 2018, S. 365–377.
- Krull, Stephan:** Zur Rolle von KPD, DKP und SDAJ, in: Weiberg, Gerd/Mechler, Wolf-Dieter (Hrsg.): Ansichten der Revolte. Hannover 1967–1969, Hannover 2018, S. 43–50.
- Kruse, Wilfried/Lichte, Rainer:** Eine besondere Hannoversche Geschichte von Nähe und Distanz: Gewerkschaftler, Studenten und eine „Fakultät der gefährlichen Möglichkeiten“, in: Weiberg, Gerd/Mechler, Wolf-Dieter (Hrsg.): Ansichten der Revolte. Hannover 1967–1969, Hannover 2018, S. 351–363.
- Kufferath, Philipp:** Peter von Oertzen, 1924–2008. Eine politische und intellektuelle Biografie, Göttingen 2017.
- Kurme, Sebastian:** Halbstarke: Jugendproteste in den 1950er Jahren in Deutschland und den USA, Frankfurt/New York 2006.
- Landeshauptstadt Hannover; agis Sozialforschungszentrum agis e. V. Hannover:** Die Wahl der Oberbürgermeisterin oder des Oberbürgermeisters 2019 in der Landeshauptstadt Hannover. Ergebnisse, Analysen, Vergleiche, Hannover 2019.
- Landeshauptstadt Hannover:** Statistisches Jahrbuch der Landeshauptstadt Hannover 2019. Statistische Berichte der Landeshauptstadt Hannover, Hannover 2020.
- Landeshauptstadt Hannover:** Statistische Profile der Stadtteile und Stadtbezirke 2020 [vmtl. Hannover 2020].
- Langewiesche, Dieter:** Arbeiterkultur in Österreich: Aspekte, Tendenzen und Thesen. In: Ritter, Gerhard A. (Hrsg.): Arbeiterkultur, Königstein/Ts. 1979, S. 40–57.
- Langewiesche, Dieter:** Liberalismus und Sozialismus. Gesellschaftsbilder, Zukunftsvisionen und Bildungskonzeptionen, Bonn 2003.
- Leggewie, Claus:** 50 Jahre '68. Köln und seine Protestgeschichte, Köln 2018.
- Lösche, Peter/Walter, Franz:** Die SPD: Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Darmstadt 1992.
- Lösche, Peter/Walter, Franz:** Katholiken, Konservative und Liberale: Milieus und Lebenswelten bürgerlicher Parteien in Deutschland während des 20. Jahrhunderts, in: Geschichte und Gesellschaft, H. 26/2000, S. 471–492.
- Lauermann, Manfred:** Die „Pravus-Presse“ – Hannovers erste Kommune, in: Weiberg, Gerd/Mechler, Wolf-Dieter (Hrsg.): Ansichten der Revolte. Hannover 1967–1969, Hannover 2018, S. 281–286.
- Marg, Stine et al:** Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2019, Göttingen 2019.
- Mechler, Wolf-Dieter:** Freies Geleit für den Trauerkonvoi – Ein antiautoritärer Coup. Die Überführung des Leichnams von Benno Ohnesorg am 8. Juni 1967 von Westberlin durch die DDR nach Hannover, in: Weiberg, Gerd/Mechler, Wolf-Dieter (Hrsg.): Ansichten der Revolte. Hannover 1967–1969, Hannover 2018, S. 119–132.
- Mechler, Wolf-Dieter:** Heiße Tage im Juni. Die Rote-Punkt-Aktion 1969, in: Weiberg, Gerd/Mechler, Wolf-Dieter (Hrsg.): Ansichten der Revolte. Hannover 1967–1969, Hannover 2018, S. 253–278.
- Micus, Matthias:** Die SPD in Niedersachsen. Rote Bastion auf tönernen Füßen, in: Nentwig, Teresa/Werwath, Christian (Hrsg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 107–133.

- Micus, Matthias/Pflicke, Tom/Scharf, Philipp:** Facetten des linken Radikalismus in Göttingen, in: Deycke, Alexander/Gmeiner, Jens/Schenke, Julian/Micus, Matthias (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomem. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S.223–264.
- Mlynek, Klaus:** „Reden wir über Hannover – das wird genügend harmlos sein“, in: Hannoversche Geschichtsblätter N. F., Bd. 40, 1986, S.225–243.
- Mlynek, Klaus:** „In Linden ist nichts zu finden“ oder: Die fast unendliche Geschichte einer Eingemeindung, Borsius, Dieter/Heuvel, Christine von der/Hinrichs, Ernst (Hrsg.): Geschichte in der Region. Zum 65. Geburtstag von Heinrich Schmidt, Hannover 1993, S. 377–397.
- Mlynek, Klaus:** Hannover in der Weimarer Republik und unter dem Nationalsozialismus. 1918–1945, in: Borsius, Dieter/Mlynek, Klaus/Röhrbein, Waldemar R. (Hrsg.): Geschichte der Stadt Hannover. Band 2: Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart, Hannover 1994.
- Mooser, Josef:** Regionalisierung und Kontraste in der Arbeitergeschichte der 1950er Jahre. Niedersachsen in bundesrepublikanischer Perspektive, in: Weisbrod, Bernd (Hrsg.): Von der Währungsreform zum Wirtschaftswunder. Wiederaufbau in Niedersachsen, Hannover 1998, S.197–205.
- Nagel, Katja:** Die Provinz in Bewegung. Studentenunruhen in Heidelberg 1967–1973. Buchreihe der Stadt Heidelberg, Bd. XIII, Heidelberg – Ubstadt-Weiher – Neustadt a. d. W. – Basel 2009.
- Negt, Oksar:** Vorwort, in: Rabe, Bernd: Der sozialdemokratische Charakter. Drei Generationen aktiver Parteimitglieder in einem Arbeiterviertel, Frankfurt am Main 1978.
- Nentwig, Teresa:** Hinrich Wilhelm Kopf: Der ideale Landesvater, in: Nentwig, Teresa/Schulz, Frauke/Walter, Franz/Werwath, Christian (Hrsg.) Die Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen: Landesväter und Landesmanager. Politische Führung von Hinrich Wilhelm Kopf bis Christian Wulff, Hannover 2012, S. 31–65.
- Neuffer, Martin:** Städte für alle – Entwurf einer Städtepolitik, Hamburg 1970.
- Neugebauer, Gero:** Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2007.
- Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.):** Verfassungsschutzbericht 2019, Hannover 2020.
- Oertzen, Peter von:** Brief an einige Delegierte zum außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg 13.–15. November 1959, in: Flechtheim, Ossip K. (Hrsg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Siebenter Band: Innerparteiliche Auseinandersetzungen. Zweiter Teil, Berlin 1969, S. 118–119.
- Oertzen, Peter von:** Die Sozialdemokratische Partei ist eine demokratisch-sozialistische Reformpartei, in: Ders. (Hrsg.): Die Aufgabe der Partei. Reden und Aufsätze aus den letzten vier Jahren zur Arbeit der SPD und zur Entwicklung ihrer programmatischen Grundlagen, Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 7–11.
- Oertzen, Peter von:** Die Zukunft des Godesberger Programms. Zur innerparteilichen Diskussion der SPD, in: Ders. (Hrsg.): Die Aufgabe der Partei. Reden und Aufsätze aus den letzten vier Jahren zur Arbeit der SPD und zur Entwicklung ihrer programmatischen Grundlagen, Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 33–50.
- Oertzen, Peter von:** Neufassung des Entwurfs für ein Grundsatzprogramm, in: Flechtheim, Ossip K. (Hrsg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Siebenter Band: Innerparteiliche Auseinandersetzungen. Zweiter Teil, Berlin 1969, S. 119–134.
- Oertzen, Peter von:** Wegmarke Godesberg, in: Flechtheim, Ossip K. (Hrsg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Siebenter Band: Innerparteiliche Auseinandersetzungen. Zweiter Teil, Berlin 1969, S. 147–151.
- Oertzen, Peter von:** Vorwort, in: Rabe, Bernd: Die „Sozialistische Front“. Sozialdemokraten gegen den Faschismus 1933–1936, Hannover 1984, S. 7–9.
- Oestmann, Axel R.:** Peter Brückners Hannover. Erinnerungen, Notizen, in: Weiberg, Gerd/Mechler, Wolf-Dieter (Hrsg.): Ansichten der Revolte. Hannover 1967–1969, Hannover 2018, S. 144–166.
- O.V.:** Das Grundsatzprogramm von 1959 (Godesberger Programm), in: Flechtheim, Ossip K. (Hrsg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Dritter Band: Programmatik der deutschen Parteien. Zweiter Teil, Berlin 1963, S. 209–226.

- Peter, Gerd:** Zwischen neuem Rathaus, Leineschloss und Georgstraße, in: Hüfner, Agnes/Peter, Gerd/Schütt, Peter: Aktion Roter Punkt. Hannoveraner Chronik. Interviews, Analysen, Dokumente, München 1969, S. 62–93.
- Petry, Richard:** Die SPD und der Sozialismus, in: Flechtheim, Ossip K. (Hrsg.): Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1973, S. 78–94.
- Poiger, Ute:** Jazz, Rock and Rebels – Cold war politics and American Culture in a Divided Germany, Berkeley/Los Angeles/London 2000.
- Probst, Lothar/Laux, Annika:** Bündnis 90/Die Grünen in Niedersachsen, in: Nentwig, Teresa/Werwarth, Christian (Hrsg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 177–202.
- Rabe, Bernd:** Der sozialdemokratische Charakter. Drei Generationen aktiver Parteimitglieder in einem Arbeiterviertel, Frankfurt a. M. 1978.
- Rabe, Bernd:** Die „Sozialistische Front“. Sozialdemokraten gegen den Faschismus 1933–1936, Hannover 1984.
- Reeken, Dietmar von:** Ein Land – viele Regionen? Landesbewusstsein, Landesintegration und Regionalkultur in Niedersachsen, in: Nentwig, Teresa/Werwarth, Christian (Hrsg.): Politik und Regieren in Niedersachsen, Wiesbaden 2016, S. 59–78.
- Rohe, Karl:** Politik. Begriffe und Wirklichkeiten. Eine Einführung in das politische Denken, Stuttgart 1994.
- Rohe, Karl:** Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung politischer Kulturforschung, in: Berg-Schlosser, Dirk/Schissler, Jakob: Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung, Politische Vierteljahrschrift Sonderheft 18/1987, S. 39–48.
- Rohe, Karl:** Politische Kultur. Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts, in: Niedermayer, Oskar/Beyme, Klaus von (Hrsg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Wiesbaden 1996, S. 1–21.
- Rohe, Karl:** Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1992.
- Roßmann, Detlef:** Mein Engagement im Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB) und in der Studentenbewegung, in: Weiberg, Gerd/Mechler, Wolf-Dieter (Hrsg.): Ansichten der Revolte. Hannover 1967–1969, Hannover 2018, S. 23–41.
- Röhrbein, Waldemar R.:** Hannover nach 1945. Landeshauptstadt und Messestadt, in: Borsius, Dieter/Mlynek, Klaus/Röhrbein, Waldemar R. (Hrsg.): Geschichte der Stadt Hannover. Band 2: Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart, Hannover 1994, S. 579–800.
- Röhrbein, Waldemar R.:** Kleine Stadtgeschichte Hannovers, Regensburg 2012.
- Saldern, Adelheid von:** Modernisierung in den zwanziger Jahren: Ein Streifzug durch den städtischen und ländlichen Raum Hannovers, in: Hucker, Bernd Ulrich/Schubert, Ernst/Weisbrod, Bernd (Hrsg.): Niedersächsische Geschichte, Göttingen 1997, S. 528–547.
- Scharf, Philipp:** „Don't know what I want. But I know how to get it.“ Hannover versinkt im Chaos, in: Demokratie-Dialog, H. 7/2020, S. 20–27.
- Scharf, Philipp/Schenke, Julian:** Ein Diskurs sucht seinen Gegenstand. Über hartnäckige Begriffsroutinen und empirische Defizite im Themenfeld des Linksradikalismus, in: Demokratie-Dialog, H. 8/2021, S. 16–26.
- Schenke, Julian:** Ganz Hamburg hasst die Polizei? Die autonome Szene in Hamburg und ihr lokalspezifischer Kontext, in: Deycke, Alexander/Gmeiner, Jens/Schenke, Julian/Micus, Matthias (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomem. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 145–175.
- Schenke, Julian:** Student und Demokratie. Das politische Potenzial deutscher Studierender in Geschichte und Gegenwart, Bielefeld 2020.
- Schildt, Axel:** Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90, München 2007.
- Schmid, Hans-Dieter:** Von der Milieu- zur Volkspartei. Die Sozialdemokratie in Niedersachsen nach 1945, in: Obenaus, Herbert/Schmid, Hans-Dieter (Hrsg.): Nachkriegszeit in Niedersachsen. Beiträge zu den Anfängen eines Bundeslandes, Bielefeld 1999, S. 151–173.
- Schröder, Ulrich:** Der Ausschuß für Wiederaufbau und die antifaschistische Bewegung in Hannover, in: Niethammer, Lutz/Borsdorf, Ulrich/Brandt, Peter (Hrsg.): Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, Wuppertal 1976, S. 451–502.

- Schröder, Elke:** Parteipresse im Wandel. Die *Hannoversche Presse* von 1946 bis 1958, Bielefeld 1996.
- Schultze, Thomas/Gross, Almut:** Die Autonomen. Ursprünge, Entwicklung und Profil der autonomen Bewegung, Hamburg 1997.
- Schumacher, Kurt:** Leitsätze zum Wirtschaftsprogramm-Entwurf Dr. Kurt Schumachers von 1945, in: Flechtheim, Ossip K. (Hrsg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Dritter Band: Programmatik der deutschen Parteien. Zweiter Teil, Berlin 1963, S. 9–13.
- Schumacher, Kurt:** Programmatische Erklärungen vom 5. Oktober, in: Flechtheim, Ossip K. (Hrsg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Dritter Band: Programmatik der deutschen Parteien. Zweiter Teil, Berlin 1963, S. 4–8.
- Schwark, Thomas:** Provinz und Metropole – Ein Thema, eine Ausstellung, in: Historisches Museum am Hohen Ufer (Hrsg.): Provinz + Metropole. Hannover 1900 bis 1999. Begleitbuch zur gleichnamigen Ausstellung, Hannover 2000, S. 5–14.
- Seegers, Lu:** Die farbige Stadt: Image- und Kommunikationspolitik im Hannover der frühen siebziger Jahre, in: Saldern, Adelheid von (Hrsg.): Stadt und Kommunikation in bundesrepublikanischen Umbruchszeiten. Beiträge zur Kommunikationsgeschichte, Band 17, Wiesbaden 2006, S. 181–208.
- Siegfried, Detlef:** Time Is on My Side – Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre, Göttingen 2006.
- Templin, David:** Freizeit ohne Kontrollen – Die Jugendzentrumsbewegung in der Bundesrepublik der 1970er Jahre, Göttingen 2015.
- Trittel, Günter J.:** Die „verzögerte“ Normalisierung: Zur Entwicklung des niedersächsischen Parteiensystems in der Nachkriegszeit, in: Hucker, Bernd Ulrich/Schubert, Ernst/Weisbrod, Bernd (Hrsg.): Niedersächsische Geschichte 1997, S. 635–650.
- Vester, Michael/Oertzen, Peter von/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar:** Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Frankfurt a. M. 2015 [1993].
- Wabner, Rolf:** Lernen aus verpaßten Chancen. Zur Geschichte der Hannoverschen Arbeiterbewegung 1815–1933. Mit einem Vorwort von Peter von Oertzen, Frankfurt a. M. 1982.
- Walter, Franz:** Heinrich Hellwege: der konservative Cunctator, in: Nentwig, Teresa/Schulz, Frauke/Walter, Franz/Werwath, Christian (Hrsg.): Die Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen: Landesväter und Landesmanager. Politische Führung von Hinrich Wilhelm Kopf bis Christian Wulff, Hannover 2012, S. 67–93.
- Walter, Franz:** Rebellen, Propheten und Tabubrecher. Politische Aufbrüche und Ernüchterungen im 20. und 21. Jahrhundert, Göttingen 2017.
- Weiberg, Gerd:** Hannoversche Vorgeschichte und die Gründung des SDS, in: Weiberg, Gerd/Mechler, Wolf-Dieter (Hrsg.): Ansichten der Revolte. Hannover 1967–1969, Hannover 2018, S. 10–22.
- Weiberg, Gerd:** Demonstrationen und andere Ereignisse, in: Weiberg, Gerd/Mechler, Wolf-Dieter (Hrsg.): Ansichten der Revolte. Hannover 1967–1969, Hannover 2018, S. 211–252.
- Wettig, Klaus:** Der Sozialdemokrat Peter von Oertzen, in: Jüttner, Wolfgang/Andretta, Gabriele/Schostok, Stefan (Hrsg.): Politik für die Sozialdemokratie. Erinnerung an Peter von Oertzen, Berlin 2009, S. 12–28.
- Wieners, Ute:** Sprengel für alle, Hannover 2017.
- Yinger, John Milton:** Countercultures. The Promise and Peril of a World Turned Upside Down, New York 1982.
- Yinger, John Milton:** Subkultur und Gegenkultur, in: Lipp, Wolfgang (Hrsg.): Konformismus, Nonkonformismus. Kulturstile, soziale Mechanismen und Handlungsalternativen, Darmstadt/Neuwied 1995.
- Zorn, Gerda:** Widerstand in Hannover. Gegen Reaktion und Faschismus 1920–1946, Frankfurt a. M. 1977.

Zeitungs- und Online-Artikel:

Becker, Wolfgang: „Das ist unser Haus...“ Hausbesetzungen in Hannover, in: halloLindenLimmer.de, 04.02.2018, online einsehbar unter: <https://halloLindenLimmer.de/hausbesetzungen-in-hannover-das-ist-unser-haus-von-wolfgang-becker/> [eingesehen am 11.05.2021].

Einige Betroffene & Unterstützer_innen: Gegen jeden Krieg und Militarismus, gegen jede Au-

- torität!, in: Autonomes Blättchen, H. 21/2015, S. 42–45.
- Haase, Bernd:** Als die Chaostage Hannover erschütterten, in: Hannoversche Allgemeine, 07.08.2015, online einsehbar unter: <https://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Mit-aller-Gewalt-Chaostage-erschuettern-Hannover> [eingesehen am 11.05.2021].
- Holzki, Larissa/Nickel, Stefanie:** Sprengel-Gelände und UJZ feiern Jahrestage, in: Hannoversche Allgemeine, 23.08.2012, online einsehbar unter: <https://www.haz.de/Hannover/Aus-den-Stadt-teilen/Nord/Sprengel-Gelaende-und-UJZ-feiern-Jahrestage> [eingesehen am 11.05.2021].
- Jazzclub Hannover:** Geschichte, online einsehbar unter: <https://www.jazz-club.de/der-club/geschichte> [eingesehen am 17.05.2021].
- Kleine-Brockhoff, Thomas:** Chaostage 96: Hannover als Stadt der eingeschränkten Grundrechte, in: Die Zeit, 09.08.1996, online einsehbar unter: <https://www.zeit.de/1996/33/hannover.txt.19960809.xml> [eingesehen am 11.05.2021].
- Krasselt, Andreas:** UJZ Kornstraße: Jugendliche kämpfen um autonome Zentren, in: Neue Presse, 04.06.2018, online einsehbar unter: <https://www.neuepresse.de/Hannover/Meine-Stadt/NP-Serie-50-Jahre-68er/UJZ-Kornstrasse-Jugendliche-kaempfen-um-autonome-Zentren> [eingesehen am 11.05.2021].
- Kulturzentrum Faust:** Über uns, online einsehbar unter: <https://www.kulturzentrum-faust.de/ueber-uns.html> [eingesehen am 11.05.2021].
- Kulturzentrum Faust:** Archiv zur Demokratiegeschichte. Archiv zur Bürger*innenbewegungsgeschichte in Hannover, online einsehbar unter: <https://www.kulturzentrum-faust.de/projekte/aktuelle-projekte/archiv-zur-demokratiegeschichte.html> [eingesehen am 11.05.2021].
- Kulturzentrum Faust:** Sprengel für alle!, online einsehbar unter: <https://www.kulturzentrum-faust.de/projekte/aktuelle-projekte/archiv-zur-demokratiegeschichte/sprengel-fuer-alle.html> [eingesehen am 11.05.2021].
- Landeshauptstadt Hannover:** Statistische Profile der Stadtteile und Stadtteilbezirke 2020, Hannover 2020.
- Nagel, Karl:** 18.12.1982: Der erste Chaos-Tag!, in: karlnagel.de, 18.12.2017, online einsehbar unter: <https://www.karlnagel.de/der-erste-chaos-tag/> [eingesehen am 09.09.2019, im August 2020 nicht mehr erreichbar].
- Nagel, Karl:** 1983: Bundesjugendspiele in Hannover, 19.12.2017, online einsehbar unter: <https://karlnagel.de/bundesjugendspiele-83/> [eingesehen am 09.09.2019, im August 2020 nicht mehr erreichbar].
- O. V.:** Weimarer Republik. 1918–1933. Reichstagswahlen. Provinz Hannover, in: Wahlen in Deutschland, online einsehbar unter: <https://www.wahlen-in-deutschland.de/wuuphannover.htm> [eingesehen am: 11.05.2021].
- O. V.:** Linksradike gefährden Unterstützung für das Jugendzentrum Kornstraße, in: Hannoversches Wochenblatt, 23.02.1975, zit. nach: Unabhängiges Jugendzentrum Kornstraße (Hrsg.): Fünf Jahre Unabhängiges Jugendzentrum Kornstraße Hannover, Hannover 1977, S. 92.
- O. V.:** „Sprengel“ – Flugblatt der Nutzer*innen zur Situation, August 1988, online einsehbar unter: <https://www.kulturzentrum-faust.de/projekte/aktuelle-projekte/archiv-zur-demokratiegeschichte/sprengel-fuer-alle.html> [eingesehen am 11.05.2021].
- O. V.:** Editorial, in: Autonomes Blättchen, H. 1/2009, S. 1.
- O. V.:** Razzia in Hannover, in: Autonomes Blättchen, H. 1/2009, S. 2–3.
- O. V.:** Die Proteste gegen das 36. Sommerbiwak 2009 – wie kann daraus Widerstand werden?, in: Autonomes Blättchen, H. 1/2009, S. 4–5.
- O. V.:** Militarisierung ist mehr als Militär. Warum Antimilitarismus kein Teilbereichskampf ist, in: Autonomes Blättchen, H. 3/2010, S. 2–9.
- O. V.:** Einige Worte an Stelle des Vorworts, in: Autonomes Blättchen, H. 5/2011, S. 1–2.
- O. V.:** 38 Jahre UJZ Korn – Zeit zu wachsen, in: Autonomes Blättchen, H. 5/2011, S. 17–18.
- O. V.:** Dokumentation: Krieg beginnt hier – Für ein entmilitarisiertes Hannover, in: Autonomes Blättchen, H. 10/2012, S. 2.
- O. V.:** Ins Wasser gefallen... Ein Gespräch über den Protest gegen das Sommerbiwak der 1. Panzerdivision in Hannover, in: Autonomes Blättchen, H. 10/2012, S. 3–8.
- O. V.:** Polizei räumt Blockade mit Wasserwerfer, in: Neue Presse, 02.12.2017, online einsehbar unter: <https://www.neuepresse.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Polizei-raeuft-Blockade>

- de-mit-Wasserwerfer [eingesehen am 11.05.2021].
- O. V.:** (B) return to sender: Das Feuer ihrer Kriege, in: Autonomes Blättchen, H. 41/2020, S. 60.
- O. V.:** 96-Fans und Linksextreme prügeln sich in der Nordstadt, in: Hannoversche Allgemeine, 27.12.2019, online einsehbar unter: <https://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Nordstadt-Polizei-trennt-sich-pruegelnde-Fussballfans> [eingesehen am 11.05.2021].
- O. V.:** Seit Silvester vier Anschläge mit Brandsätzen und Sprengstoff, in: Der Tagesspiegel, 11.01.2021, online einsehbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/linksextreme-gewalt-eskaliert-seit-silvester-vier-anschlaege-mit-brandsaetzen-und-sprengstoff/26787282.html> [eingesehen am 11.05.2021].
- O. V.:** Innenminister Pistorius will Verbot von linksradikalen Antifa-Gruppen prüfen, in: Hannoversche Allgemeine, 15.01.2021, online einsehbar unter: <https://www.haz.de/Nachrichten/Der-Norden/Niedersachsens-Innenminister-Pistorius-will-Verbot-von-linksradikalen-Antifa-Gruppen-pruefen> [eingesehen am 11.05.2021].
- Pavillon Kulturzentrum:** Das Kulturzentrum Pavillon, online einsehbar unter: <https://pavillon-hannover.de/der-pavillon/> [eingesehen am 11.05.2021].
- Priesemann, Sascha:** Hannover: Darum ging es bei der Hausbesetzung am Klagesmarkt, in: Neue Presse, 30.05.2019, online einsehbar unter: <https://www.neuepresse.de/Hannover/Meine-Stadt/Hannover-Darum-ging-es-bei-der-Hausbesetzung-am-Klagesmarkt> [eingesehen am 11.05.2021].
- Schröder, Jürgen:** Hannover: Unabhängiges Jugendzentrum (UJZ) Glocksee. Materialien zur Analyse von Opposition, 11.06.2017, online einsehbar unter: https://www.mao-projekt.de/BRD/NS/HAN/Hannover_KJA_UJZ_Glocksee.shtml [eingesehen am 11.05.2021].
- Sedelis, Jan:** Glocksee feiert 40-jähriges Bestehen, in: Hannoversche Allgemeine, 14.07.2021, online einsehbar unter: <https://www.haz.de/Hannover/Aus-den-Stadtteilen/West/Glocksee-feiert-40-jaehrigen-Bestehen> [eingesehen am 11.05.2021].
- Seng, Marco:** Nach Demo: Koalition bleibt bei Polizeigesetzen hart, in: Hannoversche Allgemeine, 12.09.2018, online einsehbar unter: <https://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Niedersachsen/Niedersaechsisches-Polizeigesetz-Grosse-Koalition-bleibt-auch-nach-Demonstration-hart> [eingesehen am 11.05.2021].
- Stadt Hannover:** Landtagswahl 2017 Landeshauptstadt Hannover (15.10.2017), URL: <https://wahl.hannover-stadt.de/wahlen.php?site=left/gebiete&wahl=493#index.php?site=right/ergebnis&wahl=493&gebiet=1&typ=3&stimme=2> [eingesehen 24.09.2019].
- Unabhängiges Jugendzentrum Kornstraße:** 5 Jahre UJZ Kornstraße, in: Dies. (Hrsg.): 5 Jahre Unabhängiges Jugendzentrum Kornstraße Hannover, Hannover 1977, S. 2-6, abgerufen über Schröder, Jürgen: Dokumentation 5 Jahre Unabhängiges Jugendzentrum Kornstraße Hannover (1977). Materialien zur Analyse von Opposition, 05.08.2016, online einsehbar unter: https://www.mao-projekt.de/BRD/NS/HAN/Hannover_KJA_1977_UJZ_Nordstadt_5_Jahre.shtml [eingesehen am 11.05.2021].
- Unabhängiges Jugendzentrum Kornstraße:** Kurzdarstellung unserer Geschichte, in: Dies. (Hrsg.): 5 Jahre Unabhängiges Jugendzentrum Kornstraße Hannover, Hannover 1977, S. 7-8, hier S. 7, abgerufen über Schröder, Jürgen: Dokumentation 5 Jahre Unabhängiges Jugendzentrum Kornstraße Hannover (1977). Materialien zur Analyse von Opposition, 05.08.2016, online einsehbar unter: https://www.mao-projekt.de/BRD/NS/HAN/Hannover_KJA_1977_UJZ_Nordstadt_5_Jahre.shtml [eingesehen am 11.05.2021].
- Wende, Karsten/Schulze, Jens-Christian:** „Ein wertvolles Stück Kultur in Hannover“ – 45 Jahre Jazz Club Hannover“, in: Jazz Over Hannover, 05.11.2012, URL: <https://www.jazz-over-hannover.de/news/ein-wertvolles-stueck-kultur-hannover-45-jahre-jazz-club-hannover/> [zuletzt abgerufen am 15.05.2021].

Autoren



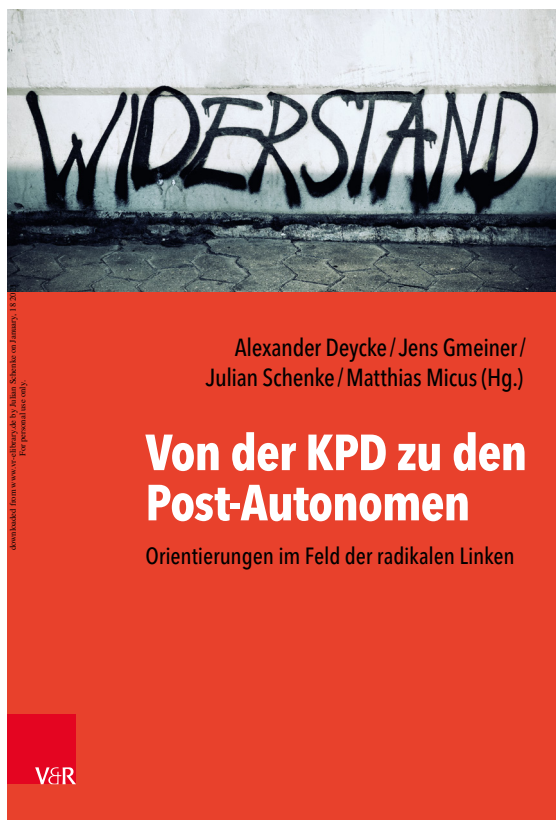
Philipp Scharf, M. A.,
geb. 1993, ist Politikwissen-
schaftler und wissenschaftli-
cher Mitarbeiter am Institut für
Demokratieforschung. Zu sei-
nen Forschungsschwerpunkten
zählen die Protest- und Bewe-
gungsforschung sowie politi-
sche Kulturforschung.



Dr. Julian Schenke,
geb. 1988, ist stellvertretender
Projektkoordinator von FoDEx
und wissenschaftlicher Mitar-
beiter am Göttinger Institut für
Demokratieforschung. Inhalt-
lich ist er verantwortlich für die
Erhebungen des Niedersäch-
sischen Demokratie-Monitors
(NDM) und unterstützt darü-
ber hinaus die Forschung im
Fachbereich Linksradikalismus.
Seine Arbeitsschwerpunkte lie-
gen in den Bereichen qualitati-
ver politischer Kulturforschung
und Protestforschung.



Luke Tappé,
geb. 1998, studiert Politikwis-
senschaft und Philosophie an
der Georg-August-Universität
Göttingen und ist seit Januar
2021 studentische Hilfskraft bei
der FoDEx am Göttinger Institut
für Demokratieforschung.



Der Sammelband „Von der KPD zu den Post-Autonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken“ versammelt ein breites Panorama von Beiträgen, sowohl aus dem Kreis der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts für Demokratieforschung als auch von externen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Er vereint unterschiedliche Perspektiven, Schwerpunkte sowie Lokal- und Länderstudien zum Phänomenbereich Linksradikalismus und linke Militanz mit dem Ziel, einschlägige Diskussionen im Sinne politikwissenschaftlicher Grundlagenforschung zu versachlichen. Dementsprechend sollen sowohl sicherheits- und ordnungspolitische als auch affirmativ-sympathisierende Kurzschlüsse vermieden werden.

Der Sammelband ist in der vergangenen Periode der Förderung des BMFSFJ unter dem damaligen Leiter der *Bundesfachstelle Linke Militanz* Dr. Matthias Micus entstanden.

Die Publikation ist im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht erschienen und kann unter anderem als Print-Buch oder E-Book bezogen werden.

Verlagsangaben:

Print: ab 37,99 €

Sprache: Deutsch

407 Seiten, mit 4 Abb., gebunden

ISBN: 978-3-525-31099-1

Vandenhoeck & Ruprecht, 1. Auflage 2021



Herausgeberin

Forschungs- und Dokumentationsstelle
zur Analyse politischer und
religiöser Extremismen

am Institut für Demokratieforschung
Georg-August-Universität Göttingen
Weender Landstraße 14
37073 Göttingen

Tel.: +49 551 39 1701 00

Fax: +49 551 39 1701 01

E-Mail: kontakt@fodex-online.de

Ansprechpartner

Studie:

Philipp Scharf

philipp.scharf@uni-goettingen.de

Grafikdesign

Katja Töpfer

Rechte

Dieses Werk ist lizenziert unter einer
Creative Commons Namensnennung –
Weitergabe unter gleichen Bedingungen
4.0 International Lizenz.



© 2021 Universitätsverlag Göttingen
<http://univerlag.uni-goettingen.de>

Impressum

FoDEx

Forschungs- und Dokumentationsstelle
zur Analyse politischer und religiöser
Extremismen in Niedersachsen

If|Dem
Institut für Demokratieforschung Göttingen

Nachweise

Schrift:

Kanit Font, Cadson Demak [<http://cadsondemak.com/>], 2015, SIL
Open Font License v1.10 [http://scripts.sil.org/cms/scripts/page.php?item_id=OFL_web]

ISSN 2628-3743 FoDEx-Studie (Print)
ISSN 2628-3751 FoDEx-Studie (Online)
ISBN 978-3-86395-503-8
doi:10.17875/gup2021-1610

Göttingen, August 2021

WWW.FODEX-ONLINE.DE

ISSN (Print) 2628-3743

ISSN (Online) 2628-3751

ISBN 978-3-86395-503-8

doi:10.17875/gup2021-1610

FoDEx

Forschungs- und Dokumentationsstelle
zur Analyse politischer und religiöser
Extremismen in Niedersachsen

www.fodex-online.de

If|Dem

Institut für | Demokratieforschung Göttingen

www.demokratie-goettingen.de